

# **ZÜRCHER BEITRÄGE**

*zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

*Heft Nr. 30*

*Ilja Kremer*

***Die Sowjetunion und Russland nach 1985:  
Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise***

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse  
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1993      Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK,  
ETH Zentrum, 8092 Zürich, Schweiz  
e-mail (internet): [postmaster@sipo.ethz.ch](mailto:postmaster@sipo.ethz.ch)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-32-1

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Die Sowjetunion von ihren Anfängen bis zur Mitte der achtziger Jahre.....</b>	<b>2</b>
1.1. Die Macht der Bürokratie.....	2
1.2. Aus der Geschichte der Revolution.....	5
1.3. Die Entwicklung des totalitären Systems.....	8
1.4. Der Personenkult.....	15
1.5. Die sowjetische Nationalitätenpolitik.....	17
1.6. Der wirtschaftliche Zusammenbruch.....	20
1.7. Die "Greisenherrschaft".....	23
<b>2. Gorbatschow und seine Perestroika.....</b>	<b>26</b>
2.1. Der neue Führer stellt sich vor.....	26
2.2. Hauptproblem Wirtschaft.....	28
2.3. Der Beginn der Demokratisierung.....	33
2.4. Der Erfolg: Das neue Denken.....	38
2.5. Schwankungen des Vaters der Perestroika.....	48
<b>3. Russland 1991-93.....</b>	<b>61</b>
3.1. Der Putschversuch im August 1991.....	61
3.2. Der Ausgang der Reformen.....	70
3.3. Der Zerfall der Sowjetunion.....	76
3.4. Die Streitkräfte der GUS.....	85
3.5. Die Aussenpolitik der GUS.....	93
3.6. Die Oktoberkrise in Russland.....	101
<b>4. Zusammenfassung.....</b>	<b>108</b>

Textredaktion: Robert Fabrin und Mauro Mantovani

## Vorwort

Im Wintersemester 1992/93 hielt Professor Ilja Kremer im Rahmen einer Gastprofessur an der ETH Zürich eine öffentliche Vorlesung zum Thema "Die Entwicklung der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten seit 1985". Angesichts der grossen Resonanz dieser Veranstaltung bei Studenten und Auditoren schien es angebracht, die Ausführungen von Prof. Kremer in gedruckter Form im Rahmen der "Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse" herauszugeben. Prof. Kremer erklärte sich freundlicherweise dazu bereit, sein Manuskript zu überarbeiten, mit einem historischen Vorspann zu versehen und bis zur Oktoberrevolte 1993 aufzudatieren. Das hier vorliegende Heft dürfte als persönliche Einschätzung eines ausgewiesenen Kenners *und* Augenzeugen des turbulenten russischen Wandlungsprozesses von besonderem Interesse und bleibendem Wert sein.

Nach Studien der Geschichte in Leningrad und Moskau promovierte Prof. Kremer 1958 mit einer Dissertation über die deutsche Arbeiterbewegung am Ende des ersten Weltkrieges und habilitierte sich 1971 mit einer Arbeit zum Thema "Die Pressure-Groups in der Bundesrepublik Deutschland und ihr Einfluss auf die Aussenpolitik". Ab 1974 bekleidete Prof. Kremer den Lehrstuhl Weltpolitik an der Gewerkschaftshochschule in Moskau und kam seither mehrmals im Rahmen von Gastprofessuren nach Deutschland. Über die genannten Publikationen hinaus trat Prof. Kremer insbesondere mit Handbüchern und Lexikonartikeln über die Aussenpolitik der Sowjetunion und über allgemeine Weltgeschichte an die Öffentlichkeit.

Ich möchte es nicht unterlassen, Prof. Kremer für seine befruchtende Lehrtätigkeit in Zürich aufrichtig zu danken.

Zürich, 20. Dezember 1993

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

## 1. Die Sowjetunion von ihren Anfängen bis zur Mitte der achtziger Jahre

### 1.1. Die Macht der Bürokratie

Die Reformer, die im Frühjahr 1985 an die Macht kamen, fanden das Land in einem erbärmlichen Zustand vor. Eines der Paradoxa des zwanzigsten Jahrhunderts besteht darin, dass ein riesiges Land, fast ein Kontinent, das über enorme natürliche Ressourcen, ein begabtes und keineswegs faules Volk und anerkannte Errungenschaften in den Grundwissenschaften verfügt, gegen Mitte der achtziger Jahre vom Lebensstandard seiner Bevölkerung her auf den 55. Platz der Welt gesunken war.

Scheinbar gereichte diesem Volk nichts zum Nutzen. Die Gewinne aus der Steigerung der Ölpreise in den siebziger und achtziger Jahren, die einige arabische Länder bereichert hatten, verschwanden in der Sowjetunion, als wäre sie ein schwarzes Loch. Wenn es einmal zu einer guten Ernte kam, brachte sie den Behörden nur zusätzlichen Kummer und Unannehmlichkeiten, weil ein Viertel (nach einigen Angaben sogar die Hälfte) des Getreides auf dem Acker zurückblieb oder während des Transports oder der Lagerung verdarb.

Die politische und wirtschaftliche Struktur des Staates, wie auch seine Politik, war durchsetzt von Fiktionen. Die von der führenden Partei deklarierte "höchste Form der Demokratie" entpuppte sich für die Völker der UdSSR als eine der härtesten Formen von Diktatur. Die Sowjets, die zuerst die Macht der Arbeiter und Bauern, später die des ganzen Volkes symbolisierten, entarteten bereits in den zwanziger Jahren zu einer blossen Dekoration, welche die reale Macht der kommunistischen Partei, genauer gesagt der kleinen Gruppe ihrer Führer, kaschieren sollte. Zur Stütze dieser Gruppe wurde eine breite Schicht der Gesellschaft, der Partei und der staatlichen und wirtschaftlichen Bürokratie: die *Nomenklatura*.

Die *Nomenklatura* besass alle Eigenschaften einer neuen gesellschaftlichen Klasse, die ihre egoistischen Interessen ganz genau wahrnimmt und auf jede reale oder scheinbare Bedrohung ihrer Herrschaft hochempfindlich reagiert. Ausserdem war für diese soziale Schicht, die aus den unteren Rängen der Gesellschaft emporgestiegen war, ein Hang zum Luxus, zum Profit, zur Schaffung eines ganzen Systems von Privilegien kennzeichnend. Frei von Bestrebungen dieser Art waren nur Vertreter der "alten Garde" der Revolu-

tionäre, die auf ihrem Asketismus und dem Wunsch, unter denselben Bedingungen wie die Mehrheit der Bevölkerung zu leben, beharrten.

Das System der Privilegien, von den Führern der Partei und des Staates ganz bewusst kreiert, zog aber allmählich fast 100 % der regierenden Bürokratie in ihr Räderwerk ein; keinem war es vergönnt, die hochmoralische Rolle der weissen Raben zu spielen. Später, in den dreissiger Jahren, wurden gerade diese alten Kommunisten, die im Geiste die Romantik der Vorrévolutions- und Revolutionszeit aufrechterhielten, zu den ersten Opfern der harten stalinistischen Säuberungen.

Danach begegnete dieses wachsende System der Privilegien keiner Kritik mehr, geschweige denn einem Widerstand. In dem Land mit ewigem Mangel an Nahrungsmitteln, Bekleidung und Schuhen wurden spezielle Geschäfte für die Leiter jedes Ranges organisiert, zu denen das einfache Volk keinen Zugang hatte. Bürokraten und ihre Familien verfügten über gesonderte Polikliniken und Krankenhäuser, Erholungsheime und Sanatorien, Amtswagen und Luxusdatschas. Jeden Monat erhielten sie die Listen mit neuen Büchern und durften jedes davon zum eigenen Besitz (und lange Zeit dazu noch gratis) haben. Ein einfacher Bürger dagegen konnte von einer Auslandsreise nur träumen, sogar die Touristenreisen in die osteuropäischen Länder waren sogenannten "Stossarbeitern" vorbehalten. Die Vertreter der oberen Schicht der Bürokratie jedoch reisten schon unter Chruschtschow mit ihren Frauen in die besten Kurorte Frankreichs, Italiens und anderer Länder.

Ein verhältnismässig sorgloses Leben in einem von Sorgen geplagten Land machte die Bürokratie nicht milder oder wohlwollender dem einfachen Menschen gegenüber. Im Gegenteil, sie verachtete die Menschen, auf deren Kosten sie gedieh, sie verschanzte sich vor dem Volk, kannte seine Probleme nicht und wollte sie auch nicht kennen. Obwohl diese neue Elite aus den armen Schichten der Bevölkerung emporgestiegen war, hinderte diese Tatsache sie nicht daran, die riesige und unüberbrückbare Distanz zwischen dem Beamten und dem schlichten Bürger zu unterstreichen. Diese neue Elite hat in die Nachrevolutionszeit die alten Eigenschaften der russischen Bürokratie hinübergeschleppt - Unterwürfigkeit gegenüber den Vorgesetzten und komplette, betonte Gleichgültigkeit gegen unten.

Die russische und sowjetische Bürokratie bedurfte immer eines Zaren oder einer anderen charismatischen Figur, die ihre Interessen beschützen und neue Privilegien für sie schaffen würde. Nach Lenins Tod spielte Stalin drei

Jahrzehnte lang die Rolle eines solchen Führers. Die Bürokratie war seine Stütze, mit ihrer Hilfe wurde er seine Rivalen los und konnte seine politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Kampagnen in den zwanziger und dreissiger Jahren durchführen. Diesem Führer war aber ein vom Standpunkt der Bürokratie aus ernster Mangel eigen: Paranoid und von Natur aus ein Sadist, veranstaltete er in ebendiesem bürokratischen Milieu immer wieder kleinere und grössere Gemetzel und nahm damit der Bürokratie ihr Vertrauen in die Zukunft. Das letzte Wort blieb immer beim Führer, der vergöttert, aber auch panisch gefürchtet wurde.

Zu Chruschtschows Zeiten und besonders unter Leonid Breschnew eroberte die Bürokratie ihre Bedeutung als regierende Klasse vollständig zurück. Versteinerung der inneren Politik, die rigide Reaktion auf die antibürokratischen Reformen in anderen sozialistischen Ländern, entsprach vollkommen ihren Interessen. Die wirtschaftliche Stagnation war für die Bürokratie keine Bedrohung - in einem grossen Land findet sich immer alles Nötige, um das Leben der Bürokraten nicht nur erträglich, sondern auch angenehm zu gestalten.

Obwohl die Bürokratie aus Mitgliedern der kommunistischen Partei bestand, war sie in Wirklichkeit der marxistischen Ideologie gegenüber gleichgültig. Das haben später die Ereignisse im August 1991 bewiesen, als die millionengrosse Armee der Partei- und Staatsbürokraten sich nicht zum Schutz der "sozialistischen Wahl" erhoben hat; noch vor diesen Ereignissen war es gerade die Bürokratie gewesen, die das Personal für die neuen ökonomischen Strukturen, die mit der Privatwirtschaft verbunden sind, geliefert hatte. Aber der grösste Teil von ihnen setzte den wirtschaftlichen und anderen Reformen erbitterten Widerstand entgegen, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil die Reformen ihre Macht und ihren Einfluss unterwanderten.

Die periodisch durchgeführten Wahlen der zentralen und lokalen Machtinstitutionen nahmen den Charakter eines heuchlerischen Spektakels an. Ein gleichgültiger Bürger begab sich zum Wahllokal, um seinen Beitrag zum Erreichen des vorgegebenen Resultats - 99,9% der Stimmen für den in der Regel einzigen Kandidaten - zu leisten. Der Kandidat war das Geschöpf der Parteikomitees, die unentwegt aufpassten, dass in dem neugewählten Machtorgan Männer und Frauen, Russen und Nichtrussen, junge und bejahrte Leute, Parteimitglieder und Unparteiliche in strenger Proportion vertreten waren.

Das Resultat dieser Machenschaften waren Gleichgültigkeit und apathisches Verhalten der Wähler gegenüber dem ihnen aufgesetzten Zwang. Heuchlerisch war zu einem grossen Teil auch die auswärtige Politik der sowjetischen Führung. Obwohl die Führer der Sowjetunion ständig das Prinzip der friedlichen Koexistenz mit anderen Ländern deklarierten, haben sie das Land in Wirklichkeit in ein für die Sowjetunion untragbares Wettrüsten hineingetrieben. Waffen und Militärinstruktoren wurden in Dutzende Länder der Dritten Welt exportiert. Inbegriff der groben Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten wurden die Interventionen in Ungarn und in der Tschechoslowakei. Ende 1979 sandten einige führende Greise aus dem Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU Truppen nach Afghanistan, im Bestreben, die für Moskau günstige, aber dem afghanischen Volk verhasste linke Partei an der Macht zu erhalten.

## **1.2. Aus der Geschichte der Revolution**

Um die sowjetische Gesellschaft Mitte der achtziger Jahre zu verstehen und sich ihre Besonderheiten, die sie aus dem Kreise zivilisierter Staaten ausschloss, zu vergegenwärtigen, müssen wir einen kurzen Exkurs in die Geschichte machen, indem wir als Ausgangspunkt die Oktoberrevolution von 1917 nehmen.

Diese Revolution brachte die ultralinke Gruppe im russischen öffentlichen Leben an die Macht, die Kommunisten/Bolschewiken mit Lenin an der Spitze, die unter der Fahne des orthodoxen Marxismus auftraten.

Die neuen Machthaber riefen die sozialistische Revolution aus und stellten das Volk vor die Aufgabe, eine sozialistische Gesellschaft zu gründen. Ihre Losungen waren recht verlockend - ein unverzüglicher Austritt aus dem Weltkrieg, der allgemeine Friede ohne territoriale Annexionen und Reparationen, eine offene Diplomatie, Freiheit, Demokratie und Wohlstand für die Mehrheit in absehbarer Zukunft. Um dieses Paradies auf Erden schnell zu errichten, führten die Bolschewiken die Politik des Militärkommunismus ein, einen ständigen Ausnahmezustand, in welchem das Benötigte - Brot, Gold, Wohnungen und andere Güter - einfach konfisziert und vom System wieder neu verteilt wurde.

Zum Wendepunkt im ersten Stadium der Entwicklung der Revolution wurde die Vertreibung der frei gewählten konstituierenden Versammlung, welche die weitere Struktur des Staates festzulegen hatte, durch die Bolschewiken. Die Bolschewiken bildeten in diesem ersten echten russischen Parlament die

Minderheit und setzten im Januar 1918 als Argument einen Trupp bewaffneter Matrosen ein. Diese Handlung führte zu einer tiefen Spaltung der Gesellschaft, gab den Anstoss zum Bürgerkrieg und wurde von den bekannten russischen und westlichen Marxisten (G. Plechanow, Rosa Luxemburg) mit Bedauern und Besorgnis zur Kenntnis genommen. Rosa Luxemburg notierte anfangs 1918: "Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Diesem Gesetz entzieht sich niemand. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, ein Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde als eine Cliquenwirtschaft, als eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, das heisst Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner Herrschaft"<sup>1</sup>. Diese Prognose der talentierten deutschen Revolutionärin hat sich völlig bestätigt, mit der Einschränkung allerdings, dass der Idealismus der Führer sich im Laufe der Jahre verflüchtigte und an dessen Stelle der zynische Machtkampf trat.

Für die Bolschewiken war die Vertreibung der konstituierenden Versammlung Anfang 1918 keinesfalls etwas Zufälliges oder Unnatürliches. Sie verachteten die demokratische Erfahrung der Menschheit. Solch eine Einstellung war teilweise noch Karl Marx eigen, der die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit unterschätzte und sogar vom "parlamentarischen Idiotismus" der Arbeiterführer sprach, die sich von Wahlen jeder Art ablenken lassen, statt einen direkten politischen Kampf zu führen. Den Nachklang solcher Ideen kann man auch bei dem hervorragenden Marxisten und begabten Publizisten G. Plechanow finden. Noch an der zweiten Tagung der russischen Sozialdemokraten von 1903 äusserte er sich über das Schicksal der

---

<sup>1</sup> R. Luxemburg: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass herausgegeben von Paul Levi. Berlin, 1922, S. 113.

konstituierenden Versammlung nach dem Sieg der Revolution in Russland folgendermassen: "Wenn wir sehen, dass die Versammlung unsere Politik unterstützt, werden wir ihre Existenz weiter verlängern. Wenn die konstituierende Versammlung gegen uns auftritt, müssen wir sie innert 24 Stunden vertreiben". Zu Ehren G. Plechanows muss man hinzufügen, dass er zutiefst empört war, als die Bolschewiken seine Forderung verwirklicht hatten, und die Vergewaltigung der konstituierenden Versammlung als einen unverzeihlichen Fehler und sogar als ein Verbrechen der Bolschewiken betrachtete.

Der Preis, den die Völker Russlands für die Revolution und deren Sieg zahlten, war enorm. Die Folgen der damit verbundenen Verluste waren noch jahrzehntelang zu spüren und sind auch in unserer Zeit nicht endgültig überwunden. Die Zahl der Opfer der Revolution, des Bürgerkriegs, der Epidemien und der schrecklichen Hungersnot anfangs der zwanziger Jahre, die zum grossen Teil von der Konfiszierungspolitik des "Militärkommunismus" und des allgemeinen Zerfalls der Wirtschaft hervorgerufen wurde, übersteigt 10 Millionen. Hinter dieser riesigen Zahl verbergen sich menschliche Leiden und Tragödien, die für die ganze Geschichte der Menschheit im Übermass ausreichen würden. Die Grausamkeit beider Seiten, die Abwertung des einzelnen menschlichen Lebens, blutige Pogrome, der Kannibalismus der vor Hunger wahnsinnig gewordenen Wolga-Bauern, die Landesvertreibung von ungefähr 2 Mio. Menschen, das fast vollkommene Erliegen der Wirtschaft - das war der Preis für die mit dem fast blutlosen Umsturz vom 7. November 1917 begonnene Revolution. Einer der hauptsächlichen Gründe für den leidvollen Werdegang der russischen Revolution war ihre objektive Nutzlosigkeit. Die grossen Revolutionen der Vergangenheit - die englische Mitte des 17. Jahrhunderts, die amerikanische und französische Ende des 18. Jahrhunderts - waren von der ganzen vorausgegangenen Geschichte vorbereitet und dazu berufen gewesen, dem Aufschwung, dem Aufgehen der Produktionskräfte der Gesellschaft neue Perspektiven zu eröffnen. Obwohl jede dieser Revolutionen ihre Vendees und Robespierres hatte, war der Preis, den die Völker dieser Länder für den Sieg der neuen gesellschaftlichen Ordnung zahlten, dennoch nicht übermässig gross. Dazu kam, dass die Nachrevolutionen (Napoleons in Frankreich oder das von der "Glorreichen Revolution" 1688 in England herbeigeführte) die wichtigsten Errungenschaften der Revolution nicht nur unterstützten, sondern ihnen die nötige Legitimität verliehen (wie in dem berühmten *Code Napoleon*).

Ganz anders in Russland. Die Bürgerklasse wurde hier gerade in dem Augenblick vernichtet, wo sie emporstieg, weil die Industrialisierung des

Landes schnell voranschritt, und nach dem Sturz des Zaren im März 1917 erlebte Russland die einzige Periode echter Demokratie und Freiheit in seiner Geschichte.

Den Bolschewiken gelang die Machtergreifung dank dem Zusammentreffen verschiedener Begebenheiten: Das Volk war den unbeliebten, verschleppten und ruhmlosen Krieg leid, die regierenden Kreise waren stur und brachten nicht den Mut auf, das Land aus dem Krieg herauszuführen, und sie waren auch nicht imstande, das Bodenproblem radikal zu lösen. Vor dem Sturz der Monarchie schrieb einer ihrer bedeutendsten Vertreter, Grossfürst Alexander Michailowitsch, an den Zaren: "Die Regierung von heute ist das Organ, welches die Revolution vorbereitet. Das Volk will sie nicht, aber die Regierung ergreift alle erdenklichen Massnahmen, damit möglichst viele Menschen unzufrieden werden, und ist darin sehr erfolgreich"<sup>2</sup>. Die provisorische Regierung mit Fürst Lwow und anschliessend A. Kerenski an der Spitze fuhr mit derselben Hartnäckigkeit fort, ihre eigene Macht zu untergraben.

Die Bolschewiken verdanken ihren Sieg auch der Gespaltenheit ihrer politischen Gegner und der Tatsache, dass in der politischen Landschaft Russlands sie als die einzige hoch organisierte, geschlossene Kraft, geführt von begabten und tatkräftigen Organisatoren, Meistern der Demagogie und des Populismus, auftraten.

### **1.3. Die Entwicklung des totalitären Systems**

Nach der Machtergreifung entledigten sich die Bolschewiken zielstrebig und schnell aller politischen Konkurrenten, indem sie die bürgerlichen Parteien und ihre Organe verboten; ab dem Sommer 1918 blieben sie die einzige Partei in Russland. Von diesem Moment an wurde jede Opposition und alles, was sich irgendwann als eine Opposition entpuppen könnte, grausam verfolgt.

Eine Folge der Revolution und des Bürgerkriegs war die Vernichtung der dünnen Schicht der russischen Intelligenzia, die von der neuen Macht als Gegner betrachtet wurde. Ein Teil davon liess sich in Paris, Prag, Belgrad, New York und anderen Zentren russischer Emigration nieder. Zu denen, welche die ungastlich gewordene Heimat nach eigenem Entscheid verlassen hatten, gesellten sich die durch Regierungsbeschluss Verbannten. Einer der bekanntesten Fälle von Deportierung unerwünschter Intellektueller war der

---

<sup>2</sup> Nesawissimaja Gaseta (Moskau) vom 5.12.1992.

"Philosophendampfer", der 1922 zweihundert hervorragende Vertreter des russischen gesellschaftlichen Denkens nach Deutschland brachte. Der Exitus der geisteswissenschaftlichen und technischen Intelligenz aus Russland sollte noch auf viele Jahre hinaus tragische Folgen für die Wissenschaft, Kultur und technische Entwicklung des Landes haben: Menschen wie I. Bunin, F. Schaljapin, S. Djagilew, A. Pawlowa, S. Rachmaninow, M. Tschechow, N. Berdjaew, A. Aljechin, der Ingenieur I. Sikorski, der Chemiker A. Tschitschibabin, der Biologe N. Timofejew-Resowski trugen zum Ruhm der westeuropäischen und amerikanischen Kultur bei, und die Kultur des post-revolutionären Russlands wurde um einige Köpfe ärmer.

Ein tragisches Los erlitt auch die russische Kirche. An die Macht gekommene Atheisten setzten sich zum Ziel, Priester physisch zu vernichten und Gotteshäuser zu schliessen. Die von der Revolution verkündete Trennung von Kirche und Staat führte zu keiner Selbständigkeit oder Autonomie der Kirche; im Gegenteil, sie unterstand rigider Aufsicht durch die Behörden. Die Regierung schickte sich an, das im Laufe einiger Jahrhunderte nach dem Tatareneinfall angesammelte Vermögen der Kirche einzuziehen. Lenin hat persönlich die Zerstörung der Kirche und den Mord ihrer Priester geleitet. In dem streng geheimen Brief an die Politbüromitglieder vom 19. März 1922 schrieb Lenin über die Notwendigkeit, kirchliche Güter zu veräussern. Dabei dachte sich das Haupt der regierenden Partei und des Ministerrates: "Je mehr Vertreter des reaktionären Klerus und der reaktionären Bourgeoisie wir erschliessen, desto besser. Wir müssen dieser Bevölkerungsschicht eine solche Lehre erteilen, dass es auch in kommenden Jahrzehnten an keinen Widerstand denkt."<sup>3</sup>

Die gleichzeitige grausame Beseitigung der Zarenfamilie samt persönlichem Arzt, Koch, Dienstmädchen und weiteren Personen fügte noch ein Glied zu der Kette von Verbrechen hinzu, derer sich die neue Macht schuldig machte. Dabei war die Erschiessung nicht das Resultat einer "lokalen Initiative" radikaler Revolutionäre Jekaterinburgs oder anderer Städte, wo die Zarenverwandten wohnten. Trotzki schreibt in seinen Memoiren, dass der erste Präsident (Vorsitzender des Zentralen Exekutivkomitees) des neuen Russlands, J. Swerdlow, ihm erzählt habe, der Beschluss über die Erschiessung der Romanows sei in der Zentrale gefasst worden, weil Lenin meinte, man dürfe den Gegnern ihre lebendige Fahne nicht erhalten.

---

<sup>3</sup> Veröffentlicht in "Nowij Mir", 1991, N 6, S. 179.

Gleich zu Anfang der Revolution bildeten ihre Anführer die Notstandskommission, die *Tscheka*. Sie war Vorläuferin der künftigen Strukturen, welche dieselben Ziele verfolgten - das Haupt-Politische Amt (GPU), das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKVD), das Ministerium der Staatssicherheit (MGB) und das Komitee der Staatssicherheit (KGB). Alle diese Organisationen waren nie an Gesetze gebunden, sie handelten auf der Grundlage des "Klassenherangehens" und des "proletarischen Spürsinns", sie waren immer der bewaffnete Arm und das Instrument der begrenzten Gruppe der Führer und vor allem des Führers, des Leiters der regierenden Partei. Ihre Methoden waren aussergerichtliche Urteile, gefolgt von geheimen Erschiessungen. Einer der Tscheka-Leiter, Lazis, schrieb 1918 in der Zeitung "Der Rote Terror": "Wir führen keinen Kampf gegen einzelne Personen, wir vertilgen die Bourgeoisie als Klasse. Suchen sie während des Gerichtsverfahrens keine Materialien und Beweise, dass der Angeklagte gegen die Sowjetmacht handelte. Die erste Frage, die man ihm stellen muss - zu welcher Klasse er gehört... Diese Fragen bestimmen das Schicksal des Angeklagten."

Bereits in den zwanziger Jahren wurden in Sowjetrussland Konzentrationslager geschaffen, wo in riesigem Ausmass die unentgeltliche Arbeitskraft von Hunderttausenden, später auch Millionen Häftlingen für schwerste Arbeiten ausgenutzt wurden. Bis 1953 brachte nach Schätzung von Spezialisten die Zwangskollektivisierung mit ihrer Deportierung von vielen Millionen Menschen ungefähr 10 Mio. Menschen den Tod. Viele starben auf dem Wege zum Verbannungsort oder gleich nach der Ankunft in den kalten und unbewohnbaren Regionen Sibiriens und des hohen Nordens. Der Hunger in den Jahren 1932-33, als die bereits in Kolchosen zusammengetriebenen Bauern dem Staat ihr Brot bis zum letzten Gramm abzugeben hatten, war faktisch von den Behörden organisiert und kostete 6 Mio. Menschenleben, hauptsächlich in der Ukraine. Im Laufe der Repressionen 1937-38 wurden mindestens 5 Mio. Menschen verhaftet, ungefähr 1 Mio. wurde nach NKVD-Urteilen erschossen, weitere Millionen starben in Lagern und Gefängnissen.

Nach dem Einzug der Roten Armee in die Länder des Baltikums, die Westukraine, Westweissrussland und Moldavien (1939-1940) wurden aus diesen Regionen ungefähr 2 Mio. Menschen deportiert. Während des Krieges, zwischen 1941 und 1943, wurden sieben Völker, die im Nordkaukasus, Wolgagebiet oder auf der Krim lebten (Deutsche, Inguschen und Tataren) nach Mittelasien und Sibirien ausgesiedelt. Viele hielten die extremen klimatischen Bedingungen nicht aus und kamen um.

Nach dem Krieg begann sich das Rad der Repression mit neuer Wucht zu drehen. Bis zu 3 Mio. Einwohner der Gebiete, die 1941-44 von Deutschen besetzt gewesen waren, wurden verhaftet, man beschuldigte sie der Kollaboration mit dem Feind, des Dienstes in der Polizei, der Ausführung der Funktion des Dorfältesten usw. - nicht selten aufgrund falscher Anschuldigungen. Zur selben Zeit kehrten die am Leben gebliebenen Kriegsgefangenen nach Hause zurück. Gemäss der Stalinschen Direktive "Wir haben keine Gefangenen, wir haben Verräter", wurden über 2 Mio. Soldaten von den Nazilagern direkt in die sowjetischen befördert.

Zuletzt, in den Nachkriegsjahren bis zum Tod Stalins im März 1953, wurden eine Anzahl ideologischer Kampagnen entfacht. Verhaftet wurden die sogenannten Kosmopoliten<sup>4</sup>, "russische Separatisten" (die sog. Leningrader Aktensache) und lokale Nationalisten. Nur der Tod des Diktators rettete eine grosse Gruppe von begabten Medizинern, die Ende 1952 verhaftet und der Vorbereitung der Ermordung ihrer Patienten - Leiter des Landes - beschuldigt worden waren.

Alles in allem fielen während der Zeit der Stalin-Regierung ca. 33 Millionen Menschen verschiedenen Repressionen zum Opfer.

Das ganze System, das ausführlich von Solschenizyn beschrieben worden ist, verwandelte den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in einen Polizeistaat, in dem ganz bewusst geschürte Angst zum wichtigen Element und zur Stütze der gesamten Innenpolitik wurde. Diese Angst der Bürger vor der Macht und dem willkürlichen Zuschlagen der Behörden, wiewohl sie nach Stalins Tod im "Tauwetter" der ersten Jahre von Chruschtschows Regierung nachliess, verschwand nie vollkommen aus dem öffentlichen Leben. Unter Leonid Breschnew, Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko spielte sich eine schleichende Restalinisierung des politischen und geistigen Lebens ab, verstärkt von neuen Verfolgungswellen gegen Andersdenkende und sogar der Schaffung von neuen Verfolgungsformen (z. B. der Zwangseinweisung von Dissidenten in psychiatrische Kliniken, wo sie brutal behandelt und ihre Gesundheit mittels Psychopharmaka zerstört wurde).

Der Leser wird sich jetzt vielleicht fragen: Warum hat dieses grosse Volk, das zu Anfang des Jahrhunderts drei Revolutionen durchgemacht hatte, das alles geduldet, warum hat es sich nicht gegen die Obrigkeit aufgelehnt ?

---

<sup>4</sup> Als "Kosmopoliten" (d.h. heimatlose Leute, keine Patrioten) waren die Juden abgestempelt.

Bis jetzt gelang es keinem Gelehrten oder Publizisten, eine befriedigende Antwort auf diese Frage zu finden<sup>5</sup>. Auch der Autor behauptet nicht, eine schlüssige Antwort zu haben. Aber vereinfachend lassen sich einige Aspekte des Problems anführen. An erster Stelle, neben der bereits erwähnten Angst, kommen ideologische Momente. Der Kommunismus in seiner ursprünglichsten Form (und gerade diese Form der "Lehre" erreicht die breiten Bevölkerungsmassen) ist recht anziehend und erinnert in mancher Hinsicht an das frühe Christentum. Die allgemeine - sogar materielle - Gleichstellung; die Vertreibung ("Expropriation") der Reichen, die in der Vorstellung des Volkes eine Art Vampire sind, die vom Blut und der Gesundheit der Arbeiter leben; Volksherrschaft; allgemeine kostenlose Ausbildung und allgemein zugängliche unentgeltliche medizinische Versorgung; die Beseitigung der Arbeitslosigkeit (was fälschlicherweise oft als Verdienst der Planwirtschaft ausgelegt wird, obwohl sie die Arbeitslosigkeit tatsächlich nur vertuscht) - alle diese Wohltaten wurden versprochen und teilweise auch realisiert (wie etwa die allgemeine kostenlose Ausbildung und ärztliche Versorgung oder die Vollbeschäftigung) und brachten den neuen Machthabern die Sympathien eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung ein.

Ein weiterer Faktor waren die Massenmedien, die sich ausnahmslos in den Händen der Regierung befanden. Tag für Tag, von früher Kindheit bis ins hohe Alter, wurde der Sowjetbürger mit sorgfältig ausgewählten Informationen und gerissenen Kommentaren gefüttert, die darauf abzielten, die unablässigen Erfolge der sowjetischen Gesellschaft zu beweisen. Eine der Konsequenzen dieser zielstrebigem Propaganda war, dass der Mensch sich allmählich mit dem Regime zu identifizieren begann: dessen Erfolge sollten gleichsam zu seinen persönlichen Erfolgen werden. So wurde etwa der Abschluss des Baus eines grossen Betriebes oder Kraftwerks in den dreissiger Jahren als Familienfest begangen.

Erwähnen sollte man ferner eine gewisse kollektive geistige Trägheit als Folge der Revolution und des in hartem Kampf gegen russische Konterrevolutionäre und ihre zahlreichen ausländischen Verbündeten gewonnenen Bürgerkriegs. Auch darf ein so wichtiger Aspekt des Problems wie der "revolutionäre Messianismus", das Sendungsbewusstsein eines befreienden

---

<sup>5</sup> Die Weltanschauung und Stimmung eines marxistisch orientierten Intellektuellen hat Professor R. Havemann in seinem Buch "Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde" (Berlin 1990) sehr gut wiedergegeben.

Kreuzzuges, das von den Kommunisten besonders ins Bewusstsein der jungen Generation eingepflanzt wurde, nicht vergessen werden.

Reste der alten und die sich formierende neue Intelligenzia sahen sich mit dem Phänomen konfrontiert, dass ein beträchtlicher Teil der bekannten und sogar hervorragenden Gelehrten, Schriftsteller und Künstler des Westens das sowjetische Regime unterstützten. Wenn diese Unterstützung von Menschen vom Kaliber eines R. Rolland, Anatole France, P. Langevin, P. Joliot-Curie, Thomas Mann, L. Feuchtwanger, G.B. Shaw, R. Tagor, D. Neru, Pablo Neruda, R. Alberti, G. Fast, oder R. Kent ausging, konnte auch ein kritisch gesinnter sowjetischer Intellektueller sich zu fragen beginnen, ob er sich in seiner Ablehnung des Regimes nicht irrte, schien es doch ausgeschlossen, dass alle diese hervorragenden Geister einem Irrtum verfallen wären!

Noch eine Tatsache trug zur Festigung des Regimes bei. Die neue Macht wurde von den Führern der bürgerlichen Welt feindlich aufgenommen. (Viele Jahre später, gegen Ende seines Lebens, sprach Winston Churchill sein Bedauern darüber aus, dass er "das Kind [die russische Revolution] nicht in der Wiege erwürgte".) Leider war das nicht alles, es wurden auch praktische Versuche unternommen, den Gang der Ereignisse in der Sowjetunion mit Gewalt zu ändern. Die Intervention westeuropäischer Staaten, Japans und der Vereinigten Staaten dauerte fünf Jahre und brachte der Bevölkerung Russlands grosses Leid. Durch die Anstrengungen der "Friedensstifter" von Versailles wurde entlang der westlichen Grenze der Sowjetunion eine Kette von feindlichen Staaten gebildet, die ganz offen als "cordon sanitaire" bezeichnet wurde. Die USA erkannten die junge UdSSR 15 Jahre lang nicht an. Obwohl England zu den ersten Ländern gehörte, welche die UdSSR anerkannten, gab es seine feindliche Haltung nicht auf - man denke nur an den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Moskau 1927 - und hetzte die von England abhängigen Staaten gegen die Sowjetunion auf: 1929 wurde unter dem Einfluss ausländischer Mächte (vor allem Englands) von einer Gruppe chinesischer Generäle mit Tschan Tso-Lin an der Spitze ein Militärkonflikt an der sowjetisch-chinesischen Grenze provoziert. Diese und ähnliche Ereignisse (etwa die feindliche Aktivität Japans an der sowjetischen Grenze und der mit der Sowjetunion verbündeten Mongolei in den dreissiger Jahren) sorgten bei der Bevölkerung der Sowjetunion für ein Gefühl ständiger Bedrohung von aussen. Als in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht gelangten, nahm diese Bedrohung noch konkretere Gestalt an.

Feinde wurden ständig nicht nur ausserhalb, sondern auch innerhalb des Landes gesucht. Wenn ein Betrieb schlechte Waren produzierte (vermutlich, weil die Einrichtung uralt war und als Arbeiter ehemalige Bauern eingesetzt wurden), war es selbstverständlich die Schuld des Direktors und der sabotierenden Ingenieure. Falls der Plan nicht erfüllt wurde, war dies zweifellos das Resultat einer Verschwörung des technischen Stabs und nicht etwa eine Folge der schlechten Planung und des überbelasteten Betriebs, der den überrissenen Anforderungen nicht gewachsen war.

All dies hat Stalin und seinen Nachfolgern geholfen, das Volk in ständiger geistiger Anspannung zu halten, es stets zu weiteren Opfern und Entbeh- rungen zu motivieren und im Bewusstsein von Millionen ein gegenseitiges Misstrauen und eine wahre "Spionomanie" zu entwickeln, um diese Massen um so leichter manipulieren zu können.

Dazu kommt ein weiterer Faktor, der die verhängnisvolle Passivität der Bevölkerung erklärt. Wenn in wissenschaftlichen Arbeiten und in der Publi- zistik das *Volk* als Lenker aller grundsätzlichen Ereignisse und Schicksals- wendungen eines Staates bezeichnet wird, so ist das ein schwerwiegender Fehler. In der Tat nimmt an den Revolutionen, Umbrüchen, Aufständen, Bürgerkriegen nur eine Minderheit der Bevölkerung aktiv teil. Die Oktober- revolution wurde in einigen grossen Zentren Russlands von kaum hundert- tausend Menschen getragen. Die eigentliche kommunistische Partei, welche die Umwälzung leitete, zählte zur Zeit der Februarrevolution, die den Zaren stürzte, 30'000 Mitglieder, und gegen Anfang der Oktoberrevolution gab es im riesigen Land ganze 200'000 Bolschewiken, was etwas mehr als 0,1 % der Bevölkerung entspricht. Der Bürgerkrieg wurde von der von Trotzki geschaf- fenen 5 Millionen Mann starken Roten Armee gewonnen, d.h. von 3 % der Gesamtbevölkerung.

Stalin und seine Helfershelfer haben die Bedeutung der aktiven Minderheit sehr genau erkannt. Im Laufe der Repressalien radierten sie eine nach der anderen der am meisten aktiven Schichten aus, um selbst die Möglichkeit eines Widerstandes im Keime zu ersticken.

Man darf auch die Geschlossenheit der sowjetischen Gesellschaft im Laufe von mehreren Jahrzehnten nicht ausser acht lassen. Die Führer der Sowjet- union haben ganz bewusst das eigene Volk von der übrigen Welt abgegrenzt. Die Einwohner sämtlicher Teile der Sowjetunion erhielten Informationen über das Leben nah- und fernliegender Länder nur aus offiziellen Quellen. Auf diese Weise wurde die Vorstellung von der westlichen Welt als eines

Zuchthaus für Arbeiter geschaffen, die dort jeglicher Rechte entbehren und einen ständigen Kampf um ihr Dasein führen müssen. Der sowjetische Durchschnittsbürger war davon überzeugt, dass die Hälfte der Bevölkerung in den USA, Deutschland und anderen Ländern vor den Stellenvermittlungen Schlange stehe und die andere Hälfte 12 Stunden pro Tag schuften müsse, um ihre Stelle nicht zu verlieren. Es herrschte auch die allgemeine Vorstellung, dass für den westlichen Arbeiter - und erst recht für einen Arbeitslosen - eine normale Wohnung unerschwinglich sei und folglich Hunderttausende in Nachtasylen und unter Brücken schliefen. Die grosse Krise von 1929-1932 lieferte der offiziellen kommunistischen Propaganda willkommenen Stoff für solche Schilderungen, allerdings waren die offiziellen Medien zu allen Zeiten voll von Meldungen über die erbärmliche Lage der Arbeiter, Farmer und kleinen Beamten und die Macht des Ku Klux Klans. Aus der umfangreichen westlichen Literatur wurden in der Regel nur sozialkritische Romane und Novellen von Autoren wie Th. Dreiser ("Eine amerikanische Tragödie" u.a.), J. Steinbeck ("Die Früchte des Zorns"), R. Wright ("Amerikas Sohn"), B. Kellermann ("Der Tunnel") oder H. Fallada ("Kleiner Mann, was nun?") übersetzt, in deren Werke die schwierigen Seiten des Lebens, Armut und Ruin der Menschen oder der grausame Rassismus geschildert werden. Auf diese Weise konnte der Leser keinen objektiven Eindruck vom Leben in anderen Ländern bekommen, der einen Vergleich der realen Lebensbedingungen, des politischen Systems und seiner Errungenschaften z.B. in den Vereinigten Staaten und in der UdSSR erlaubt hätte. Dies war eine weitere wichtige Voraussetzung für die Stabilität des Systems.

#### **1.4. Der Personenkult**

Ein weiterer Charakterzug des sowjetischen Systems, der zu dessen Entwicklung und Festigung eine sehr wesentliche Rolle spielte, war der Kult, ja die Vergötterung des Führers. Man ist versucht, dieses Phänomen mit den besonderen Eigenschaften des russischen und anderer die Sowjetunion bewohnenden Völker zu erklären, mit der jahrhundertealten monarchischen Tradition und der patriarchalen Lebensweise der bäuerlichen Mehrheit. Dann aber drängt sich die Frage auf, womit sich eine ähnliche Erscheinung im Deutschland der dreissiger und vierziger Jahre erklären lässt, in einem hinreichend urbanisierten und auf vielen Gebieten fortschrittlichen Land. Anscheinend ist der Kult Lenins und später Stalins auf einer ganz realen, objektiven Grundlage entstanden. Diese Grundlage bildeten vor allem der unerhörte Grad der Verstaatlichung und Zentralisierung der Wirtschaft

sowie der autoritäre Charakter der Verwaltung. (Nebenbei bemerkt: Eine strenge Kontrolle über die Wirtschaft übten auch die Nazis aus: man denke nur an den "Vierjahresplan" oder an die Ernennung Görings zum "Wirtschaftsdiktator".)

Der zweite Faktor, der zum Entstehen des Stalin-Kults beitrug, war das Einparteiensystem und die noch nie dagewesene Rolle der Partei als Führerin des Landes. Wenn man bedenkt, dass eine Massenpartei weder praktisch noch technisch imstande ist, eine solche Aufgabe zu erfüllen, wird klar, dass zwangsläufig eine hierarchische Treppe entstehen muss, deren Stufen die verschiedenen Schichten der neuen Bürokratie sind. Auf der obersten Stufe steht die erste Person in dieser Hierarchie - der Führer. Auch in diesem Fall können wir nicht umhin, an die Verhältnisse im damaligen Deutschland zu denken, wo die Vorherrschaft einer einzigen Partei auch zur Festigung der Position und der Macht des Führers beitrug. Kurzum, totalitäre Gesellschaften in allen Ländern tendieren dazu, ihren alleinigen Führer und Initiator sämtlicher wichtigen politischen Entscheide hervorzuheben. Die Massenmedien tun ein übriges: Sie lassen den Führer, in dessen Hand sie sich befinden, in den Augen eines Menschen von begrenzter Einsicht als den Inbegriff von Umsicht, Weisheit und allen nur denkbaren Tugenden erscheinen.

Die Macht eines solchen Führers kennt keine Analogie in der menschlichen Geschichte. Von ihm hängt alles ab: Krieg und Frieden, Innenpolitik, wirtschaftliche Prioritäten, das Schicksal vieler Völker und des einzelnen Menschen. Von ihm ist die Karriere jedes einzelnen Mitglieds der regierenden Klasse - in erster Linie ihrer oberen Schicht - abhängig. Gerade dieser Teil der Gesellschaft spielte die Hauptrolle im Werden des Führerkultes. Die Mitglieder der Nomenklatura assen dem Führer aus der Hand, aus der sie auch Auszeichnungen und Beförderungen, manchmal aber auch strenge Bestrafung empfingen. Diese letzte Tatsache - die Angst vor Repressalien - liess die Nomenklatura ihren Führer mit einem alle Grenzen des Anstands sprengenden Eifer lobpreisen. Es besteht kein Zweifel, dass der in das Bewusstsein von zwei Generationen von Sowjetbürgern eingepflanzte Glaube an die Unfehlbarkeit und das Genie Stalins auch einen wichtigen Beitrag zur Festigung des kommunistischen Regimes leistete. Dabei folgten diese Leute genau wie die Höflinge der alten Monarchien dem Prinzip "*Le roi est mort, vive le roi!*" - am Tag nach dem Begräbnis des früheren Führers begann eine zunächst zaghafte, dann aber immer mehr hinreissende ideologische Kampagne zur Schaffung eines Kultes um den neuen Führer. Keiner der Parteiführer konnte diese Gesetzmässigkeit umgehen, auch Chruschtschow

nicht. Er begann mit ikonoklastischer Entweihung des Kults seines Vorgängers, was zu seiner Zeit eine Heldentat darstellte und grossen Mut erforderte, aber schon nach kurzer Zeit wiederholte Chruschtschow (aus freien Stücken oder infolge der Anstrengungen der ideologischen Priester und Kultanbeter in seiner Umgebung) vieles von dem, was seine Vorgänger getan hatten.

Dies traf auch auf Breschnew zu, obwohl in seinem Fall die ins Auge springende Bedeutungslosigkeit und Fadheit seiner Person die komplette Wiederholung der angewohnten Bräuche störte. Es genügt, daran zu erinnern, dass diesem Menschen, der kein Militär war und nie auch nur eine Kompanie befehligt hatte, der Marschallsrang verliehen und er fünfmal mit dem höchsten Orden der UdSSR, dem "Goldenen Stern", ausgezeichnet wurde. Die Tragödie der stalinschen Alleinherrschaft, die sich später als Farce wiederholte, fand sich auch auf tieferem Niveau wieder - in Nationalrepubliken, Gebieten und Regionen, wo der erste Sekretär der Parteiorganisation zum fast uneingeschränkten und unanfechtbaren Lokalherrscher wurde.

### **1.5. Die sowjetische Nationalitätenpolitik**

Sogar für Kritiker des sowjetischen Lebens gab es ein Gebiet, auf dem die Erfolge des Regimes ausser Frage standen: das Gebiet der Nationalitätenpolitik.

Die Sowjetunion war ein Staat für mehr als hundert Nationen und Nationalitäten. Anfang des Jahrhunderts hatten die russischen Sozialdemokraten vom Schlage Lenins die Idee der Selbstbestimmung der Nationen bis hin zur Trennung von Russland verkündet. Fünf Völker des Russischen Reiches konnten diese Idee nach der Oktoberrevolution in die Tat umsetzen und eigene Staaten gründen: die Polen, Finnen, Esten, Litauer und Letten. In den übrigen Fällen wurde das Streben nach selbständiger Entwicklung von der Zentralmacht mit Hilfe der Roten Armee unterbunden. Die Worte Lenins, die keinesfalls für die Presse bestimmt waren, zeugen von der wirklichen Haltung der russischen Kommunistenführer gegenüber der Idee einer Unabhängigkeit der Randgebietsvölker.

Mit der Ankunft der Roten Armee im Kaukasus hörten die selbständigen Republiken um die Zentren Tiflis, Baku und Jeriwan auf zu existieren. Später musste aus Buchara der letzte Emir fliehen. Nach Abschluss des Vertrags mit Hitlerdeutschland wurden die drei baltischen Staaten, Bessarabien und der östliche Teil des damaligen Polens an die Sowjetunion

angeschlossen. Es entstand ein riesiger Staat, der sich von Brest bis zum Stillen Ozean erstreckte. Die Grenzen zwischen den Republiken wurden dabei fahrlässig gezogen, der ethnischen Zusammensetzung der einzelnen Regionen kaum Beachtung geschenkt; als eine Folge davon bildeten sich Enklaven, die vom Gros ihrer Nationalität getrennt waren. Damit wurden die Grundlagen für spätere Reibereien und Konflikte geschaffen.

Die Politik der zentralen Führung in bezug auf die Nationalrepubliken war recht widersprüchlich. Auf der einen Seite wurde dem Problem der Angleichung des Nationaleinkommens und des Niveaus der industriellen Entwicklung, der Verbreitung von Mittel- und Hochschulbildung und dem Kampf gegen den Analphabetismus ernste Aufmerksamkeit geschenkt; bei der Verteilung der Budgetmittel kam es oft vor, dass die Nationalrepubliken mehr Geld bekamen (pro Kopf) als die zentralen russischen Gebiete. Auf der anderen Seite wurde aber eine hemmungslose Russifizierung betrieben. Diese Linie kam z.B. in den zwanziger Jahren zum Ausdruck, als in den mittelasiatischen Republiken das arabische Alphabet zugunsten des kyrillischen abgeschafft wurde. Diese Reform führte dazu, dass spätere Generationen der mittelasiatischen Völker von dem ganzen über Jahrtausende hinweg angehäuften Kulturerbe getrennt wurden. In vielen der wichtigsten Positionen in den Republiken wurde als zweiter Mann ein Russe eingesetzt, dabei spielte ausgerechnet dieser zweite Mann in der politischen oder staatlichen Hierarchie die Hauptrolle des vollmächtigen Kommissars bei der Lokalführung. Die Nationalrepubliken wurden grausamen Säuberungen unterzogen, in der Regel unter der falschen Fahne des Kampfes gegen den Nationalismus. Ein besonders schweres Schicksal erlitt die nationale Intelligenzia.

Und schliesslich wurden, wie erwähnt, aus den Regionen ständiger Ansiedlung auf Befehl des Führers ganze Völker ausgesiedelt. Ihre Leiden und Opfer kann man sich kaum vorstellen<sup>6</sup>. Erst zu Chruschtschows Zeiten erhielten einige der Überlebenden dieser Tragödie das Recht, an ihren Heimatort zurückzukehren, nicht aber die Krimtataren und Wolgadeutschen. Zündstoff gab es immer auch in den Beziehungen zwischen den Nationen, er kam aber nur im Alltag zum Vorschein. Die Behörden versuchten in der nachstalinistischen Zeit Frieden und Verständigung zwischen den Völkern zu wahren. In der Ideologie und in der Gesellschaftskunde war zu

---

<sup>6</sup> Siehe A. Nekritsch, Die bestraften Völker, Stuttgart 1981.

Breschnews Zeit die These über die Schaffung der vermeintlichen "neuen historischen Gesamtheit - des Sowjetvolks" in breitem Umlauf.

Eine Ausnahme gab es jedoch stets - ein unverhohlener, offiziell tolerierter Antisemitismus. In hohen Instanzen gehörte es zum guten Ton, Judenwitze zu erzählen oder von jemandem zu sagen, er sei "ein guter Kerl - obwohl Jude". Der Autor erinnert sich an folgende Episode: Auf dem Posten des Direktors des USA-Institutes der Akademie der Wissenschaften der UdSSR entfaltete G. Arbatow (sein Vater war Jude) eine aktive und erfolgreiche Tätigkeit und verwandelte in kurzer Zeit das neue Institut in ein führendes wissenschaftliches Zentrum. Er stellte nützliche Kontakte mit amerikanischen Universitäten her und begann eine recht positive Rolle in der praktischen Politik, etwa bei der Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, zu spielen. Diese Rolle Arbatows wurde von der amerikanischen Presse bemerkt, in der positive Artikel über ihn und sein Institut erschienen. Die Reaktion des Zentralkomitees der Partei kam blitzschnell: "Die Zionisten (und wer hält sonst die amerikanische Presse in ihren Händen?) loben ihresgleichen."

Durch die offizielle Propaganda verwandelte man die Zionisten, deren Ziel es bekanntlich nur ist, die Juden in ihre historische Heimat rückzuführen, beinahe zu den Hauptfeinden des sozialistischen Staates und zur Ursache aller seiner Schwierigkeiten auf der Weltbühne. Schritt für Schritt wurden in dem gesellschaftlichen Bewusstsein "Zionisten" und sowjetische Juden verschmolzen. Dabei wurde auch noch der Versuch unternommen, die antisemitische Linie mit Hilfe der Juden selbst durchzuführen. In Moskau wurde das sogenannte "Antizionistische Komitee" gebildet, das man sehr zu recht "Antisemitisches Komitee" nannte.

Schon unter Stalin wurden getarnte und offene Beschränkungen für den hierarchischen Aufstieg der Juden eingeführt. Jüdische Jugendliche wurden in die Universitäten und anderen Prestigehochschulen sowie die Militärakademien nicht aufgenommen. Die Juden wurden völlig aus dem diplomatischen Dienst verbannt. Das alles war von oben geleitet, von denselben Männern, die nie müde wurden, von "Völkerfreundschaft" zu reden.

Diese Leute verstanden nicht, dass Chauvinismus ansteckend ist, und sobald er mit höchster Genehmigung gegen die Juden erlaubt wird, ähnelt er einem Gift, das, sobald es in eines von mehreren kommunizierenden Gefäßen eingeschenkt wird, auch in alle anderen überfließen wird. Der staatliche Antisemitismus legitimierte den Chauvinismus auf nationaler, ethnischer

Grundlage. Die führenden Kreise waren davon überzeugt, dass sie den Fluss jederzeit in die für sie nützliche Richtung lenken könnten, in Tat und Wahrheit aber säten sie Drachenzähne, die an anderen Stellen emporspriessen würden.

Kurzum, das im Nachrevolutionsrussland entstandene politische System hatte nichts gemeinsam mit dem Traum mehrerer Generationen von einer gerechten sozialistischen Gesellschaft und führte letzten Endes zum moralischen Bankrott des Sozialismus. Heute leben das russische Volk und die anderen Völker Russlands und ehemaliger Sowjetrepubliken auf den Trümmern der totalitären Gesellschaft. Wir brauchen eine tiefgreifende gedankliche Verarbeitung unserer Vergangenheit, wir müssen die Erfahrung der gesamten Welt ausnutzen, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu finden.

### **1.6. Der wirtschaftliche Zusammenbruch**

Um die Anfangsbedingungen zu verstehen, unter denen die Reformer in den achtziger Jahren handeln mussten, muss man sich wenigstens kurz mit den Folgen von siebzig Jahren wirtschaftlicher Entwicklung in der UdSSR vertraut machen.

Es ist bekannt, dass der Versuch, alle wirtschaftlichen Probleme durch direkte Gewalt zu lösen - durch Requirierungen, Konfiszierungen und andere Formen der Beraubung von Bauern und Resten der bürgerlichen Klasse - fehlschlug. Nach Massenaufständen von Bauern im Gouvernement Tambow und von Seeleuten in der Festung Kronstadt sahen sich die Führer Sowjetrusslands gezwungen, andere Methoden der Wirtschaftspolitik in Erwägung zu ziehen, um normale Beziehungen zum Bauerntum herzustellen. Auf diese Weise wurde die Neue Ökonomische Politik (NEP) geboren, die Privateigentum, Nahrungsmittelbesteuerung der Bauern statt unmittelbarer Getreidekonfiszierung, gedungte Arbeitskräfte und den freien Verkauf der erreichten Produktion zuließ. In kurzer Zeit erzielte die NEP bemerkenswerte Resultate - einen Überschuss an Nahrungsmitteln, Senkung der Preise und ein gesundes Währungssystem (inklusive den konvertierbaren Tschervonets<sup>7</sup>). Natürlich entstand auch eine Schicht verhältnismässig reicher Leute - die neuen Businessmen oder "roten Kaufleute". Zusehends kam auch eine beträchtliche Anzahl von Bauern zu Wohlstand. Dies widersprach nicht nur

---

<sup>7</sup> Von der Regierung der UdSSR herausgegebene Geldmünze; 1 Tschervonets = 10 Rubel.

den Prinzipien des orthodoxen Kommunismus, sondern rief auch die Besorgnis hervor, dass sich ein Teil der Bevölkerung der umfassenden staatlichen Kontrolle entziehen könnte.

Bereits gegen Mitte der zwanziger Jahre begann die Demontage der Neuen Ökonomischen Politik. Die "roten Kaufleute" wurden ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gesteckt, die wohlhabenderen Bauern mit einer zusätzlichen fixen Steuer (in Geld und Naturalien) belegt, und den Geschäftsleuten, die an ihr Recht zu produzieren und zu verkaufen geglaubt hatten, nahmen die Repressionsorgane Gold und Valuta. Die 1927/28 begonnene beschleunigte Industrialisierung erforderte Mittel, die man sich auf altbewährte Art besorgte - mit Konfiszierungen und Drohungen. Es ist hier nicht der Ort, die Methoden der Mobilisierungswirtschaft zu schildern, die beim Bau der riesigen Hütten-, Traktoren-, Automobil- und Flugzeugwerke angewandt wurden, den Einsatz notdürftig bezahlter Arbeiter oder unbezahlter Häftlinge und die harten Lebensbedingungen der Arbeiter, ehemaliger Bauern, die in den überfüllten Baracken der "grossen Bauten" zusammengepfercht wurden.

Der Moskauer Professor W. Schubkin führt die Äusserung des bekannten amerikanischen Politologen R. Konquist an: "Der Stalinismus ist eine Industrialisierungsmethode in demselben Masse, wie der Kannibalismus eine Übergangsmethode zu einer besseren Ernährung ist."<sup>8</sup>

Die Leiden der Menschen, die mit Spaten und Karren Betriebe und Kraftwerke errichtet hatten, waren nur das Vorspiel zur furchtbaren Tragödie der Zwangskollektivierung, die um 1930 durchgeführt wurde. Über die Opfer der Kollektivierung haben wir schon berichtet. Hier kann noch hinzugefügt werden, dass die Folge dieses sozialen Experiments die Vernichtung des Bauerntums, der Verfall der Landwirtschaft, die Hungerkatastrophe Anfang der dreissiger Jahre und ein chronischer, über sechs Jahrzehnte anhaltender Mangel an Nahrungsmitteln war.

Man muss zugeben, das als Resultat der Industrialisierung gegen Ende der dreissiger Jahre eine gewaltige Industrie entstand und neue Vorkommen von Erdöl und anderen Rohstoffen erschlossen wurden, was der Sowjetunion ermöglichte, das nationalsozialistische Deutschland zu besiegen und den gebührenden Platz unter den führenden Industriestaaten der Welt einzunehmen. Die Wirtschaft entwickelte sich aber durch extensive Methoden wie

---

<sup>8</sup> Nowij Mir, Moskau 1991, N 6, S. 185.

die verschwenderische Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und den Bau immer neuer Betriebe, nicht durch technologischen Fortschritt und Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Die Ölkrise in den siebziger Jahren führte zu Strukturänderungen in der Wirtschaft der westlichen Länder. Es wurden wissenschaftsintensive Produktionsformen eingeführt, die Rohstoffe und Strom einsparen sollten, die Errungenschaften der Militär- und Raumfahrttechnologie wurden in grossem Masse in die zivile Produktion eingebracht und eine intensive Computerisierung der Industrie, der Telekommunikation und der Informationsverarbeitung setzte ein: Eine neue industrielle Revolution begann sich abzuzeichnen.

Von diesen Umwälzungen blieb die Sowjetunion so gut wie unberührt. Überzeugt vom unerschöpflichen Reichtum der Bodenschätze ihres Landes, hielten die sowjetischen Führer die Wirtschaft extensiv, durch den Export von Erdöl, Erdgasen und Ölverarbeitungsprodukten über Wasser. Bis zur Mitte der achtziger Jahre blieb das ökonomische System so, wie es zu Stalins Zeiten aufgebaut worden war, charakterisiert durch drei Eigenschaften:

1. *Komplette Verstaatlichung*: Vom Krämerladen oder der Wäscherei bis zum gigantischen Hüttenwerk oder Automobilbetrieb lag alles in den Händen des Staates. Anders gesagt, in der Sowjetunion war die Idee der Bolschewiken, den sozialistischen Staat als eine Riesenfabrik aufzubauen, verwirklicht worden.
2. *Hyperindustrialisierung*: Jeder Betrieb existierte im Rahmen des bestehenden hierarchischen Systems Werk - Trust - Ministerium - Staatskomitee für Versorgung - Staatskomitee für Planung (manchmal auch Ministerrat). Jeder einigermaßen wichtige Beschluss hinsichtlich Änderung von Art oder Umfang der Produktion, Vervollkommnung der Einrichtungen oder Waren, Einkauf neuer Maschinen oder Rohstoffe musste einen langen Weg von Abstimmungen und Bestätigungen durchlaufen. 1985 musste das Staatliche Planungskomitee an die 2000 Posten in Industrie und Landwirtschaft begutachten und bestätigen; danach wurde im Staatskomitee für Versorgung über 15'000 Posten entschieden, und zu guter Letzt gaben die Ministerien ihre Anweisungen und Befehle an ca. 50'000 Posten weiter.

Das alles machte die Wirtschaft unflexibel und unfähig, rasch auf neue Anforderungen des Aussen- und Binnenmarkts und auf Entwicklungen der Wissenschaft und Technologie zu reagieren.

3. Die sowjetische Wirtschaft charakterisierte sich dadurch, dass sie eine *Monopolökonomie* war. Alle grossen und kleinen Betriebe jeder Branche unterstanden einem einheitlichen Leitungszentrum, dem Ministerium. Gegen Anfang der achtziger Jahre gab es über hundert dieser Ministerien, von denen jedes ein Monopolist in seiner Branche war, d.h. es verfügte frei über Energie und Rohstoffe, Direktoren und Ingenieure, es bestimmte Art und Auswahl der Produkte, über die Preise und Verkaufsmodi. Dieses System schloss so den wichtigen Stimulus des Wettbewerbs aus. Der chronische Mangel an fast allen Produkten machte die Betriebe für die Verbesserung der Warenqualität oder die technische Vervollkommnung unempfindlich. Der sowjetische Käufer nahm alles, was ihm angeboten wurde. Der Aussenmarkt blieb den sowjetischen Produkten wegen ihrer niedrigen Qualität praktisch verschlossen, die notwendige harte Währung bekam man durch den Verkauf von Roh- und Brennstoffen sowie Halbfabrikaten in riesigen Mengen.

Die Militärindustrie hing wie ein Mühlstein am Hals der sowjetischen Wirtschaft. Die Rüstungsbetriebe erhielten die besten Maschinen und Importeinrichtungen und verbrauchten den grössten Teil der Metalle, Energie- und Rohstoffressourcen. In diesen Betrieben, in ihren Labors und wissenschaftlichen Instituten, auf ihren Versuchsgeländen wurde der grösste Teil der Gelehrten, hochqualifizierten Ingenieure und Techniker beschäftigt. Die Geheimniskrämerei der Beamten des militärisch-industriellen Komplexes schloss dabei von vornherein jede Möglichkeit aus, die Entdeckungen und Erfindungen, die bei der Entwicklung und Herstellung von Waffen gemacht wurden, für zivile Industrien zu nutzen. Es war offensichtlich, dass man an keine Besserung der wirtschaftlichen Situation denken konnte, solange sich 70-80 % der Betriebe des Schwermaschinenbaus und ein gewaltiger Teil der Werke in anderen Industriezweigen mit der Waffenproduktion befassten.

### **1.7. Die "Greisenherrschaft"**

Eine weitere spezifische Eigenschaft der Situation in der Sowjetunion bestand darin, dass fast alle Führungsstellen mit alten Männern besetzt waren, die ihre Jugend unter dem Stalin-Regime verbracht hatten. Noch anfangs der achtziger Jahre bestand die sogenannte "kollektive Führung" grösstenteils aus Menschen, die vor der Revolution oder in den ersten Nachrevolutionen geboren worden waren. Die einflussreichsten Figuren in der damaligen Gerontokratie waren neben L. Breschnew (\* 1906) der acht-

zigjährige M. Suslow, der an allen Versammlungen einzuschlafen pflegte (manchmal unter den Augen von Millionen Fernsehzuschauern), der Erste Sekretär der Parteiorganisation der Hauptstadt W. Grischin (\* 1914), der 75-jährige Aussenminister A. Gromyko, K. Tschernenko (\* 1911), der Mitarbeiter von Breschnew in Moldavien, der Verteidigungsminister D. Ustinow (\* 1908) und der kurz vor seinem siebzigjährigen Jubiläum stehende Chef der Staatssicherheit J. Andropow.

Der Autor hatte mehrmals Gelegenheit, W. Grischin aus der Nähe zu sehen. Im April jedes Jahres, am Geburtstag W. Lenins, wurde im ganzen Land der sogenannte *Subbotnik* begangen, ein Tag, an dem Arbeiter, Bauern und Intellektuelle ohne Bezahlung arbeiteten, um dem Staat zu helfen, seine wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Es war Brauch, dass auch Intellektuelle sich an diesem Tag in einen Betrieb oder eine Werkstätte begaben, um mit der physischen Arbeit an der Seite von Arbeitern die Einheit der Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. So kam der Autor zusammen mit den Kollegen aus dem damaligen Institut frühmorgens in eine Eisenbahnwerkstätte. Der Anlass begann mit der Versammlung des gesamten Personals und geladener Gäste, wobei der Sekretär des Parteikomitees, der Vorsitzende der Gewerkschaften der lokalen Branche und selbstverständlich der "Stossarbeiter" "ihre" Reden hielten. Jedesmal kam auch W. Grischin zu dieser Zeremonie, der er schweigend und mit völlig versteineter Miene beiwohnte, um anschliessend mit seiner Luxuslimousine wieder davonzufahren. Damit brachte der Regierungsvertreter nicht nur zum Ausdruck, wie wenig er von den Problemen des Volkes wusste, sondern auch wie wenig ihn dessen Bedürfnisse kümmerten.

Die politische Entwicklung des Landes, der Zustand seiner Wirtschaft (vor allem seine technologische Rückständigkeit), die aussenpolitische Situation besonders in Afghanistan, die ruinöse Teilnahme am Wettrüsten, die langjährige inkompetente Führung durch eine Clique von orthodoxen Greisen, der niedrige Lebensstandard des grössten Teils der Bevölkerung, die Vorherrschaft der rigiden volksfeindlichen Bürokratie, die Verletzung der grundsätzlichen Freiheiten und Rechte des Menschen - all diese Probleme klopften immer heftiger an die Tür des Regimes.

1982-85, nachdem ein Partei-(und folglich Staats-)führer nach dem andern gestorben war - L. Breschnew, J. Andropow, K. Tschernenko - wurde mit Michail Gorbatschow ein verhältnismässig junges Mitglied der führenden Gruppe in den Vordergrund gedrängt. Der 54-jährige wurde im März 1985

zum Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU gewählt und erhielt damit unvorstellbare Macht und gewaltige Möglichkeiten. Das Problem lag nun darin, diese Macht zum Nutzen der Gesellschaft zu verwenden.

## 2. Gorbatschow und seine Perestroika

### 2.1. Der neue Führer stellt sich vor

Die Person Nr. 1 verfügte über fast unbegrenzte Macht und Möglichkeiten. Unter den spezifischen Bedingungen der Sowjetunion stand der Generalsekretär de facto über den legislativen, judikativen und exekutiven Machtorganen. Er musste nur die enge Gruppe seiner Kollegen im sogenannten Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU berücksichtigen, die, falls sie ihre Anstrengungen vereinigten, den Generalsekretär ersetzen konnten. Aber es war für sie ziemlich schwierig, zu einer solchen Einigung zu kommen, um so mehr, als sie der neue Leiter der Führungsgruppe Schritt für Schritt auszuwechseln begann. Bereits während des ersten Jahres nach seinem Machtantritt wurden W. Grischin, der Leiter der Leningrader Parteiorganisation G. Romanow und der 81-jährige Premierminister N. Tichonow in den "verdienten Ruhestand" geschickt. Auf dem Kremelfirmament erschienen neue Sterne "ersten Ranges" - der "Partokrat" aus Sibirien J. Ligatschew und der KGB-Funktionär W. Tschebrikow, die mit M. Gorbatschow zusammen ein Machttriumvirat bildeten. Dafür ging die Karriere des Diplomaten der Stalin-Molotow-Schule A. Gromyko ihrem Ende entgegen. Seine Versuche, den Generalsekretär während der schwierigen Verhandlungen zu korrigieren und zu soufflieren, beschleunigten den Fall des ältesten Aussenministers der Welt, er wurde auf den rein repräsentativen und zu jener Zeit dekorativen Posten des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR versetzt. Die Parteiorganisation der Hauptstadt wurde dem ehemaligen Führer der Swerdlowsker<sup>9</sup> Kommunisten Boris Jelzin anvertraut.

Die Jugend, Intellektuelle und ein beträchtlicher Teil der übrigen Bevölkerung der UdSSR nahmen den neuen Führer des Landes mit Enthusiasmus auf. Nach den alten, gebrechlichen und kranken Führern der siebziger und achtziger Jahre war ein Mann ans Staatsruder gelangt, der imstande war, seine Gedanken klar und ohne im voraus vorbereiteten Text zum Ausdruck zu bringen, energisch und den Kontakt sowohl mit dem Mann auf der Strasse als auch mit westlichen Politikern suchend. Er trat gerne und häufig auf. Das Wichtigste aber war, was er sagte. Er sprach von der Notwendigkeit, die Gesellschaft zu demokratisieren und die Macht in die Hände des einfachen Volkes zu legen.

---

<sup>9</sup> Swerdlowsk, heute Jekaterinburg, das Zentrum des industriellen Urals.

Gleich in der ersten Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU sprach Michail Gorbatschow von der Notwendigkeit grosser Reformen und der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation. Allmählich zeigte sich auch sein unkonventionelles Verhalten gegenüber anderen Ländern. Bereits im November 1985 traf er erstmals den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, der noch vor kurzem in der Rolle des ungestümen Kreuzritters des kapitalistischen Westens aufgetreten war. Dies war der Präsident, der die Sowjetunion "ein Reich des Bösen" ("*an evil empire*") genannt und versprochen hatte, sie durch das Wettrüsten auszulaugen und auf den "Müllhaufen der Geschichte" zu werfen; der, angestiftet von Professor Edward Teller, das Wettrüsten ins Weltall hinaustragen wollte, um so das sowjetische Nuklearpotential bedeutungslos und das Land gegen Angriffe amerikanischer Raketen schutzlos zu machen. Und jetzt verhandelten die beiden Staatsoberhäupter friedlich miteinander in Genf. Und obwohl dieses Treffen keine konkreten Resultate brachte, war es offensichtlich, dass es die Tür zu einer neuen Epoche in den Beziehungen zwischen den beiden Grossmächten aufsties.

Ein aufmerksamer Beobachter konnte hören, wie sich das politische Vokabular der zentralisierten Sowjetmedien änderte: Noch wurde Lenin bei jeder Gelegenheit zu Rate gezogen, man suchte siebzig Jahre alte Artikel und Reden hervor, sprach über die Notwendigkeit, "den Leninschen Geist" wiederzubeleben, über die "Epoche der Renaissance" des schöpferischen Marxismus usw. Aber der Kapitalismus galt nicht mehr als Inbegriff alles Bösen; erstmals seit 1917 wurde dem Westen die Daseinsberechtigung und die Fähigkeit zur Entwicklung und Vervollkommnung eingeräumt<sup>10</sup>.

Viel Aufmerksamkeit wurde der Demokratisierung der Gesellschaft geschenkt, obwohl die Position der führenden Partei nach Meinung des Initiatoren der Reformen nicht erschüttert werden durfte. Im Gegenteil, man sprach (darunter auch Gorbatschow) von der Notwendigkeit, die führende Rolle der Partei noch mehr zu stärken. Vom Existenzrecht anderer Parteien war in den ersten Jahren der Perestroika noch keine Rede. Gorbatschow wachte entschlossen über das Einparteiensystem.

Wie so oft in der sowjetischen Geschichte fanden sich sogleich Gelehrte und Publizisten, die es fertigbrachten zu beweisen, warum wir dieses Übel, die bürgerliche Mehrparteilichkeit, nicht brauchen. Der Politologe A. Migranjan

---

<sup>10</sup> Siehe z.B. M. Gorbatschow, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU am 27. Parteitag, Teil I: Die Welt von heute, Moskau 1986, S. 30-31.

schrieb (noch 1988!): Weil in der Sowjetunion "alle Klassen und sozialen Gruppen die grundsätzlichen Werte des Marxismus und des Sozialismus teilen, existiert keine Notwendigkeit, in die Zeiten des Mehrparteiensystems zurückzukehren."<sup>11</sup>

Der Generalsekretär selbst beteuerte drei Jahre nach Beginn der Reformen, "auch bei dem Mehrparteiensystem ist eine so harte Diktatur möglich, dass wir sie uns nicht einmal träumen können".

## 2.2. Hauptproblem Wirtschaft

Das Leben lenkte die Aufmerksamkeit der neuen Führung auf die Probleme, von denen sie am wenigsten verstand - wirtschaftliche Probleme. Die Mängel der sowjetischen Wirtschaft waren offensichtlich; solange sie sich im Rahmen des jahrzehntealten Systems bewegte - hundertprozentige Verstaatlichung der Industrie und (faktisch) der Landwirtschaft, Branchenmonopol der Ämter, Hyperzentralisierung und Konkurrenzlosigkeit -, war sie zu ewigem Defizit und immer gravierenderer Rückständigkeit verurteilt. Ausser diesen grundsätzlichen Systemfehlern litt die sowjetische Wirtschaft noch an etlichen chronischen Gebrechen.

Die metall- und energieintensive Schwerindustrie war zu einem richtigen Geschwür für die Wirtschaft geworden. Der Hauptgrund lag an der über alle Masse hinaus angeschwellenen Rüstungsindustrie. In den Diskussionen der ersten Perestroika-Jahre blieb dieser Komplex die "heilige Kuh", die niemand anzutasten wagte.

Eine der Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung blieb auch in diesen ersten Jahren die ständige Abnahme des Anteils der Konsumgüterproduktion am Gesamtumfang der Industrieproduktion. Es wurde berichtet, dass dieser Anteil, der im Vorkriegsjahr 1940 noch 39 % ausgemacht hatte, bis 1980 auf 26,2 % gesunken war und sich bis 1986 weiter auf 24,7 % verringerte<sup>12</sup>.

Ein anderes Merkmal der Wirtschaft des "entwickelten Sozialismus" bestand im Einfrieren von enormem Kapital, Technik und Arbeit in langfristigen Bauprojekten. Die Errichtung eines durchschnittlichen Betriebs dauerte zehn Jahre oder länger. So überlappten sich Bauvorhaben, und 1987 z.B.

---

<sup>11</sup> Es gibt keinen anderen Weg, S. 120.

<sup>12</sup> M. Gorbatschow, Meine Vision, Wien 1987, S. 65.

befanden sich 350'000 Objekte gleichzeitig im Bau! Mit anderen Worten, trotz Zentralisierung und einer strengen Auswahl in den Gosplan-Diensträumen hatte es jedes von über hundert Ministerien fertiggebracht, auf legitimem oder unehrlichem Weg die notwendigen Beschlüsse, Finanzmittel und Baumaterialien für ihre eigenen Vorhaben zu beanspruchen. Und jedes von ihnen hatte immer neue Projekte angefangen, obwohl die Mittel nicht ausreichten, sie abzuschliessen.

Gleichzeitig ging eine rapide Ausschöpfung der Naturressourcen des Landes vor sich. Hatten die Vereinigten Staaten zwischen 1970 und 1987 die Ölförderung auf dem eigenen Territorium von 475 auf 440 Mio. Tonnen reduziert, so erhöhte die Sowjetunion ihre Förderung von 353 auf 624 Mio. Tonnen. Im selben Zeitraum verringerten die USA ihre Naturgasproduktion von 621 auf 480 Mrd. m<sup>3</sup>; entsprechend schraubte die Sowjetunion ihre Produktion von 198 auf 727 Mrd m<sup>3</sup> hoch. Ein solcher Trend barg eine Riesenbedrohung für die Zukunft des Landes.

Diese und andere schwere Leiden der Wirtschaft waren den neuen Führern natürlich wohl bewusst, verfügten sie doch über alle notwendigen Informationen. Wenn es aber um die Analyse der Gründe für eine derart negative Entwicklung ging, geschweige denn um die Suche nach Lösungen und Auswegen aus der Stagnation, blieben die Führer - verständlicherweise - vollkommen hilflos. Denn die Gründe für den Verfall zu erforschen, hätte bedeutet, die eigentlichen Grundsätze des wirtschaftlichen und sozialen Systems der Sowjetunion kritisch zu beleuchten. Viel leichter fiel es, etwa auf die schlechte Arbeitsmoral der Arbeiter oder auf die verbreitete Trunksucht hinzuweisen. Diese Tatsachen waren durchaus vorhanden, sie waren aber massgeblich vom ökonomischen System selbst vorgegeben, das dem Arbeiter durch die Bürokratisierung der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft, durch die faktische Entfremdung des Arbeiters von der Verwaltung der Produktion und von den Resultaten seiner Arbeit keine Stimuli zu guter Arbeit gab.

Inzwischen begingen die neuen Führer mit ihrem Kampf für die Verbesserung der Arbeitsmoral ihren ersten grossen Fehler, indem sie die "Antialkoholikampagne" entfesselten. Diese aufsehenerregende Kampagne, die mehrere Monate lang alle Kräfte der zentralen und lokalen Behörden in Anspruch nahm, versetzte ausgerechnet der Perestroika einen schweren Schlag.

Wie ging der Kampf gegen den Alkoholismus vor sich? Überall wurden Wein- und Wodkabetriebe geschlossen, die Anzahl der Weingeschäfte wurde drastisch verringert, die leitenden Funktionäre des Staates (etwa J. Ligatschew) besuchten persönlich die südlichen Republiken und verlangten die Ausrottung der tausendjährigen Kultur des Weinbaus. Betrunkene wurden auf der Strasse angehalten, bestraft, kurzentschlossen aus der Partei geworfen und manchmal von der Arbeit entlassen. Kurzum, man versuchte, ein komplexes soziales Problem mit der bewährten Methode von Befehlen und Unterdrückung zu lösen.

Die Resultate waren verheerend. Der Staat verlor jährlich 36 Milliarden Rubel wegen des Handelsverbots mit Wodka und Wein, vernichteter Weinreben, der Verwüstung gesamter Regionen. Und das Wichtigste - keine realen Fortschritte im Kampf gegen den Alkoholismus. Die Herstellung von Wodka ging in die Hände unternehmungslustiger Händler über, die Schwarzbrennereien bei sich zu Hause einrichteten; eben diese Leute heimsten jetzt alle Gewinne vom Wodka- und Weinhandel ein. Als Nebenresultat der unseligen Kampagne verschwand *Zucker* aus den Geschäften - ein wichtiger Bestandteil bei der Herstellung von Alkohol. In die selbstgebastelten Destillieranlagen in Hunderttausenden von Häusern im ganzen Land verschwand auch viel Weizen. Die bei der Schwarzbrennerei verwendete Technologie war äusserst primitiv, und Tausende mussten mit Vergiftungen ins Spital eingeliefert werden. Die Antialkoholkampagne riss die erste Kluft zwischen Gorbatschow und dem grossen Teil der Bevölkerung auf. Die Menschen waren darüber erbost, für eine Flasche Wodka oder Wein stundenlang Schlange stehen zu müssen, sie waren empört über das Entstehen einer ganzen Schicht von Wucherern und einer "Schatten-Wodkaindustrie". Die Stimmung dieser Zeit wird treffend charakterisiert von der Meinung eines Taxifahrers, mit dem der Autor im Sommer 1986 ins Gespräch kam: "Warum entscheidet jemand für mich, ob ich zu trinken habe oder nicht? Während der Arbeit trinke ich nicht, und was ich am Abend oder am Feiertag mache, geht keinen etwas an. Warum muss ich, um, wie es in der ganzen Welt gemacht wird, mit einem Freund eine Flasche Wein zu trinken, für diese Flasche vier Stunden Schlange stehen? Hat mich Gorbatschow gefragt, als er seine Kampagne begonnen hat? Nein. Und jetzt möchte ich nichts mehr von ihm hören."

Die Schuld für den Verfall der Wirtschaft wurde aber nicht nur der schlechten Moral der Arbeiter zugeschoben, sondern auch den "Gelehrten", die sich angeblich zu wenig mit den theoretischen Fragen der Ökonomie befassten. Noch im Januar 1987 wies Gorbatschow darauf hin, dass "die Lage an der

theoretischen Front einen negativen Einfluss auf die Lösung praktischer Fragen" habe<sup>13</sup>. Hinter solchen Behauptungen steckt eine gehörige Portion Heuchelei. Die sowjetischen Ökonomen hatten keine Möglichkeit, irgendwelche Ideen ausser den offiziell anerkannten vorzubringen - jede Abweichung davon wäre von den ideologischen Aufsehern im Keime erstickt worden. Auch in jenen seltenen Fällen, wo begabte Forscher mit aufrichtiger Analyse und interessanten Vorschlägen aufzuwarten hatten (etwa Kantorowitsch, Aganbegjan, Zaslawkaja), blieben ihre Arbeiten unbeachtet. Das Problem bestand darin, dass die Führung des Landes einschliesslich der eigentlichen Perestroika-Begründer keine klare Konzeption für ökonomische Reformen hatte. Sie standen felsenfest auf dem Boden der "sozialistischen Wahl" in ihrer gewohnten russischen, leninschen Prägung. Um das zu beweisen, genügt es, an den Vortrag Gorbatschows anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution am 2. November 1987 in Moskau zu erinnern. "Gerade in der Entwicklung des Sozialismus, des Leninismus und des Oktobers, in der Fortsetzung ihrer Ideen und Praxis sehen wir das Wesen unserer heutigen Sorgen und Tätigkeiten, unsere primäre Aufgabe und moralische Pflicht." Und weiter betonte der Generalsekretär, dass "die Wahl zwischen Sozialismus und Kapitalismus - die soziale Hauptalternative unserer Epoche ist", dass man im zwanzigsten Jahrhundert nicht vorwärts schreiten dürfe, ohne sich an die höhere Form der sozialen Organisation zu halten - an den Sozialismus.<sup>14</sup>

Eine der Thesen des Tages war die "Beschleunigung der Produktion". Weder von einer Modernisierung der Einrichtungen noch von neuer Technik oder Umschulung des Personals untermauert, blieb der schlecht durchdachte Aufruf ein leeres Wort und verschwand allmählich wieder aus dem Umlauf.

In den ersten Jahren der Perestroika ging es überhaupt nicht um eine Änderung der Einstellung gegenüber dem Privateigentum. Wenn das Wort "Markt" in den Reden der Politiker und den Artikeln der Publizisten auftauchte, dann nur in Verbindungen wie "der sozialistische Markt" oder die "geplante Marktwirtschaft", was sich etwa so gut in die Praxis umsetzen liess wie "heisser Schnee".

Endlich wurde 1987 das "Gesetz über den staatlichen Betrieb" angenommen. Das Gesetz war in 76'000 Werken und Kolchosen anwendbar, die insgesamt

---

<sup>13</sup> M. Gorbatschow, *Meine Vision*, S. 65.

<sup>14</sup> M. Gorbatschow, *Ebenda*.

über 50 Mio. Menschen beschäftigten. Das Gesetz über den staatlichen Betrieb hatte im Prinzip eine positive Bedeutung, es lockerte das Joch der Hyperzentralisierung und stellte den Direktoren in gewisser Masse frei, die Art der Produktion, die Lieferanten des Rohstoffs und die Abnehmer der fertigen Produkte auszuwählen.

1987/88 ging der Aufbau des sogenannten "neuen Wirtschaftsmechanismus" vor sich. Dieser sah vor, dass die Produktionsplanung "von unten", d.h. unmittelbar im Werk erfolge und dass sie von den Anforderungen des Bestellers abhängig sein solle. Gesetze und Anweisungen in diesen Jahren setzten den freien Grosshandel mit fertigen Produkten (und nicht deren Distribution, wie es früher der Fall gewesen war) fest. Die Grosshandelspreise waren dabei nicht vorbestimmt, sondern mussten zwischen Produzent und Abnehmer ausgehandelt werden. Der Betrieb musste seine Tätigkeit selbst finanzieren, er verfügte über eigenen Gewinn, machte neue Investitionen in Abhängigkeit von den angefallenen Kosten und der Effektivität der Produktion. Das Gehalt der Angestellten sollte unmittelbar im Werk festgelegt werden und vom Gewinn abhängig sein. Man begann die zentralen Planungsinstitute zu liquidieren.

Die Kehrseite des neuen Systems war der Verlust der etablierten Beziehungen zwischen den Betrieben. Diese Beziehungen waren früher erzwungen gewesen, aber sie waren da. Jetzt hing alles von der Energie und dem Geschick des einzelnen Werkdirektors, von seiner Initiative ab. Dazu kam, dass die neuen Verhältnisse den so notwendigen Informationsfluss vernachlässigten: Plötzlich wusste niemand mehr, woher er seine Aufträge beziehen sollte, wo er seine Produkte absetzen konnte. Die Situation glich der Arbeit eines Chirurgen, der bei einer Organtransplantation dem Patienten zwar die kranken Organe entfernt, aber vergessen hat, für Spenderorgane zu sorgen.

Darüber hinaus waren die fortschrittlichen, richtigen Beschlüsse dieser Jahre mit einer solchen Anzahl von Beschränkungen, Klauseln und widersprüchlichen Instruktionen versehen, dass sie um ihren ursprünglichen Sinn gebracht wurden. Zum Beispiel gab es eine Klausel, dass der Staat auch Aufträge verteilen kann, und diese staatlichen Bestellungen konnten bis zu 95 % der Gesamtproduktion auslasten. Wo blieb da noch die "Freiheit des Betriebs" in der Wahl der Lieferanten und Abnehmer?

Widersprüchlich waren auch andere Gesetze der Wirtschaftsreform, die 1987-1988 verabschiedet wurden. Die Halbherzigkeit und Unentschlossenheit in der Durchführung der Reformen war offensichtlich. Die alten ideolo-

gischen Dogmen spielten immer noch eine grosse Rolle. Ein noch grösseres Hindernis stellte aber der Widerstand der in Kap. 1.1. erwähnten *Nomenklatura* auf allen Ebenen dar. Die alte Bürokratie fürchtete sich davor, dass die Aufhebung der Beschränkungen und die echte Selbständigkeit der Unternehmen, Kooperativen und Einzelpersonen ihre Macht verringern und sie letzten Endes entbehrlich machen würde. Und gerade diese Leute waren die Verfasser vieler Richtlinien, und besonders der Anweisungen zu deren Verwendung.

Gegen Sommer 1988 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage merklich. Auf der Parteikonferenz, die Ende Juni einberufen wurde, räumte Gorbatschow ein, dass die ökonomischen Probleme viel schwerwiegender waren, als es 1985/86 den Anschein gehabt hatte. Unter den Gründen nannte Gorbatschow die Katastrophe im Atomkraftwerk Tschernobyl im Mai 1986, das Erdbeben in Armenien sowie die Senkung der Preise für sowjetische Exportprodukte.

Alle diese Faktoren haben die wirtschaftliche Entwicklung zweifelsohne beeinflusst, in den ersten beiden Fällen die sofortige Mobilisierung von Mitteln notwendig gemacht und im dritten Fall einen beträchtlichen Teil der Deviseneinnahmen vernichtet. Noch wichtigere Gründe für die ökonomischen Schwierigkeiten waren aber die Unentschlossenheit Gorbatschows, die Halbherzigkeit der Reformen, die Untätigkeit und der Zeitverlust in der wirtschaftlichen Sphäre, der Wunsch, Änderungen vorzunehmen, die möglichst wenig am System selbst rütteln sollten. Folglich wurde jede um ein bis zwei Jahre verschobene Massnahme unter viel schlimmeren ökonomischen Voraussetzungen durchgeführt, als wenn sie zeitgerecht vollzogen worden wäre, und konnte deswegen auch nicht den gewünschten Erfolg erbringen.

Doch trotz den Misserfolgen auf diesem zentralen Gebiet gab es zwei Bereiche des öffentlichen Lebens, in denen Gorbatschows Perestroika bereits in den ersten Jahren grundsätzliche, um nicht zu sagen historische Umbrüche auslöste.

### **2.3. Der Beginn der Demokratisierung**

Der erste Bereich, in dem gewaltige Veränderungen eintraten, war die Demokratisierung des öffentlichen Lebens in der Sowjetunion. Dieser Prozess vollzog sich teilweise spontan "von unten". Schritt für Schritt zwangen die Menschen dem Staatsmonstrum ihre Rechte und die Chance ab, sich an der Politik ihres Dorfes, ihrer Stadt, der Region und des ganzen Landes zu

beteiligen. Es entstanden die ersten spontanen, d.h. nicht auf Geheiss des Zentralkomitees der KPdSU gegründeten öffentlichen Vereinigungen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Presse. Demokratisch gesinnte Gelehrte und Journalisten fingen an, unsere Vergangenheit einschliesslich der Ideologie des Marxismus-Leninismus zu analysieren, und kamen zum Schluss, dass nicht nur Stalinsche oder Breschnewsche Auslegung der vorgezeichneten Wege schlecht war, sondern dass selbst der Theorie und Ideologie schwerwiegende Mängel anhafteten. Da es seit 1917 Brauch gewesen war, alles bis zum Äussersten zu treiben, wurde sehr vieles in der Geschichte Russlands und der Sowjetunion einer ganz neuen Einschätzung unterzogen. Dieselben Historiker, die jahrzehntelang über die Errungenschaften des "Baus des Sozialismus" in der Sowjetunion vor Begeisterung buchstäblich ausser sich gewesen waren, konnten jetzt keinen lichten Fleck in dessen Geschichte finden. Dasselbe gilt für die Einschätzung der Führer des Landes und der kommunistischen Partei. Lenin, früher beinahe zum Heiligen erklärt, wurde auf einmal zum Inbegriff allen Übels. Zar Nikolai II., der letzte russische Monarch, der früher als "der Blutige" bezeichnet worden war, galt plötzlich als ein intelligenter und gütiger Herrscher. Stolypin, der bekannte Staatsmann des alten Russlands, der für die grausame Niederwerfung der ersten russischen Revolution verantwortlich gewesen war, wurde Ende der achtziger Jahre in Publikationen als ein Vorbild an staatsmännischer Weisheit und Patriotismus dargestellt. Nicht ohne Grund begannen geistreiche Publizisten Russland als "das Land der nicht voraussagbaren Vergangenheit" zu bezeichnen. Schul- und Universitätspädagogen waren verwirrt, neue Lehrbücher gab es nicht, in jenen Jahren waren die Geschichtsprüfungen gestrichen.

Noch wichtiger als diese zeitweiligen Schwierigkeiten war die Befreiung des menschlichen Geistes, die Umkehr von grenzenlosem Vertrauen in die offizielle Bewertung der Vergangenheit und Gegenwart zu selbständiger Auseinandersetzung mit den Ereignissen. Nichts wurde mehr blindlings akzeptiert, nichts wurde kanonisiert. Eine gewaltige Rolle in diesem Bewusstseinswandel spielten Literatur und Kunst - Film, Theater, Malerei. Ein Grosszahl der Publizisten, Schriftsteller, Regisseure und Künstler nahm an dem einsetzenden geistigen Befreiungsprozess teil.

In dieser Zeit traten die Tageszeitungen und Zeitschriften "Ogonjok" und "Moscow News" in den Vordergrund, sowie die "dicken" Zeitschriften "Znamja" und "Novy Mir". Die akademischen Artikel und umfassenden Informationen über die Vergangenheit und Gegenwart öffneten Millionen

Menschen die Augen. Grosse Bedeutung hatten erstmals zur Publikation gelangte Dokumente, darunter geheime Parteidokumente, unbekannte Briefe und Notizen Lenins, die den Lesern die Geschichte der KPdSU und ihres Gründers ohne künstliche Vergoldung präsentierten. Auch das staatliche Fernsehen hatte sich völlig verändert. Es kamen neue Programme wie "Der Blick" oder "Nach Mitternacht", die im Nu die langweiligen offiziellen Übertragungen verdrängten. Die jungen Journalisten waren nicht nur erfinderisch und beruflich hochkompetent, sie legten auch eine demokratische Überzeugung an den Tag. Ein besonderer Platz gebührt dem Film "Die Busse" des georgischen Regisseurs Abuladse. Es war ein subtiler, tragischer und zugleich satirischer Streifen über den Totalitarismus. Der Film hatte bleibende Wirkung auf die Gemüter und Herzen von Hunderttausenden, noch viel mehr als profunde akademische Forschungen über die Eigenheiten des totalitären Regimes.

Das wichtigste Resultat der ersten Phase der *Perestroika* war jedoch das Verschwinden der Angst vor den Behörden, vor dem mächtigen Leviathan - dem Staat. Die Menschen kamen aus ihren Wohnungen, aus Küchen, wo sie kleinlaut die Probleme ihres Landes und ihres eigenen Lebens besprochen hatten, zu zahllosen öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen, wo gestern noch völlig unbekannte Männer und Frauen Mikrophone in die Hand nahmen, um frei und offen ihre Gedanken und Forderungen an die Machthaber zum Ausdruck zu bringen.

Was die *Veränderungen im politischen System* der Sowjetunion betrifft, so scheint es, dass Gorbatschow und seine Kollegen nicht vorhatten, hier tiefgreifende Reformen durchzuführen. Zuerst ging es nur um die "Legimität", d.h. darum, dass keiner sich über das Gesetz stellen dürfe. Dieser Appell, der am 27. Parteitag 1986 erging, war längst überfällig - seit Jahrzehnten ignorierten Parteiführer und Parteiorgane praktisch alle Gesetze, mischten sich in die Tätigkeit der Gerichte ein, retteten Bekannte und Verwandte vor der gerechten Strafe und erwirkten harte Strafen für ihre Gegner. Die Richter hielten sich mehr an die Anweisungen der Parteigrössen aller Ebenen als an die Gesetze. Deswegen war die Forderung nach Gesetzlichkeit, die sich im Laufe etwa eines Jahres unter dem Einfluss der immer aktiver werdenden öffentlichen Meinung zur Idee des *Rechtsstaates* transformierte, ein sehr wichtiger Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Gesellschaft. Ein Teil der Parteiführung sah ziemlich bald ein, dass der Rechtsstaat unvereinbar war mit Eigenheiten der sowjetischen Gesellschaft wie dem Einparteiensystem, der führenden Rolle der Monopolpartei und der faktischen Einset-

zung (nicht Wahl!) der Abgeordneten auf sämtlichen Ebenen. Die Elite aber wollte diese "Errungenschaften der sozialistischen Demokratie" nicht entbehren.

Aus diesem Grund ist die Geschichte der 1988 begonnenen politischen Reformen so widersprüchlich, voll von Versuchen, den bestehenden Sachverhalt auf eine Weise abzuändern, dass möglichst viel bestehen bleibe<sup>15</sup>. Der Parteiapparat, welcher die politischen Reformen vorbereitete, wurde ohne Zweifel von der Furcht vor dem sichtbaren Niedergang der Autorität der führenden Partei getrieben. Bei der Einführung des in aller Welt akzeptierten Wahlsystems drohte der Partei die Gefahr, die Mehrheit in den Machtorganen zu verlieren. Vorbei war die Zeit, wo Chruschtschow sagen konnte, "uns genügt es, nur einmal zu winken, und das Volk wird uns verstehen und unterstützen".

Da mag man sich über die Vielzahl von Tricks wundern, die von der Nomenklatura zum Zweck der Machterrettung ersonnen und von dem alten Obersten Sowjet der UdSSR 1988 in die Verfassung eingetragen wurden. Die bedeutungsvollste Klausel bestand darin, dass die Mitglieder der Partielite, einschliesslich Gorbatschow, es nicht wagten, ihre Kandidaturen dem Urteil der Wähler zu überlassen. Aus diesem Grunde erschien neben dem Obersten Sowjet ein grosses Parallelorgan - der Kongress der Volksdeputierten, von dessen 2250 Sitzen ein Drittel den "gesellschaftlichen Organisationen", d.h. der Partei selbst, dem Komsomol, den Komitees der Kriegsveteranen, des Friedens, der Sowjetfrauen, den Gewerkschaften usw. vorbehalten war. All diese Organisationen verdienten es kaum, "gesellschaftlich" genannt zu werden, die meisten besaßen nicht einmal Mitglieder, obwohl sie auf Kosten des Staates existierten. Alle wurden von der KPdSU kontrolliert. Somit war es der Partei ein leichtes, auf dem nächstfolgenden Kongress der Volksdeputierten auf Anhieb eine mächtige Fraktion zu bilden und zusammen mit Kommunisten, die in der normalen Wahlprozedur gewählt worden waren, sogar die Mehrheit zu erringen. Für sich selbst reservierte das Zentralkomitee 100 Abgeordnetenmandate, all diese Deputierten waren (wie immer einstimmig) im Plenum des ZK der KPdSU gewählt worden.

Es war vorgesehen, dass das zweite gesetzgebende Organ, der Oberste Sowjet, von den Deputierten der Regionen und den Fraktionsmitgliedern wäh-

---

<sup>15</sup> Interessante Informationen kann der westliche Leser in J.K. Kleins "Der Gorbische Knoten" (Zürich 1989) finden.

rend der Tagung der Volksdeputierten gewählt werden sollte. Dieser schlaue Trick gelang - die Kommunisten erhielten an der Tagung und später im Obersten Sowjet über 80 Prozent der Mandate, d.h. mehr, als sie im alten Obersten Sowjet gehabt hatten. Hier muss man aber zwei Umstände in Betracht ziehen, welche die Folgen der von den Apparatschiks rund um die Wahlen gespielten Spiele etwas abgeschwächt haben. Erstens befanden sich unter den von "öffentlichen Organisationen" (dazu gehörten nebst anderen Organisationen und Vereinigungen auch die Akademie der Wissenschaften und der Schriftstellerverband der UdSSR) Gewählten auch fortschrittliche Deputierte wie etwa der Akademiker Andrej Sacharow. Zum zweiten erhielten in einigen Fällen die Leiter der lokalen Parteiorganisationen, falls sie nicht durch Eintragung in die Liste der hundert führenden "Partokraten" vor diesem Schicksal gerettet wurden, eine vernichtende Abfuhr. Dies widerfuhr den Leitern der Parteiorganisationen in Moskau, Kiew, Swerdlowsk, Lettland, Litauen, Estland. Die Leiter des Leningrader regionalen Komitees der KPdSU mit dem ersten Sekretär und Kandidaten des Politbüros J. Solowjew an der Spitze fielen bei den Wahlen durch.

Diese Ergebnisse widerspiegelten die bröckelnde Autorität und das sinkende Prestige der "führenden und leitenden Kraft" der Gesellschaft, ihre Entfremdung von den breiten Bevölkerungsmassen, dessen Interessen sie angeblich vertreten und verteidigt hatte. Ausserdem zeigten die ersten nach den neuen Regeln durchgeführten Wahlen, dass sich die sowjetische Gesellschaft von 1989 wesentlich von der Vor-Gorbatschow-Gesellschaft unterschied, dass sie bereit war, kritisch die ihr vorgestellten Programme und Losungen abzuwägen, dass sie sich allmählich von dem hypnotischen Einfluss der Parteidemagogie und der Staatsideologie zu befreien begann. Drittens zeigte die Wahlkampagne der ersten Monate von 1989, dass die KPdSU bereits kein Monolith mehr war, dass innerhalb der Partei mindestens zwei Parteien existierten. Zur ersten gehörte ein wesentlicher Teil des Stalinschen Apparats (die "innere Partei", wie sie in George Orwells "1984" heisst), zur zweiten die Mehrheit der "Basis"- Parteimitglieder, die die Ideen der Perestroika unterstützten und bereit waren, zum Zweck einer Reformierung der Gesellschaft die jedem Kommunisten scheinbar in Fleisch und Blut übergegangenen Normen und Dogmen aufzugeben. Es genügt, sich daran zu erinnern, dass viele Kommunisten ihre Wahlkampagne unter den Losungen der Absage von der "führenden Rolle der Partei" und des Übergangs zum Mehrparteiensystem geführt haben. Unter den kommunistischen Kandidaten, die durch allgemeine Wahlen oder nach den Listen der "gesellschaftlichen

Organisationen" gewählt wurden, befanden sich so aktive Reformenverfechter wie J. Afanasjew, G. Popow, O. Bogomolow, G. Arbatow, B. Jelzin, A. Sobtschak, N. Schmelew und viele andere.

Der erste Kongress der Volksdeputierten fand im Mai/Juni 1989 statt. Die öffentliche Meinung war mehrheitlich von seinen Resultaten enttäuscht. Dennoch war dies der Kongress, auf dem die Schaffung einer neuen Verfassung beschlossen wurde, auf dem sich das neue Parlament gestaltete, anlässlich dessen das Volk zum ersten Mal die Stimme des grossen Gelehrten und Demokraten Andrej Sacharow vernahm. Auch akzeptierte dieser Kongress den Beschluss, wonach sogenannte "antisowjetische Tätigkeit" nicht mehr bestraft werden sollte; nur auf den gewaltsamen Sturz der bestehenden Macht gerichtete Aufrufe und Handlungen sollten weiterhin strafbar sein. Der Kongress erliess die Verordnung über die Schaffung von drei Parlamentskommissionen: für das Studium der Dokumente im Zusammenhang mit dem Molotow-Ribbentrop-Pakt, für die Untersuchung der Ereignisse vom 9. April in Tiflis, wo anlässlich der Auflösung einer friedlichen Kundgebung durch die Armeetruppen 13 Menschen ums Leben gekommen waren, und für die Prüfung von Korruptionsfällen in den oberen Etagen der Macht.

Der von dem Kongress gewählte Oberste Sowjet entpuppte sich als konservativer als der Kongress. Über 40 % der Mitglieder des neuen Parlaments waren Staats- und Parteifunktionäre. Und doch stand das Parlament unter dem Einfluss der sich rasch ändernden Verhältnisse: machtvolle Streiks der Bergleute, Konflikte zwischen den Nationen der ehemaligen UdSSR, die sich wie ein Waldbrand ausbreiteten, die demokratischen Medien. Es gibt keinen Zweifel, dass in der Stimmung der Volksdeputierten auch die rapiden Veränderungen in anderen osteuropäischen Ländern, die eines nach dem andern mit der Demontage der kommunistischen Diktatur begonnen hatten, eine gewisse Resonanz fanden. Einer der wichtigsten Schritte des Obersten Sowjets war die Abschaffung der Wahlen von den öffentlichen Organisationen.

#### **2.4. Der Erfolg: Das neue Denken**

Zu den bedeutendsten, ja historischen Erfolgen der Perestroika muss die von Gorbatschow begonnene neue Aussenpolitik gezählt werden. Die Vorgänger Gorbatschows hatten der Bevölkerung des Landes, der Weltöffentlichkeit und sich selbst jahrzehntelang vorgemacht, die Handlungen der sowjetischen Regierung stützten sich auf wissenschaftliche Analyse, sie sei "wissenschaftlich fundiert". Im Buch "Aussenpolitik der UdSSR", das 1982

unter der Redaktion des damaligen Aussenministers Gromyko herausgegeben wurde, wird bereits auf den ersten Seiten verkündet, dass die Aussenpolitik der sowjetischen Regierung auf einem festen wissenschaftlichen Fundament stehe, dass sie sich "auf dem theoretischen Erfassen des Bewegungsgangs der Gesellschaft, auf der wissenschaftlichen Durcharbeitung der modernsten Erkenntnisse der historischen Erfahrung" stütze. Das erste Kapitel in diesem Buch ist überschrieben: "Wissenschaftlicher Charakter der Aussenpolitik der UdSSR". Dabei teilte die offizielle Ausgabe mit, dass "der Ausarbeitung der prinzipiellen Grundsätze der Aussenpolitik des Sozialismus ... Lenins Theorie der sozialistischen Revolution zugrunde gelegt" worden sei. Das bedeutete so viel wie, dass die sowjetische Aussenpolitik eine Klassenpolitik ist, also im Interesse der Arbeiterklasse durchgeführt wird. In Wirklichkeit diente die Aussenpolitik des Kremls den echten Interessen der sowjetischen Arbeiterklasse nie, sie widerspiegelte den Drang der "neuen Klasse" - der Bürokratie -, ihre eigene Macht zu festigen und Macht und Einfluss auf immer neue Territorien und Völker auszuüben. Diese Aussenpolitik verfügte über keine wissenschaftliche Grundlage, sie war durch und durch pragmatisch.

Als Urheber der Idee der friedlichen Koexistenz zweier sozial-ökonomischer Systeme gilt Lenin. Als aber die Rote Armee im Sommer 1920 die fliehenden polnischen Truppen verfolgte und man im Kreml den Eindruck gewann, dass sie imstande sei, Warschau zu erobern und sogar nach Deutschland vorzustoßen, war es ausgerechnet Lenin, der laut seiner bis jetzt noch nicht veröffentlichten Offenbarung wünschte, "Europa mit dem Bajonett abzutasten". Als es darum ging, den "Prager Frühling" zu ersticken, tauchte sogleich die Doktrin der "begrenzten Souveränität" auf; als es erforderlich wurde, den Überfall auf Afghanistan zu rechtfertigen, schrieb man die Idee des Internationalismus auf das Banner.

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass im Laufe der fast zwei Jahre dauernden Verschwörung mit Hitler die führende Stalinsche Gruppe forderte, die Aussenpolitik von der Ideologie (d.h. dem Marxismus-Leninismus) zu reinigen, der sie noch gestern die Treue geschworen hatte. Übrigens waren die beiden Hauptprinzipien der sowjetischen Politik - die friedliche Koexistenz von zwei sozioökonomischen Systemen und der proletarische Internationalismus - grundsätzlich unvereinbar und kamen einander fortwährend in die Quere.

Kurzum, vom theoretischen Standpunkt aus standen Gorbatschow und seine politischen Freunde, wie etwa J. Ligatschew, 1985 vor einem Trümmerhaufen, obwohl in ihren Reden aus den ersten Perestroika-Jahren fast das gesamte Sortiment der alten Parteiphraseologie anzutreffen war. Mehr noch, sie wachten streng darüber, dass die anderen Führer aus der ordentlichen Linie nicht ausscherten und die gewohnten Formeln nicht in Zweifel zogen. So begann Ligatschew 1988 eine heftige Polemik mit seinem Politbürokollegen A. Jakowlew, der es gewagt hatte, sich für eine allgemein menschliche und nicht am Klassendenken orientierte Aussenpolitik zu äussern.

In den seltenen Fällen, wo Wissenschaftler den Versuch gemacht hatten, einen Einfluss auf die praktische Politik auszuüben, war ihre Stimme nicht gehört worden. Mitte Januar 1980 schickte eine Gruppe von Gelehrten - mit dem Direktor des *Instituts der Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems* Oleg Bogomolow an der Spitze - der Führung des Landes den sogenannten "Initiativzettel". In diesem Zettel wurde behauptet, dass die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan einen Fehler bedeute, dass die historischen Traditionen Afghanistans, die Besonderheiten der Kultur, Religion und der politischen Situation in diesem Land die Niederlage der Sowjetarmee erzwingen würden, dass man die Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans stoppen und die Truppen abziehen müsse. Diese Initiative blieb seitens der Vorgesetzten ohne Antwort.

Ein schweres Erbe lastete von Anfang an auf Gorbatschow. Nennen wir nur einige Aspekte: Die Sowjetunion verstrickte sich in eine akute Konfrontation mit den USA. Im Nahen Osten, in Angola, Äthiopien, Nicaragua, Indochina, auf Kuba und in einigen anderen Regionen traten Moskau und Washington als unversöhnliche Gegner auf. Neben der scharfen feindlichen Rhetorik kam es an manchen Stellen zu "heissen" Kriegen, die nicht von den eigentlichen Rivalen, sondern sozusagen in deren Auftrag geführt wurden. Die internationale Lage war durch die sowjetische Intervention in Afghanistan, wo fast hunderttausend Sowjetsoldaten einen ermüdenden und aussichtslosen Krieg gegen die Mehrheit der Lokalbevölkerung führten, ernsthaft belastet worden. Der Westen hegte den Verdacht, dass die Sowjetunion sich Zugang zu "warmen" Meeren verschaffen wollte, und versorgte die afghanischen Mujaheddin freigiebig mit Waffen und Geld. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre bestanden zudem noch die schlechten Beziehungen zu China. Die Entspannung, die sich nach Mao Zedongs Tod angedeutet hatte, brachte zur Zeit des Machtantritts Gorbatschows noch keine greifbaren Resultate. Die Verhandlungen über die Rüstungskontrolle waren in eine Sackgasse geraten.

Nach dem Beginn des afghanischen Abenteuers blockierten Administration und Senat der Vereinigten Staaten die Ratifizierung des Vertrags über strategische Nuklearwaffen (SALT-2). Eine neue Bedrohung für den Frieden bedeutete das von Präsident Reagan angekündigte Programm zur Schaffung eines globalen Abwehrsystems gegen sowjetische Interkontinentalraketen (SDI), dessen Verwirklichung der UdSSR die Möglichkeit geraubt hätte, im Fall eines amerikanischen Angriffs den Gegenschlag zu führen. Der Warschauer Pakt schien nur äusserlich ein monolithischer Block, in Wirklichkeit war er der inneren Korrosion preisgegeben.

Gorbatschow und seine Mitarbeiter mussten die Situation aufs neue überdenken, einer tiefen Analyse unterziehen und ihre eigenen Pläne zur Besserung der internationalen Lage der Sowjetunion vortragen. Dabei ist zu betonen, dass Gorbatschow auf diesem Gebiet der Politik am radikalsten handelte und eine echte Umwandlung erreichte. Dieser Erfolg mag damit zusammenhängen, dass die Aussenpolitik das einzige Gebiet des gesellschaftlichen Lebens war, wo die Interessen der herrschenden Klasse - der staatlichen und Parteibürokratie - nicht unmittelbar angetastet wurden (wenigstens im ersten Stadium). Deswegen zeigte die staatliche Partielite, obwohl sie ab und zu neue Führer korrigierte, kein besonderes Unbehagen angesichts der Reden Gorbatschows und seiner Anhänger über die allgemeinen Aufgaben der ganzen Menschheit, über den kompletten Verzicht auf den Zwang in der Weltpolitik und sogar angesichts der Aufrufe, eine "neue weltpolitische Denkweise" erarbeiten.

Die neue sowjetische Führung war der Überzeugung, dass die wissenschaftlich-technologische Revolution die Menschheit an einen Punkt geführt hatte, wo nur die Wahl zwischen Frieden und Selbstvernichtung blieb. Ein Nuklearkrieg war nicht zu gewinnen, das Wettrüsten selbst war zu einer tödlichen Bedrohung geworden und seine Fortsetzung brachte keiner der beiden Seiten Vorteile. Man konnte behaupten, dass an Stelle der gewünschten gleichen Sicherheit eine für alle am Wettrüsten Beteiligten gleiche Bedrohung getreten war. Das ungefähre Gleichgewicht auf der Rüstungsebene, welche die beiden Grossmächte und ihre militärisch-politischen Verbündeten unter enormen Opfern und Entbehrungen erreicht hatten, hatte aufgehört, eine Abschreckungsrolle zu spielen, und war im Gegenteil zu einer Zeitbombe geworden. Hier sollte nach grundsätzlich neuen Ansätzen geforscht werden.

Allmählich nahm das neue aussenpolitische Konzept der Sowjetunion Gestalt an. Man kann es (kurz und schematisch) mit einigen grundlegenden

Postulaten umreißen, die von Gorbatschow 1985/86 formuliert wurden. Im Unterschied zur früheren Konzeption der Welt als der Kampfarena zweier einander feindlich gesinnter sozioökonomischer Systeme (von denen eines - nämlich das kapitalistische - zum Aussterben verurteilt war und von dem höheren sozialistischen System "begraben" werden sollte), bot der neue Führer ein "allgemein menschliches Herangehen" an die Weltpolitik an. Das war ganz neu für einen Staat, in dem stets der "Klassenkampf" als Anfang und Ende jeder Politik verkündet worden war. Weiter schlug Gorbatschow vor, jeden Zwang aus den internationalen Beziehungen zu entfernen. In einigen Jahren wurde diese These für die Führer der sowjetischen (und später russischen) Aussenpolitik zu einer Selbstverständlichkeit. Im Zusammenhang mit dem Beitrag Gorbatschows an die Erschaffung des neuen Systems zwischenstaatlicher Beziehungen darf nicht vergessen werden, dass im Laufe der Jahrzehnte gerade Zwang und Macht, worunter besonders auch Militärmacht als wichtigstes Mittel zur Durchführung einer erfolgreichen Politik angesehen worden waren. Das moralische Gewicht einer friedlichen Politik war von der führenden Elite immer unterschätzt worden, sie war immer bereit gewesen, die Sprache der Diplomatie durch die Sprache der Macht zu ersetzen. Es genügt, uns die Intervention in Ungarn 1956, die Berliner Mauer, die Kuba-Krise von 1962, den von sowjetischen Panzern niedergewalzten Reformversuch in der Tschechoslowakei oder das afghanische Abenteuer zu vergegenwärtigen.<sup>16</sup>

Mit seinem Vorschlag, auf die Machtanwendung bei der Lösung strittiger Fragen zwischen den Staaten zu verzichten, war Gorbatschow nicht der erste - jahrhundertlang haben denkende Menschen dazu aufgerufen. Auch die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen gründet sich auf diesem Prinzip. Allerdings begann sich das Prinzip des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen erst durchzusetzen, als der Führer einer der Supermächte zu einem entsprechenden Herangehen in der Lösung von Streitfragen aufgerufen und dieses Herangehen zur realen Grundlage seiner eigenen Politik gemacht hatte.

Gorbatschow erweiterte den Begriff der Sicherheit eines Staates. Er schlug vor, auf die egoistische Sicherheitsvorstellung zu verzichten. Im nuklearen

---

<sup>16</sup> Man erzählt, dass während eines der Treffen der "Big Three" die Verhandlungspartner Stalin über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und dem Vatikan befragten. Die erste Reaktion des sowjetischen Führers war: "Und wie viele Divisionen hat der Papst?"

Zeitalter sei es unmöglich, eine einigermaßen verlässliche Sicherheit nur für sich selbst, nur für den einzelnen Staat zu erzielen. Die Sicherheit könne nur allgemein sein. Im Laufe der Jahrhunderte bedeutete Sicherheit Grenzschutz, die Schaffung einer sicheren Abwehr für den Fall eines eventuellen Angriffs seitens des anderen Staates, ständige Versuche, die eigenen Grenzen weiter hinauszuschieben und möglichst vorteilhafte strategische Positionen einzunehmen. Kurzum, als entscheidendes, wenn nicht alleingültiges Kriterium der Sicherheit wurde die militärische Macht, die militärische Bereitschaft angesehen. Gorbatschow bot an, die Sicherheit ausschliesslich mit politischen Mitteln zu erreichen. Dabei sprach er nicht nur von militärpolitischer, sondern auch von ökonomischer Sicherheit. Unter der ersten verstand Gorbatschow den allgemeinen Verzicht auf militärischen und politischen Zwang, auf Versuche, mit politischen Mitteln andere Staaten dem Willen eines mächtigeren Staates oder Staatenbunds zu unterwerfen. Die ökonomische Sicherheit verstand er als den Verzicht auf Methoden wie Wirtschaftsblockade oder Embargos, sofern sie nicht von der internationalen Gemeinschaft gebilligt worden waren.

Schritt für Schritt rang sich die sowjetische Führung zur Anerkennung eines so wichtigen Kriteriums der Staatsführung wie die Unantastbarkeit der persönlichen und bürgerlichen Rechte der Staatsangehörigen durch. Dieses Kriterium, das bereits in den sechziger Jahren von dem hervorragenden norwegischen Politologen Johan Galtung verkündet worden war, war weder von den führenden Politikern der Sowjetunion noch von sowjetischen Juristen jemals anerkannt worden. Mehr noch, dieses Kriterium hatte man für eine "schlaue Waffe des Kalten Krieges", für einen Versuch gehalten, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten einzumischen.

Damit waren aber die Neuerungen Gorbatschows im Bereich der auswärtigen Politik nicht erschöpft. Eine der wichtigsten Folgen der neuen Betrachtungsweise war der Verzicht auf das grenzenlose Wettrüsten. Dem Beispiel der deutschen Sozialdemokraten folgend, brachte Gorbatschow die Idee der "vernünftigen hinreichenden Rüstung" (d.h. hinreichend für die Verteidigung des eigenen Landes) vor. Am 15. Januar 1986 machte der sowjetische Führer den Vorschlag, bis zum Jahre 2000 eine kernwaffenfreie Welt zu schaffen. Dieser Plan sah in der ersten Phase (von 5-8 Jahren) eine Halbierung der strategischen Nuklearwaffen der USA und der UdSSR vor; beide Staaten sollten keine weiteren Atomtests durchführen. In der zweiten Phase (1990 bis 1995/97) sollten sich andere Nuklearmächte dieser Abrüstung anschliessen. In diesen Jahren würden die USA und die Sowjetunion nicht nur die für

die erste Phase vorgesehene Reduktion abschliessen, sondern auch die Mittelstreckenraketen reduzieren und die taktischen Kernwaffen (mit einem Angriffsradius bis 1000 km) einfrieren. Nachdem die beiden Supermächte ihre strategischen Angriffswaffen auf die Hälfte reduziert hätten, würden alle Nuklearmächte die taktischen Nuklearwaffen liquidieren. Die dritte Phase (ab 1995) sah die komplette Liquidierung der verbliebenen Kernwaffen (bis Ende 1999) vor.<sup>17</sup>

Hierbei darf die gleichzeitig mit der Perestroika begonnene Deideologisierung der Aussenpolitik nicht vergessen werden, d.h. der Verzicht darauf, die Tagespolitik den ideologischen Normen und Postulaten des Marxismus-Leninismus zu unterwerfen. Das bedeutete den endgültigen Bruch mit den messianischen Ansprüchen der KP-Führung, die die sowjetische Aussenpolitik jahrelang der Aufgabe unterworfen hatte, verschiedenen linken Parteien und nationalistischen Bewegungen zu helfen. Von nun an sollte diese Politik nur den Interessen der Sowjetunion und der Aufrechterhaltung des Weltfriedens dienen. Und schliesslich trat die Führung der Sowjetunion noch für grössere Offenheit, für die Transparenz der Politik und gegen ungerechtfertigte Geheimnistuerei ein.

Alle diese neuen Thesen, die von Gorbatschow während der ersten Perestroika-Jahre aufgeworfen und als "neues politisches Denken" bezeichnet worden waren, sollten zur Schaffung einer neuen, sichereren und humaneren Weltordnung beitragen. In ihrer Weiterentwicklung wurde die aussenpolitische Doktrin mit anderen wichtigen Ideen angereichert. Verkündet wurde unter anderem das Konzept der freien Wahl; gemeint war das Recht jedes Volkes, selbständig über sein Schicksal zu entscheiden und den Weg seiner Entwicklung zu bestimmen. Selbstverständlich beinhaltet ein solches Postulat für den westlichen Leser nichts Neues - ganz anders aber im sozialistischen Lager, wo jeder ernsthafte Versuch eines Landes, die Fragen seiner gesellschaftlichen oder sozial-ökonomischen Existenz selbständig zu beantworten, mit militärischer Intervention oder der Verhängung des Ausnahmezustandes bestraft wurde. Gerade der neue Standpunkt Moskaus gegenüber dem Problem der freien Wahl spielte 1989/90 die wichtigste Rolle in der Geschichte der ost- und zentraleuropäischen Völker. Hier konnte der neue Führer der ganzen Welt zeigen, dass auf dem Gebiet der Aussenpolitik seine Taten nicht

---

<sup>17</sup> Siehe "Ohne Kernwaffen in das dritte Jahrtausend", Moskau: Verlag der Presseagentur "Nowosti", 1986.

von seinen Worten abwichen. Das galt vor allem für die Verhandlungen über Waffenbegrenzung.

An dieser Stelle ist es weder möglich noch notwendig, auf die Einzelheiten der Abrüstungsverhandlungen einzugehen. Man muss nur die Hartnäckigkeit und Konsequenz der sowjetischen Seite unterstreichen, die in einigen Jahren sehr viel zur Schaffung eines Klimas gegenseitigen Vertrauens und zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen haben. Als Resultat sämtlicher Treffen der Staatsoberhäupter beider Supermächte, der Verhandlungen von Ministern und Experten, wurden der sowjetisch-amerikanische Vertrag über die Reduktion der strategischen Angriffswaffen, der in Wien ausgehandelte Vertrag über die Reduktion der konventionellen Waffen in Europa und der sowjetisch-amerikanische Vertrag über die komplette Liquidation der Mittel- und Kurzstreckenraketen unterzeichnet. Diese Verträge liessen die Bevölkerung der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Europas und der ganzen übrigen Welt aufatmen. In kurzer Zeit war die Menschheit einige Schritte vom Abgrund eines neuen Weltkrieges zurückgetreten, in den sie mit Schauern hineinzublicken gemeint hatte.

Die neue Sowjetführung machte noch zwei wichtige Schritte auf dem Weg zur vollen Normalisierung der internationalen Beziehungen. Nach komplizierten und langwierigen Verhandlungen mit den betroffenen Seiten begann 1988 der Abzug der Sowjettruppen aus Afghanistan, und am 15. Februar 1989 überquerte der letzte sowjetische Soldat die afghanische Grenze. Der (gemessen an seinen Auswirkungen) wichtigste Schritt der sowjetischen Aussenpolitik war jedoch der Verzicht auf Diktatur und Druck in Mittel- und Osteuropa. Als Folge davon konnten sämtliche Ostblockländer von ihrem Status als Satelliten Moskaus zu einer selbständigen Entwicklung übergehen.

Besonders schwierig war es in diesem Zusammenhang für die sowjetische Führung, ihre Einstellung zur Deutschen Demokratischen Republik zu ändern. Die DDR galt als der Hauptvorposten der Sowjetunion in Zentraleuropa und war das zweitmächtigste Mitglied des Warschauer Paktes. Führer der KPdSU und des Sowjetstaates hatten die Entwicklung in der DDR besonders aufmerksam verfolgt und dafür gesorgt, dass dieser Staat von Politikern gelenkt wurde, deren Treue und Gehorsam gegenüber Moskau ausser Zweifel standen. Es sei hier ein Beispiel angeführt, das von den Massenmedien noch nicht erwähnt worden ist. In den sechziger Jahren unternahm W. Ulbricht Versuche, sich zu verselbständigen, er stimmte seine Handlungen

und Reden nicht immer mit dem "grossen Bruder" ab. So versuchte er in einem gewissen Masse die sich anbahnende Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland zu stören. Die an solche Widerspenstigkeit nicht gewohnten Sowjetführer begannen ihrerseits, sich nicht mehr nur nach dem ältesten Funktionär der "internationalen kommunistischen Bewegung" zu orientieren, sondern auch nach einer neuen Generation ostdeutscher Führer umzusehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass gerade dieser Trend in der Politik Moskaus Ulbricht bewegte, Erich Honecker, den damaligen Sekretär der FDJ (der kommunistischen Jugendorganisation der DDR) seines Postens als Politbüromitglied zu entheben. Die sowjetische Führung, die über diesen Beschluss nicht konsultiert worden war, erfuhr davon durch eigene Kanäle in Berlin und liess ihn umgehend rückgängig machen.

Allgemein bekannt ist die Rolle der sowjetischen Führung bei allen wichtigen politischen Entscheidungen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. Anfang 1993 übergab das russische Archiv für zeitgenössische Dokumentation der Zeitung *Izwestija* Dokumente des Politbüros des Zentralkomitees der KPdSU, die sich auf die Einführung des Militärregimes in Polen im Dezember 1981 bezogen. Ende Oktober 1980 waren die damaligen Führer Polens, S. Kanja und J. Pinkowski, nach Moskau gereist. An der Sitzung des Politbüros einen Tag vor der Ankunft der Polen sprachen sich alle (einschliesslich Gorbatschow) für die Verhängung des Ausnahme- oder Militärzustandes in Polen aus. An einer der Sitzungen des Zentralkomitees der KPdSU teilte der ZK-Sekretär K. Russakow mit, dass Breschnew jede Woche mit Kanja ein Telefongespräch führe und "ihm ernstlich zu verstehen gibt, wie er zu handeln hat". Verteidigungsminister Ustinow schlug vor, "auf die polnische Führung ständigen Druck auszuüben" und im Laufe der für März 1981 auf polnischem Territorium geplanten Militärmanöver den Polen "zu verstehen zu geben, dass unsere Truppen einsatzbereit sind". Anfang April 1981 fand in Brest in einem Eisenbahnwaggon ein geheimes Nachttreffen zwischen J. Andropow, D. Ustinow, S. Kanja und W. Jaruzelski statt. Die Verhandlungspartner erschienen den sowjetischen Führern verwirrt und niedergeschlagen. Nach einem erneuten Treffen der polnischen Politiker mit Breschnew teilte Konstantin Tschernenko an der Politbürositzung mit, dass "den Genossen aus der Führung der Polnischen Vereinigten Partei klare und definitive Anweisungen gegeben" worden seien. Das alles charakterisiert sehr deutlich die Beziehungen zwischen den Sowjetführern und den Leitern der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes. Es ist nützlich, diesen Sachverhalt im Auge

zu behalten, um die von Gorbatschow ausgelöste diesbezügliche Wende in der Sowjetpolitik besser erfassen zu können: Verzicht auf Einmischung in die Angelegenheiten der Ostblockstaaten, Anerkennung des Rechts dieser Völker, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden.

Grösstenteils infolge dieser Politik, die zum Bestandteil des "neuen Denkens" wurde, war die Welle von Befreiungsrevolutionen in der DDR, Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien und später Albanien möglich. Gerade in der internationalen Arena war Gorbatschow am konsequentesten, hier entsprachen seine Handlungen am meisten den von ihm verkündeten Konzepten. Reformgegner sahen nur eine Seite dieser Ereignisse - den Zerfall des Warschauer Paktes, den unvermeidlichen Rückzug der Sowjetarmee aus Mittel- und Osteuropa. Ein Teil der Sowjetbevölkerung betrachtete den Verbleib der Sowjettruppen in Mittel- und Osteuropa als Gewähr für die Sicherheit der Sowjetunion. In ultrapatriotischen Kreisen tauchte sogar der Begriff des "gestohlenen Kriegs" auf. Der Autor entsinnt sich eines Gesprächs im Sommer 1991 mit dem jungen Obersten Losik - dem Mitarbeiter des sowjetischen Militärattachés in Wien. Der Oberst sprach buchstäblich hasserfüllt von Gorbatschow und besonders von Eduard Schewardnadse, den er "Hure" nannte. Die besondere Missgunst des Offiziers erregte die Zustimmung Moskaus zum Abzug der Sowjettruppen aus der DDR, Polen und Ungarn. Später erfuhr ich, dass der Oberst eng mit der sowjetischen Militärspitze verbunden war - er war der Sohn des Panzertruppenmarschalls Losik und Schwiegersohn des damaligen Verteidigungsministers Jasow. Seine scharfen Äusserungen mochten also dem Familienkreis entstammen.

Diese Leute und ihre Anhänger im Offiziersmilieu und in der zivilen Gesellschaft wollten nie begreifen, dass auch die nur teilweise Realisierung des "neuen politischen Denkens" in 5-6 Jahren der Gorbatschow-Perestroika zu solch grundsätzlichen Veränderungen in der Welt geführt hatten, dass viele andere frühere Faktoren der Weltpolitik ihre Bedeutung verloren hatten. Die Völker, die einige Jahrzehnte mit der Gefahr der allgemeinen Vernichtung gelebt hatten, durften jetzt mit Optimismus in die Zukunft schauen. Die Sowjetunion, vor kurzem noch ein Schreckgespenst und Inbegriff des Bösen und der Aggressivität, wurde erstmals seit 1917 als Friedens- und Kooperationsfaktor anerkannt. Für die neue Politik der Sowjetunion gab es auch ganz praktische Gründe. Die langjährige Konfrontation zweier militärisch-politischer Machtblöcke war zur untragbaren Bürde für das Land geworden, das 90 % der für die Unterstützung des Warschauer Paktes notwendigen

Mittel bereitstellte, während die viel reicheren USA nur knapp für die Hälfte der Nato-Ausgaben aufkamen.

Die sowjetische Führung trat dafür ein, mit der Blockkonfrontation auf dem europäischen Kontinent endlich Schluss zu machen. Gorbatschow brachte die Idee der Schaffung eines "gesamteuropäischen Hauses" vor. Diese Idee führte er zwar nie genauer aus, aber den Publikationen und Diskussionen in wissenschaftlichen Kreisen, an denen sich Gorbatschow beteiligte, kann man entnehmen, dass damit ein System von Beziehungen zwischen den Staaten gemeint war, das die Sicherheit aller Länder, die Etablierung von Instanzen der Schiedsgerichtsbarkeit und der friedlichen Konfliktlösung gewährleisten und die Bedingungen für ökonomische Integration auf dem Kontinent schaffen würde. Vorgesehen war der Aufbau einer gesamteuropäischen Infrastruktur, die ökologische Sanierung Europas und die Weiterentwicklung des Helsinki-Prozesses nach allen Richtungen. Von ihrer anfänglichen Forderung nach Ausschluss Deutschlands aus der NATO (unter Hinweis auf die besondere Verantwortung Deutschlands für die Entfesselung der beiden schrecklichen Weltkriege) ging die sowjetische Führung allmählich wieder ab und liess sich davon überzeugen, dass diese militärische Integration eine gewisse Garantie gegen ein Wiederaufleben des kriegerischen Patriotismus in Deutschland bieten würde.

Gegen Ende von Gorbatschows Amtszeit als Präsident der UdSSR sah die Welt also ganz anders aus als im Jahre 1985. Es wäre allerdings völlig falsch, die Resultate dieser sechsjährigen Entwicklung als "Sieg" oder "Niederlage" einer der beiden Seiten zu bewerten, würde dies doch unvermeidlich den Wunsch der Verlierer nach Revanche wecken. Aber abgesehen von solchen Überlegungen haben vom Ende des Kalten Krieges, den wichtigen Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle, der Auflösung nutzlos gewordener ideologischer Blöcke und der wesentlichen Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen alle profitiert. Die neue Aussenpolitik, die den Verzicht auf die tief verwurzelte Mentalität der belagerten Festung bedingte, musste auch die tiefgreifenden Veränderungen in der Sowjetunion erleichtern.

## **2.5. Schwankungen des Vaters der Perestroika**

Die inneren Reformen schritten aber nur sehr langsam voran. Der von der Ryschkow-Regierung im Herbst 1989 vorgestellte Fünfjahresplan für die ökonomische Entwicklung des Landes war im traditionellen alten Stil zu-

sammengestellt; er sah die Durchführung einiger ausserordentlicher administrativer Massnahmen vor und wurde von der neuen Gesetzgebung nicht unterstützt. Es gab überhaupt kein Gesetz über Eigentum, insbesondere über Bodeneigentumsrecht, über einheitliche Besteuerung u.a.m. Die Arbeit an der neuen Verfassung zog sich in die Länge.

Gorbatschow übernahm die Leitung der Kommission für die Vorbereitung eines solchen Entwurfs. Die Kommission trat so gut wie nie zusammen und brachte es bis zum Ende der Existenz der Sowjetunion nicht fertig, den Text des Hauptgesetzes auszuarbeiten und zur Diskussion vorzulegen. Trotz aktiver Auftritte der Mitglieder der sogenannten interregionalen Gruppe, die in ihren Reihen demokratisch gesinnte Abgeordnete vereinigte, und der unermüdlichen Tätigkeit Andrej Sacharows fasste der 2. Kongress der Volksdeputierten im Dezember 1989 den Beschluss, in der Verfassung den Artikel 6, der die Monopolstellung der KPdSU und ihre Rolle als "führende und lenkende Kraft der Gesellschaft" festlegte, aufrechtzuerhalten<sup>18</sup>.

Die Gesellschaft hatte sich aber so rapide verändert, dass die konservativsten Apparatschiks dem Strom der Zeit ebenso wenig widerstehen konnten wie übervorsichtige und zögernde Reformer. Im Februar 1990 fasste das Zentralkomitee der KPdSU den Beschluss über die Abschaffung des Artikels 6, und es blieb der Mehrheit des 3. Kongresses der Volksdeputierten nichts anderes übrig, als diese erzwungene Selbstaufgabe zu bestätigen und das Prinzip des Mehrparteiensystems anzuerkennen. Das war zweifelsohne ein historischer Beschluss, der das Ende der ganzen Epoche der kommunistischen Alleinherrschaft bedeutete.

Man schrieb das Frühjahr 1990 und es war noch ein langer Weg bis zur Gründung eines demokratischen Rechtsstaates und der echten bürgerlichen Gesellschaft. Der Idee des Rechtsstaates basiert bekanntlich auf der Trennung der gesetzgebenden, ausführenden und gerichtlichen Gewalt, die eine gegenseitige Kontrolle der Gewalten und damit einen Schutz der Gesellschaft vor Machtmissbrauch ermöglicht. Die Konzeption, auf der die Sowjetmacht gründet, steht dem diametral entgegen. Sie beinhaltet gerade die

---

<sup>18</sup> Auf dem Höhepunkt dieses Ringens, am 15. Dezember 1989, starb Sacharow. Sein Tod war ein unersetzlicher Verlust - der demokratische Flügel verlor damit seine stärkste Integrationsfigur. Zum Zeitpunkt des Ablebens Sacharows hatte der demokratische Teil des Deputiertenkorps noch kein eigenes Programm für die Umwandlung der Gesellschaft entwickelt, und die von Sacharow entworfenen Projekte und Vorschläge für die neue Verfassung und die Lösung der national-territorialen Probleme erschienen vielen Abgeordneten als zu radikal.

*Vereinigung* aller drei Verwaltungsfunktionen in den Händen der Sowjets der Volksdeputierten. Wenn auch hinter den Sowjets die echte Macht - die kommunistische Partei, genauer gesagt ihre führenden Kreise - stand, eröffnete doch die Idee der Vereinigung aller drei Gewalten in den Sowjets einen Freiraum für die unkontrollierbare Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten und für den Missbrauch auf allen Ebenen.

Mit der Einführung des Postens des Präsidenten der UdSSR und mit der Wahl Gorbatschows zu diesem Posten nahm die politische Reform ihren weiteren Lauf. An dieser Stelle sind zwei Bemerkungen anzubringen:

1. Der Präsident wurde nicht durch Volksabstimmung, sondern an dem Kongress der Volksdeputierten gewählt. Diese Tatsache beraubte den ersten Präsidenten der Sowjetunion der notwendigen Autorität und Legitimität. Für die öffentliche Meinung bedeutete die Art dieser Wahl, dass Gorbatschow seines Erfolges im Fall allgemeiner Volkswahlen nicht sicher war und sich lieber auf die Parteidisziplin und den Gehorsam der kommunistischen Mehrheit des Kongresses verlassen hatte.
2. Gorbatschow, nunmehr die höchste amtliche Person im Staat, durfte nicht Mitglied einer bestimmten politischen Partei bleiben, erst recht nicht deren Generalsekretär. Solange er den entscheidenden Bruch mit seiner Vergangenheit als Parteifunktionär nicht wagte, blieb Gorbatschow weiter von den höheren Instanzen der KPdSU abhängig, die keine grundsätzlichen Reformen anstrebten.

Statt das seit der amerikanischen Revolution etablierte Prinzip der Gewaltentrennung zu verankern, wurde Anfang 1990 der Versuch unternommen, eine Präsidialdiktatur einzuführen. Am 27. Februar 1990 wurde dem Obersten Sowjet der UdSSR der Entwurf des Gesetzes über die Einführung der präsidialen Verwaltungsform vorgelegt.

Man kann nur ahnen, warum das Politbüro des ZK der KPdSU einen solchen Entwurf vorbereitet hatte. Möglicherweise spürten die Parteibonzen die Schwächung der Positionen und der Macht ihrer Kollektivleitung bereits deutlich und hofften, durch einen starken Präsidenten, der zugleich auch Generalsekretär des ZK der KPdSU ("einer von der Sippe") blieb, sich an der Spitze des politischen Lebens zu halten. Der Entwurf des Gesetzes über die Einführung der präsidialen Verwaltungsform wurde im Parlament einer scharfen Kritik unterzogen. Im Laufe der Einführung der Verfassungsklausel hatte der 3. Kongress der Volksdeputierten den "halbmonarchischen" Charakter der Präsidentenmacht etwas geschwächt. Dem Präsidenten wurde

zum Beispiel das Recht entzogen, die Frage über die Amtsenthebung des Vorsitzenden des Obersten Gerichts aufzuwerfen. Der Vorsitzende des Obersten Gerichts wurde von nun an auf 10 Jahre gewählt und durfte während dieser Periode seines Amtes nicht enthoben werden.

Der neue Präsident der Sowjetunion stand vor hochkomplizierten Aufgaben auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik. In den Beziehungen zwischen den Nationen hatten Perestroika und Glasnost Probleme zum Vorschein gebracht, die man längst als endgültig und zufriedenstellend gelöst betrachtet hatte. Zu Breschnews Zeiten waren die Hohepriester der marxistischen Ideologie davon überzeugt gewesen (jedenfalls wollten sie die anderen überzeugen), dass die nationalen Konflikte nicht nur ausblieben, sondern auch die nationalen Unterschiede bereits am Verschwinden waren und keine erwähnenswerte Rolle mehr spielten. In den Publikationen jener Jahre war eine "neue historische Einheit" propagiert worden, nämlich "das Sowjetvolk". Mit anderen Worten, es war der Versuch unternommen worden (möglicherweise angeregt von der amerikanischen Erfahrung), eine neue Nation - die sowjetische - zu konstruieren. Es mangelte nicht an Theoretikern, die bereit waren, jede Gedankenwendung, die sich in den Köpfen der führenden Politiker vollzog, zu rechtfertigen. Noch unter Gorbatschow, im Februar 1986, hiess es in dem damals angenommenen neuen Programm der KPdSU, dass "die Nationalfrage, die uns von der Vergangenheit überkommen ist, erfolgreich gelöst wird."

Die Erfahrungen seit der Mitte der achtziger Jahre haben gezeigt, dass dies reine Kabinettspekulation fern des realen Lebens war. Tatsächlich blieben infolge der vieljährigen harten Politik der obligatorischen zentralisierten Kontrolle der Republiken durch Vertreter der herrschenden Nation und infolge der grausamen stalinistischen Repressionen (Vernichtung der nationalen Intelligenzia, Vertreibung von über zehn Völkern aus ihren Heimatgebieten, staatlich sanktionierter Antisemitismus usw.) die in der Verfassung und in offiziellen Dokumenten verkündete Gleichheit der Nationen und der Internationalismus nur wohlklingende Floskeln - weiter nichts. Noch zu Chruschtschows Zeiten war es z.B. möglich, sowohl zum ersten als auch zum zweiten Sekretär der kommunistischen Partei einer Republik (in diesem Fall Kasachstan) zwei russische Parteifunktionäre zu ernennen - K. Ponomarenko und L. Breschnew. Dabei stützte sich die Russifizierungspolitik in den Republiken (die russische Nation hiess in den offiziellen Reden seit Stalin

"die erste unter gleichen"<sup>19)</sup> nicht nur auf die Ernennung russischer Parteisekretäre - auch zum lokalen Ethnos gehörende Funktionäre versuchten ständig, einander an Ergebenheit gegenüber Moskau zu übertreffen. Bald bildeten diese Lokalführer einen Clan, der das Leben und die Stimmung des eigenen Volkes weder kannte noch verstand und nur darum besorgt war, seine Servilität gegenüber dem Zentrum aufs beste zur Schau zu stellen. Sie verliessen sich darauf, dass sie im Falle eines Konflikts mit dem ihnen entfremdeten eigenen Volk mit der unverzüglichen Hilfe der Unionsmächte rechnen konnten.

Einige Probleme rührten noch von den Ereignissen der ersten Jahre nach der Revolution her. Damals gründeten die Kaukasusvölker, welche die von Lenin verkündete These über das Selbstbestimmungsrecht ernst nahmen, unabhängige Staaten, die aber bald von der Roten Armee zerschlagen wurden. Die anschliessende Grenzziehung zwischen den Nationen erfolgte äusserst nachlässig: Das zu drei Vierteln von christlichen Armeniern besiedelte Nagorni-Karabach wurde ein Teil des moslemischen Aserbaidschan; Ossetien wurde in zwei Teile getrennt, Südossetien landete auf grusinischem Territorium, Nordossetien auf russischem; die von Russen besiedelten Regionen südlich von Ural und Sibirien wurden aus irgendeinem Grund Kasachstan übergeben, usw.

Die von den Wolgaufnern, aus dem Nordkaukasus, von der Krim und vom Fernen Osten ausgesiedelten Völker wurden unter Zwang und ohne jegliche Absprache mit der ansässigen Bevölkerung nach Kasachstan, Usbekistan und Sibirien versetzt. An deren früheren Wohnorten wurden zwangsweise Russen, Ukrainer, Georgier und andere Völker angesiedelt. Dies komplizierte die Situation ernstlich, als die vertriebenen Völker das Recht erhielten, in ihre alte Heimat zurückzukehren.

Zweifelsohne spielten zwei weitere Faktoren eine gewisse Rolle im Erwachen eines nationalen Selbstbewusstseins unter den früher zum Sowjetreich gehörigen Völkern: die Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus nach dem Erfolg der iranischen Revolution 1979 und der misslungene Krieg in Afghanistan. Der Anblick der Supermacht UdSSR, die das afghanische Volk ihren Marionetten in Kabul nicht zu unterwerfen vermochte, stimu-

---

<sup>19</sup> Man kann nicht umhin, an Orwells "Animal Farm" zu denken: "All animals are equal, but some are more equal than others."

lierte ohne Zweifel die zentrifugalen Kräfte nicht nur in allen moslemischen, sondern auch in anderen Republiken der Sowjetunion.

Besonders wichtig ist es, sich die Situation im Baltikum zu vergegenwärtigen. Wie gesagt, bildeten nach der Oktoberrevolution 1917 drei ehemalige Provinzen des russischen Reiches selbständige Staaten - Estland, Lettland und Litauen. Sie entwickelten sich mehr als zwanzig Jahre lang günstig und unterhielten normale Beziehungen sowohl zur Sowjetunion als auch zu westlichen Staaten. Übrigens war Estland der erste ausländische Staat, der (1920) diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion herstellte. Aber in der Geheimbeilage zum Molotow-Ribbentrop-Pakt vom 23. August 1939 wurden Estland und Lettland als zur Interessensphäre der Sowjetunion gehörig anerkannt. Laut dem nächsten Geheimvertrag (vom 28. September 1939) wurde zu dieser Liste auch Litauen hinzugefügt. Im weiteren folgten von diesen drei Staaten zwangsunterzeichnete Verträge über gegenseitige Hilfe mit der Sowjetunion, der Einmarsch - auf der Grundlage dieser Verträge - der Sowjettruppen in diese Länder, die Inszenierung der Wahlen in neue Parlamente und die "Bitte" dieser Parlamente, diese Staaten in die Sowjetunion aufzunehmen. Moskau konnte die Bitte der Völker, die so erpicht darauf waren, ihre Unabhängigkeit aufzugeben, natürlich nicht verweigern, und alle drei Staaten wurden im August 1940 in die Sowjetunion aufgenommen. Gleich danach begannen Säuberungen nach dem Kriterium der Klassenzugehörigkeit und Deportationen der "fremden Elemente" in den sowjetische Gulag, die erst nach dem Ausbruch des Krieges gegen Deutschland gestoppt wurden.

Nach der Vertreibung der deutschen Truppen aus den baltischen Staaten wurden die Massendeportationen fortgesetzt. Es ging dabei nicht nur um Repressalien. Selbst wenn die Völker in diesen drei Ländern eine Art von Kulturautonomie beibehielten, wenn sie die nationale Bildung und Kultur entwickeln durften (selbstverständlich nur bis zu einer gewissen Grenze - die ideologischen Aufseher bestanden immer auf Linientreue), so wurde ihre Wirtschaft voll und ganz vom Zentrum gelenkt. In Moskau wurde entschieden, welche Betriebe im Baltikum zu errichten seien, welche Art von Rohstoffen man vor Ort zu gewinnen habe, was aus- und was einzuführen sei. In Moskau wurden auch Migrationsströme ins Baltikum festgelegt; in der Folge gab es gegen Ende der achtziger Jahre in Lettland ungefähr gleich viele Letten wie Russischsprachige, in Estland betrug dieses Verhältnis 3:2. Im Mund der Nationalisten wurde gerade diese Migration von Osten zu einem

starken emotionalen Argument und erlaubte ihnen, sich das Image der Retter der Nation anzueignen.

Das erste bedrohliche Anzeichen in der Sphäre der Beziehungen zwischen den Nationen waren die Unruhen in Alma-Ata, der Hauptstadt Kasachstans, im Dezember 1986, als die Moskauer Leitung den kasachischen ersten Sekretär des ZK der kommunistischen Partei D. Kunajew absetzte und auf diesen Posten den Russen G. Kolbin erhob. Was in den sechziger Jahren unter Chruschtschow reibungslos verlaufen wäre, wurde jetzt von der lokalen Bevölkerung, in erster Linie von der kasachischen Intelligenzia und Studentenjugend, als Beleidigung empfunden. Die Jugend demonstrierte mit der Forderung, die Souveränität Kasachstans zu erklären und die Republik in die Uno aufzunehmen. Moskau wusste dieses erste Signal nicht in gebührender Weise zu beachten. Die Presse und das Fernsehen schilderten die Ereignisse in Kasachstan ziemlich knapp, die politische Beurteilung der Ereignisse in Alma-Ata durch die Führung war völlig unangemessen. Wie der damalige Premierminister N. Ryschkow in seinem Buch<sup>20</sup> darstellt, wurden als Urheber der Unruhen an der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU die Mafia und kriminelle nationalistische Elemente genannt. Eine Reihe weiterer Ausschreitungen in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, Kundgebungen der Tataren und Juden in Moskau (wie übrigens auch die ersten Auftritte der chauvinistischen russischen Gesellschaft *Pamjat* im Mai 1987) blieben ohne Folgen und riefen weder eine spürbare Reaktion der Behörden hervor, noch irgendwelche Versuche, die Gründe dieser neuen Erscheinungen zu erforschen.

Und endlich kam der Februar 1988, der die Karabach-Frage in das gesellschaftliche und politische Leben der UdSSR einführte. Die Massendemonstration der Jerewan-Einwohner mit der Forderung, Nagorni Karabach aus Aserbaidschan auszusondern und an Armenien anzuschliessen, hat den Landstreifen zum Gegenstand einem scharfen Konflikt beider Republiken gemacht. Die Zentralmacht verhielt sich wie der Vogel Strauss, der den Kopf in den Sand steckt: Die Forderungen der Jerewaner und das bereits im August 1987 von 75'000 Einwohnern Bergkarabachs an Gorbatschow gerichtete Begehren zum gleichen Thema fanden in Moskau keinerlei Widerhall.

---

<sup>20</sup> N. Ryschkow, *Perestroika: istoria predatelstw* (Perestroika: Geschichte der Verräter), Moskau 1992, S. 201.

Am 20. Februar 1988 nahm der Sowjet des Gebiets Nagorni Karabach den Appell an die Obersten Sowjets Armeniens und Aserbaidischans an, wo die Bitte geäußert wurde, das autonome Gebiet Armenien unterzuordnen. Das Politbüro des ZK der KPdSU mischte sich in den Konflikt ein, indem es die Forderung der Armenier zurückwies. Gorbatschow bat die Vertreter der armenischen Öffentlichkeit um ein Time-out, um sich den Sachverhalt besser vergegenwärtigen zu können. Ende Februar wurde in Baku, der Hauptstadt Aserbaidischans, die Nachricht über den Mord an zwei jungen Aserbaidischanern in Karabach veröffentlicht. Am selben Tag unternahm Scharen von Aserbaidischanern, empört über diesen Vorfall, blutige Pogrome in den armenischen Vierteln der Stadt Sumgait (unweit von Baku). Diese Tage waren durch schreckliche Grausamkeit, bestialische Morde und Vergewaltigungen gekennzeichnet. Einige Dutzend Menschen kamen ums Leben, die Ereignisse veranlassten Tausende und Abertausende zur Flucht aus Aserbaidischan. Die Behörden, die über Kräfte und Mittel verfügt hätten, um das Verbrechen im Keime zu ersticken, mischten sich erst ein, als das bestialische Gesindel seine Untaten bereits vollbracht hatte. Auch nach Beendigung des Pogroms und dem Verhängen des Ausnahmezustands über die Stadt wurden die Schuldigen weder ausfindig gemacht noch bestraft. Gorbatschow hat die Lehren aus den Ereignissen in Sumgait (sowie überhaupt aus allen Begebenheiten um Karabach) entweder nicht gezogen oder entsprechend der für die russische Geschichte traditionellen Manier gehofft, dass "die Zeit alle Wunden heilt" und dass man mit Hilfe von "halben" Massnahmen und zweifelhaften Kompromissen alles doch noch in die richtige Bahn lenken könne.

Ryschkow gibt zu, dass die Führer die Warnsignale nicht hören wollten und "sich dachten, wie der Kranke, der glaubt, 'es tut weh, aber vergeht dann von selbst'."<sup>21</sup> Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie sich alle dem beruhigenden Wahn hingaben, die Nationalitätenfrage sei längst und gut gelöst. Wenn sich dennoch etwas Negatives auf diesem Gebiet ereignete, so hielt man das selbstverständlich für das Resultat böser Ränke der äusseren oder inneren Feinde, die, so der Lieblingsausdruck Gorbatschows, "uns reingeworfen werden". Er meinte damit entweder die Probleme selbst oder deren Auslegung. In seiner Rede vom März 1988 an der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR schob er die Ereignisse in Sumgait einer "Gruppe von Hooligans" in die Schuhe. In der Zwischenzeit wurde dieses "uns reingeworfene" Problem Nagorni-Karabach immer komplizierter und akuter,

---

<sup>21</sup> N. Ryschkow, Perestroika, S. 208.

es forderte immer neue Menschenopfer, es kam zu "ethnischen Säuberungen" in beiden Republiken und im umstrittenen Gebiet selbst, zu einem Anschwellen der Flüchtlingsströme und letztlich zu dem breit angelegten Krieg in der Kaukasusregion.

Eine der wichtigsten Lehren aus den Ereignissen von 1988 war die Straflo-sigkeit der Sumgaiter Mörder. Diese verbrecherische Nichteinmischung der zentralen und lokalen Behörden konnte die Chauvinisten nur beflügeln - und nicht nur in Aserbaidschan. Nach Sumgait folgten 1989 Massaker in Fergana, wo die Usbeken die türkischen Meschetiner angriffen (über hundert Tote und gegen tausend Verwundete), im Osch-Gebiet Kirgisiens, wo lokale Einwohner den Usbeken den Garaus machten, in Baku, wo die anti-armenischen Pogrome wieder entflammten, und in der Dnestr-Region, wo Scharen von Moldawiern in die von Russen und Ukrainern besiedelten Gebiete kamen, um dort "Ordnung zu machen". Einen besonderen Platz nehmen dabei die Ereignisse in Tiflis ein, wo auf Einladung der panisch gestimmten lokalen Führung, die im April 1989 Moskau um "brüderliche Hilfe" bat, die Truppen der Sowjetarmee die georgischen Führer mit Pionierspaten vor friedlichen Demonstranten retteten. Der Preis für die wiedereingeführte Ordnung waren 19 Tote und ca. 200 Verletzte.<sup>22</sup> Und wieder wurden die Schuldigen nicht bestraft, und der russische General, der die Operation geleitet hatte, erhielt gar eine Beförderung. Ein solches Vorgehen der Zentralmächte konnte nur die Feindseligkeit der örtlichen Bevölkerung hervorrufen und den Eindruck erwecken, dass die alte Reichspolitik weiter fortgesetzt werde.

Besonders brisant wurde in den letzten Jahren von Gorbatschows Regierung das Problem der baltischen Staaten. Zuerst sprachen die Vertreter der drei Republiken im neuen Obersten Sowjet nur von ökonomischer Unabhängigkeit. Sie baten um die Erlaubnis, selbständig die Probleme ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu lösen. Auch diese bescheidene Forderung wurde von vielen Deputierten abgelehnt, die nicht willens oder fähig waren, sich vom gewohnten Grossreichsdenken zu lösen. Allmählich aber verlagerte sich die Auseinandersetzung auf eine andere Ebene. In den Vordergrund trat jetzt die Forderung nach absoluter Selbständigkeit. Eine besondere Legitimität verliehen diesen Forderungen nicht nur das gesetzliche Recht jedes Volks,

---

<sup>22</sup> Diese Zahlen wurden in den offiziellen Mitteilungen genannt. Nach Angaben der georgischen Informationsagentur wurden bei der Auflösung der friedlichen Demonstration fast dreissig Menschen getötet.

sein Schicksal selbst zu bestimmen, sondern auch die historischen Bedingungen des keinesfalls freiwilligen Anschlusses Lettlands, Estlands und Litauens an die Sowjetunion. Sogar ein beträchtlicher Teil der örtlichen Kommunisten unterstützte die Forderung der Bevölkerungsmehrheit nach Selbständigkeit; die kommunistische Partei Litauens verkündete ihren Austritt aus der KPdSU. Um die Lage zu beruhigen, besuchte Gorbatschow 1990 Litauen, wo er in vielen Reden die Zuhörer zu überzeugen versuchte, den verhängnisvollen Schritt nicht zu tun. Dabei verwöhnte er sein Auditorium nicht gerade mit ernstzunehmenden Argumenten, sondern malte vielmehr das furchteinflössende Zukunftsbild, dass die litauische KP nicht mehr imstande wäre, an den Sitzungen der führenden Organe der KPdSU in Moskau teilzunehmen. Diese wenig verhüllte Drohung verfehlte bei den Litauern jedoch ihre Wirkung.

Möglicherweise kamen gerade damals der Präsident und seine Begleitung auf die Idee, zu anderen Mitteln zu greifen. Jedenfalls fällt es schwer sich vorzustellen, dass sich hohe Armeeführer (zum Beispiel der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, Armeegeneral Warennikow) und leitende Personen aus dem Komitee für Staatssicherheit im Januar 1991 auf eigene Initiative nach Vilnius begeben haben sollen, um dort die Besitzergreifung der Massenmedien und die Machtübernahme durch lokale kommunistische Quislings zu leiten, die ihre Handlungen ordnungsgemäss mit Moskau koordinierten. Auch in Vilnius gab es wieder Tote und Verwundete.

Zu Ehren der russischen Demokratie muss hervorgehoben werden, dass sie unverzüglich zum Schutz der baltischen Völker einschritt. Der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, Boris Jelzin, flog nach Riga, wo er der Befreiungsbewegung der Bevölkerung Litauens, Lettlands und Estlands seine uneingeschränkte Unterstützung verkündete. Hunderttausende Moskauer kamen zur Massenkundgebung am 20. Januar unter der Losung "*Hände weg vom Baltikum!*". Tausende Mitglieder der kommunistischen Partei fassten die Zwangsmassnahmen in Vilnius als den letzten Tropfen im Kelch der Verbrechen auf, die von der Führung der KPdSU begangen worden waren; es begann der Massenaustritt aus der Partei und die Rückerstattung der Parteidokumente. In diesen Tagen verlor die KPdSU einen wesentlichen Teil ihrer Mitglieder.

Gewalttaten der Armeetruppen und Sonderkommandos der Miliz im Baltikum im Januar 1991 und den nachfolgenden Monaten konnten den Austritt der drei Staaten aus der Sowjetunion nicht verhindern, und zur Zeit des

August-Putsches wurde dieser Prozess abgeschlossen. Wenig geholfen hat auch das "All-Unionsreferendum", das im März 1991 zur Abstimmung kam. Den Sowjetbürgern wurde die Frage gestellt, ob sie einverstanden wären, "die erneuerte Union beizubehalten". Dabei gab man sich nicht die Mühe zu erklären, wie diese Union zu erneuern war und was sich überhaupt hinter diesem Begriff verbarg.

Die Mehrheit der Stimmbürger antwortete mit "Ja", und die Behörden schickten sich an, in Novo-Ogarevo, einem Vorort von Moskau, unter der Leitung Gorbatschows und seiner Mitarbeiter und unter Teilnahme von Experten und Vertretern der Nationalrepubliken und Regionen die versprochene "Erneuerung" vorzubereiten. Die Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags musste in der zweiten Hälfte August erfolgen. Wenn wir heute an das letzte Jahr von Gorbatschows Führung denken, drängt sich der Eindruck auf, alles, was den Repressalien in Vilnius folgte, sei eigentlich eine Agonie der Perestroika und ihrer Begründer gewesen. Mit jedem Tag wurde es offenkundiger, dass die Versuche, den Riesenstaat mit Hilfe der "erneuerten" kommunistischen Partei ernstlich zu reformieren, eine Utopie waren. Die Partei besass einen eingefleischten Hang zum Antidemokratismus und zur Verwendung totalitärer Verwaltungsmethoden. Sie vertrat weder die Gesamtinteressen des Staates noch die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung. Sie stellte die Partei der "neuen Klasse" dar, die nach der Revolution 1917 geboren wurde - der Klasse der Staats- und Parteibürokratie. Diese Klasse benötigte nur die Reformen, welche für die Stärkung ihrer Macht, für die Erweiterung ihrer Privilegien erforderlich waren. Gleichzeitig unter zwei Hüten auftretend - dem des Generalsekretärs und dem des Reformistenanführers - wurde Gorbatschow für die ständigen Schwankungen und den unbegründeten Zickzackkurs seiner Politik verantwortlich gemacht. Die Vertreibung besonders treuer Perestroikaverfechter aus der Führungsspitze und verhängnisvolle Kompromisse hatten seine Reformpolitik zum Scheitern verurteilt.

Noch zwei Tatsachen übten einen negativen Einfluss auf den Reformengang aus. Zum einen hatte der Führer der Perestroika keine klare Reformenkonzeption - offensichtlich klammerte er sich an überkommene Postulate, indem er über die Alternativlosigkeit der "sozialistischen Wahl" in einem Land redete, wo der Sozialismus zum Inbegriff der Degradierung, Stagnation, des technologischen Rückstands, der Plünderung der Naturressourcen und der kompletten Schmäherung der Demokratie und der Grundrechte des Menschen geworden war. Z. Brzesinski, der die Sowjetunion 1989 besuchte, bemerkte,

dass die Staatsführer keine Klarheit darüber hatten, was sie ändern und wohin sie gelangen wollten.

Es scheint, dass Gorbatschow aufrichtig an die Notwendigkeit der "sozialistischen Wahl" glaubte, auch wenn das für einen so vielgereisten Menschen, der Gelegenheit zum Vergleich der ökonomischen Systeme gehabt hatte, seltsam erscheinen mag. Der Autor beteiligte sich 1991 an einem Gespräch mit dem ehemaligen polnischen Premierminister M. Rakowski, der am Vortag Gorbatschow getroffen hatte. Der sowjetische Führer hatte ihm gesagt: "Trotz alledem müssen wir glauben, dass die sozialistische Idee siegen wird." Solche Konsequenz und Überzeugung verdienen einen grossen Respekt, zeigen aber zugleich auf, dass Gorbatschow nicht imstande war, aus den Erfahrungen der Weltgeschichte die notwendigen Lehren zu ziehen.

Die zweite Tatsache, welche die politische Entwicklung der Sowjetunion auf dem Weg der Reformen erschwerte, war mit einigen psychologischen Besonderheiten Gorbatschows verbunden, mit seiner Lebenserfahrung als "Partokrate". Eigentlich hatte er keinen Versuch unternommen, sich auf die breite öffentliche Meinung zu stützen, seine ganze Fertigkeit als begabter Taktiker setzte er im engen Raum der Apparatsstrukturen ein. Während der ganzen Zeit seines Verweilens an der Macht hat es Gorbatschow nie geschafft, der Bevölkerung das Wesen der Reformen, ihre Methoden, ihren Zeitplan und die zu erwartenden Resultate plausibel zu machen. Der Funktionär mit etlichen Dienstjahren in den Parteistrukturen stand den orthodoxen Parteibonzen innerlich und psychologisch näher als seinen ehemaligen politischen Freunden aus den Reihen der Perestroika-Väter. Gorbatschow war durch konservative Kräfte sehr leicht zu beeinflussen. Er, der als einer seiner Hauptideen *Glasnost*, die Freiheit der Informationsmittel, propagiert hatte, konnte unerwartet im Parlament den Vorschlag machen, die Wirkung des fortschrittlichen Pressegesetzes zu suspendieren (in der Rede vom 13. Oktober 1989), mit ganzer Wucht auf die Liberalen niederstürzen (ebenda) oder Argumente seiner demokratischen Kritiker "billige Demagogie" nennen (März 1990). Ausgerechnet Gorbatschow nahm eine ungerechtfertigt harte Position gegenüber den gerechten Forderungen der Unionsrepubliken und Nationalautonomien ein; dadurch verspielte er die Gelegenheit, anstelle der rigiden zentralisierten Sowjetunion eine flexible Konföderation zu bilden, und trug zum Zerfall des Landes bei. Er nahm von den begabten, sogar talentierten Reformern wie Jakowlew, von ehrlichen Verfechtern der Reformen und guten Organisatoren wie Bakatin Abschied, er zwang den Obersten Sowjet buchstäblich, die Ernennung solch konservativer Funktionäre wie J.

Janajew (Vizepräsident), Verteidigungsminister D. Jasow und anderer auf die höchsten Posten zu bestätigen. Die Änderungen in der Stimmung des Staats- und Parteiapparates hielt Gorbatschow nicht selten für einen Indikator der tiefen Änderungen in der Stimmung der gesamten Gesellschaft. D. Laptjew, der Vorsitzende des Unionsrates im Obersten Sowjet der UdSSR, erzählte dem Autor, dass Gorbatschow (wie übrigens auch Jelzin) fest davon überzeugt gewesen sei, mit seinem Einfluss jede Versammlung beugen zu können. Möglicherweise liegt hier der psychologische Grund, weshalb der Präsident die kompetenten Meinungen seiner Mitarbeiter missachtete: er war überzeugt, dass sie gehorsam nach seinen Anweisungen handeln würden.

Das Leben hat aber gezeigt, wie leichtfertig die Auswahl seiner Mitarbeiter war. Am 19. August 1991 liessen die führenden Staatsmänner der UdSSR Panzer auf Moskauer Strassen aufrollen und traten gegen ihren Präsidenten auf. Und in diesem Augenblick der schwersten Prüfung blieb Gorbatschow allein, im politischen Vakuum, ohne sein "Team". Er wurde in diesen beklemmenden Tagen buchstäblich zur Geisel der Konservatoren und Poststalinisten, denen er selbst den Weg zu höchsten Staatsposten geebnet hatte.

Am 19. August begann also der Militärputsch, dem es beschieden war, die Rolle eines gewaltigen Katalysators in der Geschichte der Sowjetunion zu spielen, wenngleich in eine ganz andere Richtung, als von den Putschisten erhofft.

### 3. Russland 1991-93

#### 3.1. Der Putschversuch im August 1991

Der von Vizepräsident G. Janajew, Ministerpräsident V. Pawlow, Verteidigungsminister D. Jasow, dem Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit W. Krjutschkow, dem im Schatten bleibenden, tatsächlich aber aktiven Mitverschwörer J. Lukjanow und anderen unternommene Umsturzversuch war für die Öffentlichkeit keine völlige Überraschung, noch weniger für die sowjetische Politelite. Eduard Schewardnadses hatte bereits im Dezember 1990 im sowjetischen Parlament direkt vor der Gefahr einer Diktatur gewarnt.<sup>23</sup>

Für die Leute, die zu hören imstande und gewillt waren, kam im Juli 1991 das völlig eindeutige Signal von der Seiten der Verschwörer selbst. Während der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR verlangte der Ministerpräsident Pawlow ganz unerwartet für sich Sondervollmachten. Ohne unverzügliche Zustimmung der Deputierten zu erhalten, schlug er vor, im Parlament Jasow, Krjutschkow und Innenminister W. Pugo anzuhören. Innerhalb einer guten Stunde waren alle drei im Besitze ausformulierter Redemanuskripte.

Alle diese Reden, insbesondere jene von Krjutschkow, erinnerten an vergangene Zeiten, in denen die Schuld an allen Übeln dieser Welt dem amerikanischen Imperialismus und der Nato angelastet wurde. Die Minister sprachen von der gefährlichen Situation an der Grenze, von unterminierenden, destruktiven Elementen und der Unterwanderung der regierenden Institute des Landes durch mythische "Einflussagenten". Alles, was sie sagten, war darauf angelegt, es als dringend notwendig erscheinen zu lassen, dem Premierminister Sondervollmachten zu gewähren. Die Abstimmung darüber wurde auf den nächsten Tag verlegt.

Am folgenden Tag kam Gorbatschow ins Parlament und hielt eine lange, gefühlsbetonte Rede. Aber - und das war typisch für die Haltung des Präsidenten um 1990/91 - statt den Rücktritt von vier Regierungsmitgliedern zu

---

<sup>23</sup> In der Sendung "Top Secret" im Russischen Fernsehen am 21. Mai 1993 bot der ehemalige Erste Stellvertreter des Außenministers, G. Kornijenko, eine andere Interpretation dieser Rede von E. Schewardnadze, der darin auch seinen Rücktritt angekündigt hatte. Nach Meinung Kornijenkos hatte Schewardnadze von der Absicht Gorbatschows erfahren, ihn vom Ministerposten abzusetzen und auf den rein dekorativen Posten des Vizepräsidenten zu erheben. Deswegen, so Kornijenko, habe Schewardnadze seine emotionell gefärbte und etwas unzusammenhängende Rede gehalten.

fordern, die ihm buchstäblich den Teppich unter den Füßen wegzuziehen versucht hatten, liess Gorbatschow die Ereignisse des Vortags so gut wie unerwähnt. Er kritisierte lediglich die "Couloirgespräche" zweier Deputierter, der Reformgegner Alksnis und Petruschenko, erwähnte den Premier und andere Minister aber mit keinem Wort. Gorbatschow behauptete sogar, er habe "keinerlei Meinungsverschiedenheiten" mit dem Premierminister.

Bis jetzt gibt es keine Erklärung für dieses Verhalten des Präsidenten. Obwohl es für viele Beobachter ganz eindeutig war, dass es hier um eine Verschwörung der vier Politiker ging, um einen Versuch, die reale Macht an sich zu reißen und den Reformen ein Ende zu bereiten, war Gorbatschow so ruhig und selbstbewusst, dass er die nächsten Tage mit der Familie in die Krim in Urlaub ging, wo in der Nähe des Städtchens Foros für ihn ein Haus erbaut worden war. Es war vorgesehen, dass er am 20. August nach Moskau zurückkehren sollte, um mit den Vertretern der Nationalrepubliken den neuen Unionsvertrag (der den veralteten Vertrag von 1922 ablösen sollte) zu unterzeichnen.

Die Verschwörer beschlossen, ihr Vorgehen zu beschleunigen, um dieser Entwicklung der Situation zuvorzukommen. Von ihrem Standpunkt aus wäre es ein grosser Vorteil gewesen, Gorbatschow auf ihrer Seite zu haben. Sein offensichtliches Schwanken, seine Unentschlossenheit bei der Durchführung der Reformen, seine Neigung zur Härte im Kampf gegen die "Separatisten" in den Nationalrepubliken liessen die Verschwörer hoffen, der Präsident werde an ihrem konservativen Umsturz teilnehmen. Sie sandten eine Delegation nach Foros, der unter anderen der Befehlshaber der Landesstreitkräfte Armeegeneral Warennikow und der Sekretär des ZK der KPdSU Schenin angehörten. Laut dem Augenzeugenbericht A. Tschernjaews<sup>24</sup>, des engsten Mitarbeiters von Gorbatschow seit 1985, verweigerte der Präsident den Verschwörern kategorisch seine Unterstützung. Dessen ungeachtet sind in der russischen Presse in den letzten Jahren viele Andeutungen über die Mitwirkung Gorbatschows an den August-Ereignissen erschienen.<sup>25</sup>

---

<sup>24</sup> Anatolij Tschernjaew studierte zusammen mit dem Autor an der historischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität und unterhielt auch in weiteren Jahrzehnten gute Beziehungen mit ihm. Tschernjaew ist ohne Zweifel ein begabter und ehrlicher Mensch. Während der schwierigen Augusttage 1991 blieb er an der Seite des Präsidenten (in seinem ersten Interview nach seiner Rückkehr von Foros äusserte sich Gorbatschow über Tschernjaew: "Wir sind jetzt verbrüdet."), und er lieferte dem Fernsehen den ersten detaillierten Bericht über die Ereignisse in Foros am 18.-21. August.

<sup>25</sup> Siehe dazu weiter unten.

Schon am Abend des 19. Augusts besetzten die Verschwörer mit Hilfe von Mitarbeitern des Komitees für Staatssicherheit den Fernsehsender, dessen Leiter L. Kravtschenko noch kurz zuvor seine Treue zum Präsidenten beteuert hatte, und die Nachrichtenagentur TASS, die ein Dekret über die Einstellung aller Zeitungen mit Ausnahme der orthodox-kommunistischen "Prawda" und "Sowjetskaja Rossija" vorbereitete. Ab 6 Uhr stellte ein Fernsehkanal stündlich die Dokumente der Putschisten vor: die Erklärung des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR Lukjanow gegen den neuen Unionsvertrag, das Dekret des Vizepräsidenten der UdSSR Janajew darüber, dass "angesichts der Erkrankung Gorbatschows, er, Janajew, die Präsidentenfunktion übernehme", die Erklärung der "sowjetischen Führung" über die Schaffung eines staatlichen Komitees für den Ausnahmezustand, welches Janajew, Pawlow, Jasow, Krjutschkow, Pugo, O. Baklanow (den Leiter des Militärindustriekomplexes aus dem ZK der KPdSU), Tizjakow (eine andere namhafte Persönlichkeit des MIK) sowie Starodubzew (den Vorsitzenden des "Bauernverbandes", tatsächlich der Vereinigung der Kolchosenvorsitzenden) umfasste, der Appell des Komitees "an das Sowjetvolk" mit der Versprechung aller möglichen Begünstigungen in der Zukunft, die für ausländische Staatsoberhäupter und den Uno-Generalsekretär bestimmten Beteuerungen friedlicher Absichten und der Beschluss Nr. 1 des Komitees, in dem es um die Verhängung des Ausnahmezustandes in einigen Regionen der Sowjetunion ging.<sup>26</sup>

Die Dokumente dieses Komitees stellen eine Mischung aus Wahrheit und Lüge dar. Wahrheit war, dass die Bevölkerung der Sowjetunion unter Inflation, Desorganisation der Produktion, ansteigender Kriminalität und Korruption litt. Aber eine Lüge war, dass die Verschwörer Privatunternehmer unterstützen wollten. Wahrheit war, dass an Stelle der früheren Hoffnungen Zweifel an der Zukunft, Gleichgültigkeit und Frustration getreten waren. Aber Lüge und Heuchelei waren die Versprechungen der Putschisten, echte demokratische Prozesse und Reformpolitik fortzusetzen. Offensichtlich verfügten diese Leute über kein klares Programm, es ging ihnen zunächst nur darum, die ganze Macht an sich zu reißen, um Reformen wie Glasnost zu erdrosseln.

Ihre Methoden waren ebenfalls klar. Während die Ansager des einzigen aufrechterhaltenen Fernsehkanals das Dekret des Ausserordentlichen

---

<sup>26</sup> Dokumente der Putschisten, siehe NZZ vom 21.8.91.

Komitees über die Einstellung fast sämtlicher Zentralzeitungen bekanntgaben, rollten Panzer mit zwei Elitedivisionen und Schülern der Rjazaner Offiziersschule durch die Hauptstadt Richtung Kreml und bezogen auf den Strassen und Plätzen Moskaus Stellung.

Am Abend des ersten Tages veranstalteten die Putschisten eine Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten. Millionen Bürger schauten aufmerksam in die Gesichter ihrer Führer, Janajew, welcher die Funktion des Präsidenten des Landes an sich gerissen hatte, an ihrer Spitze. Die Mitglieder der Junta sahen völlig hilflos aus, die Journalisten schonten die neue Führung nicht. Die junge Vertreterin der *Nezawisimaja Gazeta*, T. Malkowa, fragte Janajew ohne Umschweife: "Verstehen Sie, dass Sie einen Staatsstreich begangen haben?", *Izwestija*-Kolumnist A. Bowin fragte den "Bauern" Starodubzew: "Was hat Sie dazu verleitet, in diese Gesellschaft hineinzutrampeln?" Janajew erwiderte, er halte die Machtübernahme durch das "ausserordentliche Komitee" nicht für einen Staatsstreich und beteuerte, er hoffe, noch lange "mit meinem Freund Gorbatschow" zusammenzuarbeiten. Starodubzew erklärte vage, man habe ihm ein ehrenhaftes Angebot gemacht, dass er nicht habe ablehnen können. Diese Pressekonferenz sowie die zitternden Hände Janajew's, der zudem erkältet war und immer wieder zum Taschentuch griff, hinterliessen einen äusserst negativen Eindruck bei den Millionen Zuschauern, die vor ihren Fernsehgeräten sassen.

In der Zwischenzeit gingen die demokratischen Kreise der russischen Macht mit Boris Jelzin an der Spitze bereits in den ersten Putschstunden zur Gegenoffensive über. Das Haupt des Parlamentskomitees für internationale Beziehungen (und von Ende 1991 bis Oktober 1993 Botschafter in den USA) W. Lukin bereitete den Text des Aufrufs "An die Bürger Russlands" vor. Dieses Dokument, welches das Wesen der ablaufenden Ereignisse beschrieb und zum sofortigen Generalstreik aufrief, wurde um 9 Uhr morgens von Präsident Jelzin, Ministerpräsident I. Silajew und dem Parlamentsvorsitzenden R. Chasbulatow unterzeichnet. Der Ministerrat Russlands nahm den Beschluss "Über die gesetzwidrige Einführung des Ausnahmezustands" an. Hier muss man unterstreichen, dass die Bevölkerung Moskaus und anderer Regionen des Landes so gut wie keine anderen Informationen erhielt als die, welche das "ausserordentliche Komitee" verbreitete. Deshalb spielten ausländische Rundfunksender wie Swoboda, BBC, Voice of America und Deutsche Welle, deren Korrespondenten live aus Moskau, Leningrad und anderen Städten der Sowjetunion berichteten, eine sehr grosse Rolle.

Am 19. August mittags erliess Jelzin ein Dekret, das die Tätigkeit des Komitees für verfassungswidrig und seine Beschlüsse auf dem Territorium Russlands für nichtig erklärte. Unmittelbar danach erschien das Dekret, das alle Funktionen der Exekutivmacht auf diesem Territorium von den Unionsorganen auf russische Organe übertrug.

Die Versammlung der Moskauer Geschäftskreise forderte die Soldaten und Offiziere der Armee, des KGB und des Ministeriums für innere Angelegenheiten dazu auf, nicht die Waffen gegen das Volk zu erheben, und um 17 Uhr schloss sich der Präsident dem Aufruf an. Anschliessend wurde mit dem Vizepremier Lobow an der Spitze eine doppelte Führung gebildet, welche nach Swerdlowsk (heute Jekaterinburg) flog. Nicht weit von der Stadt lag ein Sonderbunker, von welchem die Kommunikation mit allen Teilen Russlands gewährleistet war.

Zum wichtigsten Ereignis des Tages wurde die unerwartete Übertragung (ein Zensurfehler der abendlichen Fernsehnachrichten) von Jelzins Auftritt an der Kundgebung vor dem Gebäude des Obersten Sowjets (dem "Weissen Haus"). Der russische Präsident rief, auf einem Panzer stehend, die Moskauer dazu auf, das "ausserordentliche Komitee" nicht anzuerkennen, seine Beschlüsse nicht auszuführen und das Weisse Haus zu verteidigen.

Diese Übertragung hatte für die Bevölkerung der Hauptstadt und des ganzen Landes eine enorme moralische Bedeutung, sie sahen, dass der Präsident am Leben war und den Widerstand anführte. Gegen Abend versammelten sich etwa vierzigtausend Menschen vor dem Weissen Haus, entschlossen, den Präsidenten zu verteidigen, und begannen, Barrikaden um das Gebäude zu errichten. Noch am selben Abend gelangten sie in den Besitz eines Teils der Panzer und anderer Kriegsmaschinen. Gegen 18 Uhr marschierte eine Kolonne von Jugendlichen über die zentrale Moskauer Strasse und rief im Sprechchor *"Der Faschismus kommt nicht durch! Nieder mit der Junta!"*. Mit jeder Stunde wurde klarer, dass die Verfechter der Demokratie und der Reformen den Sieg über die stalinistische Reaktion davontragen würden. Noch vor Ende des Tages erklärte Jelzin die acht Mitglieder des ausserordentlichen Komitees für Gesetzesbrecher.

Besondere Kühnheit legte ein beträchtlicher Teil der Journalisten an den Tag. Trotz Publikationsverbot und der Androhung strenger Strafen schlossen sich die von den Putschisten geschlossenen Redaktionen zusammen und organisierten eine illegale Ausgabe der demokratischen "Allgemeinen Zeitung". Die Druckerei der "Izwestija" druckte die Dokumente der russischen

Regierung auf handbetriebenen Maschinen ab. Der kleine Rundfunksender "Echo von Moskau" hielt die Bevölkerung auf dem laufenden, ebenso eine Gruppe von Fernsehjournalisten, die mit Hilfe eines Beamten des Ministeriums für Telekommunikation das verbotene Programm "Blick" weiterführte. Auf die Bildschirme gelangte auch eine grossartige Kundgebung in Leningrad, wo es dem Bürgermeister A. Sobtschak gelungen war, den Befehlshaber der Armeetruppen des Leningrader Militärkreises, General Samsonow, dazu zu überreden, sich den Befehlen des Verteidigungsministers und des ausserordentlichen Komitees zu widersetzen.

In den frühen Morgenstunden des 20. Augusts besuchte eine Delegation aus dem Weissen Haus den Sprecher des sowjetischen Parlaments Lukjanow und überreichte ihm das Ultimatum, dass binnen 24 Stunden ein Treffen mit Gorbatschow zu organisieren sei. Gleichzeitig rief der damalige US-Präsident George Bush Jelzin an und sicherte ihm die Unterstützung der "Grossen Sieben" zu. In der zweiten Hälfte des Tages teilte der englische Premierminister John Major telefonisch mit, dass sein Land die Regierung der Putschisten nicht akzeptieren würde. Helmut Kohl und François Mitterrand schlossen sich ihren beiden Kollegen an. Anscheinend liess der Putsch und das mutige Verhalten Boris Jelzins die westlichen Führer den russischen Präsidenten, der in ihren Augen bisher nur Gorbatschows Nebenbuhler gewesen war, zum ersten Mal positiver beurteilen.

Am Nachmittag traten Jelzin und A. Jakowlew an der Kundgebung vor dem Weissen Haus auf. Jakowlew - einer der Hauptinitianten der Reformen, ein konsequenter und überzeugender Demokrat - schloss seine Rede mit den Worten "Nieder mit der Angst!" und "Alle auf in den Kampf gegen die Putschisten!".

Unterdessen verlangte der Generalstabschef General Moissew von der Armeeführung, sie sollte dafür sorgen, dass die Truppen (die schon tags zuvor mittels eines chiffrierten Telegramms von Verteidigungsminister Jasow in Kampfbereitschaft versetzt worden waren) das "ausserordentliche Komitee" akzeptierten. In die von den Putschisten nicht geschlossenen Redaktionen wurden KGB-Offiziere entsandt, "um Hilfe bei der Arbeit zu leisten". Lukjanow verschob die von vielen Abgeordneten unverzüglich verlangte ausserordentliche Sitzung des sowjetischen Parlaments auf den 26. August. Die Absicht dieses ehemaligen Busenfreunds Gorbatschows war ganz einfach: Gegen den 26. August würden die Putschisten ihre Position gefestigt haben,

und den Deputierten würde nichts anderes übrigbleiben, als den Staatsstreich zu legitimieren.

Bemerkenswert sind die Versuche einiger Regierungsstellen in diesen Tagen, die alten Strukturen wiedereinzuführen. Am 19. August diskutierte das Kollegium des Ministeriums für Aussenhandel die Möglichkeit, zur Lizenzierung sämtlicher Exporte zurückzukehren. Am 20. August schickte der Vorsitzende der Staatsbank der UdSSR Geraschtschenko ein Telegramm an alle zentralen und republikanischen Banken mit der Forderung, den Beschlüssen des ausserordentlichen Komitees Folge zu leisten. Aussenminister Bessmertnych, der sich an den Sitzungen des ausserordentlichen Komitees beteiligte, forderte alle sowjetischen Botschafter dazu auf, ihre Loyalität zu den Putschisten zu bezeugen, ebenso wie die KPdSU-Führung ihre regionalen Parteiorganisationen. Der Polizeikommandant von Moskau liess Blanko-Haftbefehle drucken, auf denen man nur den Namen eines Putschistengegners einzusetzen brauchte, damit sein Schicksal besiegelt wäre.

Zuletzt entschlossen sich die Putschisten trotz ihrer enormen Kräfte gegen den Angriff auf den Sitz der Russischen Regierung und des Moskauer Sowjets. Der erste Tag war verstrichen, als sich unter den Verschwörern Katerstimmung zu verbreiten begann. Der Stabschef der Luftlandetruppen, General Podkolzin, erklärte, dass seine Truppen sich nicht in die Angelegenheit einmischen würden und nur den Schutz der sowjetischen Staatsbank und anderer Schatzsammlungen übernehmen würden. Diese Erklärung bezeugt, dass die Elite der Armee ihren Minister bereits verlassen hatte.

Von der ersten Stunde an waren die Deputierten des russischen Parlaments vor die Soldaten und Offiziere in den Kasernen und den sich auf Moskau zubewegenden Kolonnen getreten, um ihnen die Sachlage zu erklären. Diese Arbeit hatte Früchte getragen. Schewardnadse erzählt in seinem Buch "Meine Wahl", dass die Soldaten ihn und seine Begleiter durchliessen, als sie zum Sitz der russischen Regierung fuhren. "Ein junger Bursche in Uniform umarmte mich und sagte unter Tränen: 'Wir werden sie beschützen!' Ein Oberst rief mir nach: 'Sagen Sie Jelzin, wir lassen den Ansturm nicht zu!'"<sup>27</sup> General Lebed, der die Luftlandetruppen vor dem Weissen Haus befehligte, liess seine Soldaten am 20. August zurückziehen.

An der Kundgebung vor dem Weissen Haus rief Jelzin die Bevölkerung zum "zivilen Ungehorsam" dem ausserordentlichen Komitee gegenüber auf. Die

---

<sup>27</sup> E. Schewardnadze, *Moy wibor*, Moskau 1991, S. 346.

All-Unionskonferenz der Gewerkschaften verlangte das Auftreten Gorbatschows am Fernsehen. Jelzin-Berater Sergej Stankewitsch erklärte am Nachmittag, der sowjetische Präsident sei gesund, werde aber in seiner Datscha in Foros festgehalten. Am Abend kamen drei junge Leute ums Leben, als sie versuchten, den Vormarsch der Truppen aufzuhalten. In der Nacht wurde eine vorsichtige Erklärung des Patriarchen der russischen orthodoxen Kirche, Alexij II., veröffentlicht, der dazu aufrief, die Waffen gegen das unbewaffnete Volk nicht zu erheben. Später verlangte auch er, dass Gorbatschow die Möglichkeit gegeben werde, vor der Öffentlichkeit aufzutreten.

Am 21. August um zehn Uhr vormittags wurde die ausserordentliche Sitzung des Obersten Sowjets Russlands eröffnet. Der Sowjet nahm den Beschluss über die Verhaftung der Staatsverbrecher an. KGB-Chef Krjutschkow bot Jelzin an, zu einem Treffen mit Gorbatschow in die Krim zu fliegen. Das Parlament hingegen fasste den Beschluss, Vizepräsident A. Ruzkoj und Premierminister Silajew hinzuschicken. Um diese Zeit wurde auch die Stellung der Republiken deutlich: Die Ukraine, Moldawien, Kasachstan und die kaukasischen Republiken unterstützten die Regierung Russlands und Gorbatschow, die Führer der zentralasiatischen Republiken unterstützten das ausserordentliche Komitee.

In der zweiten Tageshälfte flogen die Mitglieder dieses Komitees in die Krim, um Gorbatschow zu treffen. Fast gleichzeitig begaben sich Ruzkoj, Silajew und eine Gruppe von Abgeordneten des russischen Parlaments in Begleitung von 70 Offizieren dorthin. Der Präsident Kasachstans, N. Nasarbajew, rief Gorbatschow in Foros an und bat ihn, sich in keine Verhandlungen mit den Putschisten einzulassen. Es fand auch das erste Telefongespräch zwischen Gorbatschow und Jelzin statt; der sowjetische Präsident bedankte sich bei Jelzin und seinen Anhängern für deren Unterstützung.

Gegen Ende des dritten Putschtages kam die Brigade der Milizstreitkräfte vor dem Weissen Haus an und teilte unverzüglich ihren Übergang auf die Seite des russischen Präsidenten mit. Gorbatschow kehrte mit Ruzkoj, Silajew und einer Anzahl Offiziere nach Moskau zurück. In seinen ersten Erklärungen vor Presse und Fernsehen war Gorbatschow nicht sonderlich konsequent. Einerseits war er sich bewusst, dass sich in diesen drei Tagen alles geändert hatte und dass er in ein anderes Land zurückkehrte. Gleichzeitig aber wollte er das Volk wieder dazu überreden, die sozialistische Gesellschaft weiterzubauen, und sprach von neuen Perspektiven für die kommunistische

Partei. Doch nur zwei Tage später schrieb dieser hervorragende Spezialist im Lavierien einen Brief an seine Kollegen im Sekretariat des ZK der KPdSU mit dem Vorschlag, die Tätigkeit der führenden Parteiinstitute aufzugeben.

Im ganzen lässt sich über Gorbatschows Rolle in den Ereignissen vom 19.-21. August sagen, dass es zwar keine Beweise für seine Mittäterschaft an den Handlungen der Verschwörer gibt, dass aber seine politische und moralische Verantwortung für das Geschehene ausser Zweifel steht. Der Präsident wollte die Warnungen seiner Mitarbeiter und Ratgeber nicht hören und bezog zu wichtigen Fragen nicht eindeutig Stellung. Mit diesem Lavierien zeigte Gorbatschow seine innere Zugehörigkeit zu den Reformgegnern. Unter ihrem Einfluss trennte er sich leicht von seinen ehemaligen politischen Freunden aus dem progressiven Lager und beförderte mit einer fast alle Masse übersteigenden Hartnäckigkeit die konservativen Politiker zu höchsten Staatsposten. Bis zuletzt wollte er den Posten des Generalsekretärs der kommunistischen Partei nicht aufgeben, deren Spitze, die anderen Sekretäre des Zentralkomitees eingeschlossen, die eigentliche Antriebsfeder der Verschwörung war. Der Friedensnobelpreisträger Gorbatschow war verantwortlich für solche "Vorläufer" des Staatsstrechs wie die Misshandlungen und Morde an friedlichen Demonstranten in Tiflis im April 1989, die Gründung des "Komitees für nationale Rettung" in Wilna und Riga, die Anwendung von Militärgewalt in Litauen im Januar 1991 und den Einsatz von Panzern auf den Strassen Moskaus im März 1991.

Aber die historische Hauptschuld Gorbatschows liegt im Verschleppen der Perestrojka und in prinziplosen Kompromissen mit ihren Gegnern. In der wichtigsten Sphäre der Reformen, der Wirtschaft, kam das Land einige Jahre nicht vom Fleck. Gorbatschow selbst lebte offensichtlich noch in der Welt der Sozialutopie, welche von der gesamten leidvollen Geschichte der Sowjetunion, Chinas, Ostdeutschlands, Nordkoreas und anderer Länder widerlegt worden war. Sogar nach seiner Rückkehr aus der "Foroser Haft", als die Bekehrung der öffentlichen Meinung zur freien Marktwirtschaft bereits ganz offensichtlich war, fuhr er fort, von der "sozialistischen Wahl" zu reden.

In seiner Entwicklung vom Partitokraten zum bedeutenden Reformator hinkte Gorbatschow zusehends nach. Einer seiner verhängnisvollsten Fehler war seine Politik in Nationalfragen. Die baltischen Länder etwa kämpften lange Zeit nur um ihre wirtschaftliche Selbständigkeit und fassten erst, als

sie auf den Widerstand der Zentralmächte stiessen, den Entschluss, aus der Sowjetunion auszutreten.

Die innovative, zum Teil brillante Aussenpolitik Gorbatschows, welche die Grundlage für die neue Weltordnung geschaffen und die Angst vieler Staaten vor einer unberechenbaren und aggressiven Sowjetunion beseitigt und die Länder des ehemaligen Ostblocks von der sowjetischen Geissel befreit hat, konnte in den Augen der Sowjetbürger den wirtschaftlichen Stillstand, die Inflation, die leeren Regale der Warenhäuser und das Ausbleiben jeglicher klaren Zukunftsperspektive nicht ausgleichen. Pressefreiheit, die Generalamnestie für die politischen Häftlinge, die Abschaffung der "Irrenanstalten", fast freie Wahlen - diese schönen Anfänge der Perestroika-Zeit haben zweifelsohne das Antlitz des Landes verändert. Aber nur eine verhältnismässig dünne Schicht der Bevölkerung, in erster Linie die Intelligenzia, konnte die volle Bedeutung dieser Veränderungen ermessen, der Grossteil der Bevölkerung legte grösseren Wert auf die handgreiflichen Tatsachen des Lebens, und ausgerechnet damit war es gegen Ende der Gorbatschow-Ära schlecht bestellt.

### **3.2. Der Ausgang der Reformen**

Es ist offensichtlich, dass die Zukunft sowohl Russlands als auch aller anderen ehemaligen Sowjetstaaten in der ökonomischen Sphäre entschieden wird. Hier sind die wichtigsten Probleme des gesellschaftlichen Lebens zu suchen, Probleme des Eigentums und Probleme der Macht. Wie wir festgestellt haben, hat Gorbatschow gerade auf diesem Gebiet am wenigsten getan.

Zwei Faktoren kamen noch erschwerend hinzu: Die von der Regierung ergriffenen Massnahmen (wie die Auflösung der Staatlichen Planungskommission und anderer Zentralorganisationen) brachten den Unternehmen zwar neue Freiheit und Selbständigkeit, führten aber auch zum Abbruch der alten Beziehungen zwischen den Betrieben. Dieser Bruch wurde nach dem Zerfall der Sowjetunion noch weiter vertieft, dass viele Betriebe, Bergwerke, Kraftwerke usw. sich auf einmal ausserhalb der russischen Grenzen befanden.

Der zweite wichtige Faktor war der Umstand, dass ein beträchtlicher Teil solch wichtiger Industriezweige wie der Hüttenindustrie, des Maschinenbaus, der Elektronik und der chemischen Industrie zum mächtigen militärindustriellen Komplex gehörten. Im Maschinenbau zum Beispiel waren ungefähr 70% der ganzen Branche mit der Ausführung von Militäraufträgen

beschäftigt. 1989 bestand mehr als 64 % der Flugzeugproduktion in der Herstellung von Militärflugzeugen, 58 % der Schiffsproduktion entfielen auf Militäraufträge. Dabei soll daran erinnert werden, dass die militärindustriellen Betriebe ausrüstungsmässig die modernsten in der sowjetischen Industrie waren, dort arbeiteten die besten Gelehrten, Ingenieure, Techniker. Als Beispiel für die Qualität der sowjetischen Waffen kann man erwähnen, dass die Flugzeugbetriebe ein Flugzeug herstellten, das dem amerikanischen "unsichtbaren" B-1 ("*Stealth fighter*") entsprach. Erst 1993 ist bekannt geworden, dass die Militärindustrie Flugzeugmotoren herstellte, die Geschwindigkeiten von 4-5000 km/h ermöglichten. Die Zukunft dieses Industriezweigs, seine Umrüstung auf Zivilproduktion, wurde zu einem der wichtigsten Probleme der ökonomischen Entwicklung.

Die Achillesferse der sowjetischen Wirtschaft war ihr Währungssystem. In den siebziger und achtziger Jahren stagnierte das Produktionswachstum, die Volkswirtschaft hielt sich nur dank dem Export von Erdöl und Gas über Wasser, die Geldemission war höher als realen Anforderungen des Warenmarkts, bei der Bevölkerung sammelten sich Massen des unverwendbaren Geldes. Sobald irgendeine Ware erschien, bildeten sich lange Schlangen vor den Geschäften. Im Sommer 1991 waren auch diese Schlangen verschwunden, vor den leeren Regalen standen gähnende Verkäufer. In vielen Städten liessen sich Nahrungsmittel nur auf den Märkten kaufen. Das alles führte zur Entwertung des Rubels, und folglich lohnte es sich nicht, weiter zu verdienen und gute Arbeit zu leisten. Die Inflation erreichte Rekordhöhe.

Der bekannte Moskauer Wirtschaftsgelehrte O. Lazis schrieb Ende 1992, dass der Prozess der Ausschaltung des Geldsystems 1991 beendet war, es war gestorben. Weil normale ökonomische Beziehungen zwischen den Betrieben durch den Zerfall des Staates wegfielen, setzte sich überall der Tauschhandel durch. Das Fahrzeugwerk bot Autos im Austausch gegen Fleisch für seine Arbeiter an, andere Betriebe tauschten Stahl gegen Zement und Ziegelsteine, damit sie Häuser bauen konnten. Mit anderen Worten, die Wirtschaft kehrte ins Steinzeitalter zurück, als noch Beile gegen Felle getauscht wurden. Die Auslandsschulden betragen Ende 1992 mehr als 80 Milliarden Dollar, bei einer Goldreserve von etwas über 200 Tonnen.<sup>28</sup>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) verfügt über folgende Angaben, welche die sowjetische Wirtschaft im Jahre 1990 beschreiben: Das Nationaleinkom-

---

<sup>28</sup> Nesawissimaja Gaseta, 24.12.1992.

men verringerte sich um vier Prozent, die Arbeitsproduktivität um drei, das Volumen des Aussenhandels fast um sieben Prozent.<sup>29</sup> 1991 und 1992 beschleunigten sich alle diese Prozesse. Zu einer richtigen Plage für die russische Wirtschaft wurde die Inflation, die nebst der Senkung der Produktivität mehrere andere Gründe hatte. In dem Bemühen, eine Steigerung der Arbeitsproduktivität herbeizuführen, hob man die Beschränkungen für Lohn-erhöhungen auf. Die neuen, selbständigen Staaten forderten reguläre Lieferungen von grossen Mengen Papiergeld an. Viele Betriebe erwiesen sich als unvorbereitet auf die neuen Verhältnisse, sie hatten keine Mittel, um ihre Lieferanten zu bezahlen. Damit sie nicht konkurs gingen, war der Staat gezwungen, wieder zu Subventionen und anderen Mitteln der Rettung unrentabler Betriebe zu greifen. Das Parlament und die Regierung buhlten unterdessen um die Gunst der russischen Bürger und übertrafen sich gegenseitig im Fassen von Beschlüssen über diverse Begünstigungen, Erhöhung der Minimalrente und des Minimallohns. Das alles führte zur akuten Vergrösserung der Geldemission, zur Geldentwertung und zu einer katastrophalen Preissteigerung.

Die Ende 1991 an die Macht gekommene Regierung Je. Gaidars legte ihrer Wirtschaftspolitik die Idee einer Sanierung des monetären Systems, einer Verringerung der Staatsschulden und der inneren Rubelkonvertierung zugrunde. Der entscheidende Schritt im Versuch, die Marktmechanismen als Ausweg aus der Krise einzuschalten, war die Einführung von freien Preisen für fast alle Waren am 2. Januar 1992. Diese Massnahme brachte gewisse Resultate, Kaufhäuser und Märkte begannen sich mit Waren zu füllen, aber das Preisniveau machte sie für den grössten Teil der Bevölkerung unerschwinglich. Um eine soziale Krise zu vermeiden, begann die Regierung mit einer regelmässigen Indexierung der Löhne und Gehälter, was zu einer ständigen Vergrösserung der im Umlauf befindlichen Geldmenge führte.

Dabei erfüllten sich die Hoffnungen, dass die Freigabe der Preise die Entwicklung der Produktion stimulieren werde, nicht. Betriebsdirektoren begriffen schnell, dass sie, um höhere Gewinne zu erzielen, nicht unbedingt mehr produzieren oder die Qualität der Waren steigern mussten; es genügte, die Preise zu heben. Dazu kamen die hohen Steuern, mit denen die Behörden versuchten, ihre finanziellen Probleme zu lösen. Im Laufe des ganzen Jahres

---

<sup>29</sup> H. Bischof, Das Ende der Perestrojka-Systemkrise in Sowjet, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1991, S. 11.

1992 florierte nur ein Sektor der Wirtschaft, nämlich der der Vermittlungen und Spekulationen.

Eine weitere Massnahme, die von Gaidars Regierung ergriffen wurde, war die Privatisierung des Staatseigentums. Auf der niedrigsten Stufe - Kaufläden, Frisiersalons, Wäschereien, Kaffees, Restaurants - bedeutete dies, dass die Betriebe in die Hände der Mitarbeiter übergeben wurden. Manchmal erzielte dieses Vorgehen befriedigende Resultate, da die Mitarbeiter nunmehr ein Interesse daran hatten, dass ihr Unternehmen gut lief. Leider war die Anzahl der Detailhandels- und Dienstleistungsbetriebe immer ungenügend, so dass sie fast eine Monopolstellung genossen und keinem Konkurrenzdruck unterworfen waren. Daher verbesserte sich die Qualität der Waren und Dienstleistungen nicht wesentlich, und noch heute leidet die Bevölkerung unter der schlechten Infrastruktur und dem unverschämten Verhalten der (nun nicht mehr staatsangestellten) Ladeninhaber.

Aber von grösster Bedeutung für die Zukunft des Landes war die sogenannte "Grossprivatisierung". In den ersten Jahren der Perestroika hatten es nur radikale Wirtschaftswissenschaftler wie Larisa Pijaschewa und Boris Pinsker gewagt, über die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit der Privatisierung zu reden. Das gab dem bekannten deutschen Gelehrten auf dem Gebiet sowjetischer und russischer Finanzen und Wirtschaft, Axel Lebahn, Anlass zu bemerken: "Die Perestroika war auf wirtschaftlichem Gebiet nichts anderes als eine Flickschusterei am alten leninistischen Plansystem mit dem Ziel, einen Reformenkommunismus zu installieren. Notwendig ist eine entscheidende Nowostroika, die sich an den international gültigen Prinzipien der Weltwirtschaft ausrichtet"<sup>30</sup>

Allmählich aber erfasste die Idee der Privatisierung viele Ökonomen vor allem der jüngeren Generation. Seit Anfang der neunziger Jahre ging es schon nicht mehr darum, ob die Privatisierung notwendig sei, sondern um die Methoden zu ihrer Verwirklichung, darum, welche Industriezweige sie umfassen solle und wieviel Zeit man dazu benötigen werde. Der Jawlinski-Schatalin-Plan von 1990 sah eine Frist von fünfhundert Tagen vor, im Laufe derer 70 % der Industrie und bis 90 % des Bau-, Transport- und Dienstleistungssektors privatisiert würde. Das schien den Politikern aber zu kühn, ganz zu schweigen von der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokratie, für die die Frage des Eigentums zugleich eine Frage der Macht war. Zu ihrem

---

<sup>30</sup> Der Spiegel Nr. 40 (1991), S. 208.

Sprachrohr wurde der Ministerpräsident N. Ryschkow, der entschieden gegen die Reformierung der Wirtschaft auftrat und den Widerstand von Direktoren aus der Verteidigungsindustrie und anderer Grossbetriebe mobilisierte, unter deren Einfluss der wankelmütige Gorbatschow dem Jawlinski-Schatalin-Plan seine Unterstützung versagte.

Der neue Ministerpräsident Pawlow setzte die reformscheue Linie seines Vorgängers fort, was sich auch in der Agrarpolitik äusserte: Hier wagten es die Behörden (einschliesslich Gorbatschows) nicht, den längst notwendigen Beschluss über die Privatisierung des Grundeigentums zu fassen. Folglich entschlossen sich im ganzen Land nur einige zehntausend Bauern, aus ihren Kolchosen auszutreten und selbständig zu werden - mussten sie doch ihr neues Leben auf Grundstücken aufbauen, die sie gepachtet hatten und die ihnen vom örtlichen Sowjet jederzeit weggenommen werden konnten.

Nach Bildung der Gaidar-Regierung gegen Ende 1991 wurde unter Leitung des Vizepremiers A. Tschubais ein Privatisierungssystem entwickelt und eingeführt: Jeder Bürger Russlands, der vor dem 1. Januar 1992 geboren worden war, erhielt einen bis Ende 1993 befristeten Privatisierungsgutschein, der zum Bezug von Aktien jedes beliebigen Privatunternehmens bis zu einem Gesamtwert von zehntausend Rubel berechnete. Diese Massnahme stiess zunächst auf keine grosse Gegenliebe, doch muss sie mittlerweile als Erfolg gewertet werden. Anfang 1993 begannen sechstausend Grossbetriebe Aktien auszugeben, und in kürzester Zeit wurden zwölf Millionen Menschen Aktionäre. Präsident Jelzin verabschiedete einen Sondererlass, welcher jedes Privatunternehmen dazu verpflichtete, 29 % seiner Aktien gegen Gutscheine zu verkaufen. In der "Nesawissimaja Gaseta" vom 9.12.1992 teilt Vizepremier Tschubais mit, dass die Privatisierung von dreissigtausend Kleinbetrieben dem russischen Staat sechzig Milliarden Rubel eingebracht hat.

Im Dezember 1992 wurde der erste bescheidene, aber prinzipielle Schritt auf dem Gebiet des Grundstücksrechts getan - die Einführung eines Gesetzes, das den Kauf und Verkauf kleiner Grundstücke, die für die Selbstversorgung, Gärtnereien und den Bau von Eigenhäusern bestimmt sind, legalisierte.

Die Schwierigkeit, Mittel für die Durchführung der Reformen, für die Modernisierung der Wirtschaft und die Lösung der sozialen Probleme aufzutreiben, war mit der Knappheit der Valutareerven und der rückständigen Struktur des Aussenhandels verbunden. Russland blieb ein Land, das Brenn- und

Rohstoffe ausführt. Seine Fertigprodukte können nicht mit westlichen Produkten konkurrieren.

In diesem Zusammenhang erscheint es notwendig, noch einmal zur Frage der Konversion der Militärproduktion zurückzukehren. Die Aufhebung der Ost-West-Spannungen gegen Ende der achtziger Jahre führte zu einer Kürzung des Militärbudgets und zum Rückgang der staatlichen Aufträge. Die Militärbetriebe wurden aufgefordert, zivile Güter zu produzieren. Öfters handelte man dabei überhastet und unüberlegt. Folglich begann man in einigen modernen Werken, welche über erfahrene Ingenieure, Techniker und Arbeiter und zum Teil über eigene wissenschaftliche Zentren verfügten, primitive Haushaltsartikel zu produzieren. Ein Teil der hochqualifizierten Spezialisten wechselte in andere Wirtschaftssektoren hinüber, nicht selten in den Dienstleistungssektor. In den letzten Jahren zeichnet sich jedoch ein Aufschwung ab, bedingt durch den Waffenhandel mit anderen Ländern. Anlässlich eines Besuchs bei einer Schiffswerft 1992 teilte Jelzin das Vorhaben der Regierung mit, die Herstellung von Unterseebooten weiter voranzutreiben. Nach Meinung der russischen Führer muss der Waffenabsatz zur wichtigsten Quelle harter Währung werden.

Die Durchführung der Reformen stiess auf mehrere sowohl rein wirtschaftliche als auch politische Schwierigkeiten. Die Modernisierung der Industrie und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt setzten unvermeidlich das "Auswaschen" veralteter, rückständiger Betriebe voraus, woran sich aber keine Regierung wagte, aus Angst vor der resultierenden Arbeitslosigkeit und einem Anwachsen der sozialen Spannungen. Stattdessen liessen die Behörden immer mehr Gelder in diese Betriebe fliessen, um sie vor dem Bankrott zu retten.

Zweifelsohne könnte die ausländische Finanzhilfe in der russischen Reformpolitik eine bedeutende Rolle spielen, doch bisher bewegt sie sich in bescheidenem Rahmen. Das Gesamtvolumen des ausländischen Kapitals, das in die russische Wirtschaft investiert worden ist, übersteigt 5 Milliarden Dollar nicht und betrifft hauptsächlich den Handels- und Dienstleistungssektor.<sup>81</sup> Die effektive Hilfe ist eher nicht auf Niveau des Staates, sondern in Form von Privatinvestitionen in die wichtigsten Industriebranchen geleistet worden. Diese Investitionen werden von zwei Faktoren erschwert: dem Verzicht der Regierungen und Zentralbanken anderer Länder, Privatinvestitio-

---

<sup>81</sup> Argumenti j Fakti (Argumente und Fakten), Moskau 1992, S. 49f.

nen in Russland zu garantieren, und dem Ausbleiben einer definitiven Gesetzgebung in Russland, welche die freie Ausfuhr der Profite, günstige Besteuerung usw. sicherstellen würde. Hier ist zu unterstreichen, dass die in den letzten 2/3 Jahren von nationalistischen, pseudopatriotischen Kreisen betriebene Propaganda vom "Ausverkauf" Russlands die längst fällige Lösung dieser Probleme und den Zufluss ausländischer Valuta ernsthaft behindert.

Die Gefahr eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit als Folge der Reformen, der Schliessung unrentabler Betriebe, des Verzichts auf umweltschädliche Projekte (wie die Umleitung der zum Polarmeer fliessenden sibirischen Flüsse nach Süden oder ein schlecht durchdachtes Meliorationsprogramm) besteht, obwohl die Zunahme der Arbeitslosenzahl bei weitem nicht so rapide vor sich gegangen ist wie die Panikmache der Reformer selbst, geschweige denn ihrer Gegner, hatte befürchten lassen. Und doch ist es ein reales und für Russland neues Problem, dessen Lösung beträchtliche Ausgaben bedingen wird.

Der Kampf der Reformanhänger und Reformgegner, die sich um das Parlament herum gruppieren, führte im Dezember 1992 zur Absetzung des begabten Reformers Gaidar und zur Wahl des namhaften Ökonomen W. Tschernomyrdins auf den Posten des Premierministers. Der neue Regierungschef handelte sehr vorsichtig, offensichtlich darum bemüht, einen mittleren Kurs zwischen den zwei politischen Polen Russlands - dem konservativen Parlament und den jelzinfreundlichen Reformern - zu steuern. Die Ernennung einiger für ihre konservativen Ansichten bekannten Wirtschaftswissenschaftler auf Schlüsselpositionen in der Regierung verleitete einige Demokraten zum Aufruf, in die Opposition zu gehen. Dazu kam es aber nicht, weil die wichtigste Richtung der Reformen, welche mit der Privatisierung zusammenhängt, auch mit Tschernomyrdin beibehalten wurde.

### **3.3. Der Zerfall der Sowjetunion**

Nach seiner Rückkehr aus der Foroser Gefangenschaft entledigte sich Gorbatschow seiner Pflichten als Generalsekretär der KPdSU und widmete seine ganze Macht als Präsident der Aufrechterhaltung der Sowjetunion. Diese Aufgabe war inzwischen sehr schwierig geworden. Die Putschisten, welche das Land zum totalitären Regime zurückzuführen versucht hatten, hatten stattdessen einen mächtigen Impuls zu dessen Zerfall gegeben.

Die Nationalrepubliken, aufgeschreckt durch den Versuch, ein rigides, chauvinistisches Regime aufzustellen, beeilten sich, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Die Nationalbewegungen in der Ukraine, in Weissrussland, in den kaukasischen Republiken, in Kasachstan und in den baltischen Republiken wollten sich mit der einfachen Erweiterung ihrer Rechte im Rahmen der "erneuerten Sowjetunion" nicht zufriedengeben. Für ihre kommunistischen Führer wurde mit jedem Tag klarer, dass sie sich nur unter einer Bedingung an der Macht würden halten können - nämlich wenn sie die Bewegung zur Trennung von Russland anführten.

Anstatt der für die zweite Dezemberhälfte vorgesehenen Unterzeichnung des neuen Unionsvertrages fand in Beloweschskaja Puschtscha ein Treffen zwischen den Präsidenten dreier Republiken, Russlands, der Ukraine und Weissrusslands, statt. Heraus kam dabei der Vertrag über die Gemeinschaft unabhängiger Staaten, der GUS. Fraglich ist, ob die Führer der drei - slawischen - Republiken richtig gehandelt haben, indem sie als Grundlage für den neuen Staatenbund das ethnische Prinzip gewählt haben.

Mit der Zeit traten auch andere sowjetische Staaten der Gemeinschaft bei, allen voran Kasachstan, Armenien und Georgien. Estland, Lettland und Litauen distanzieren sich von diesen Plänen und zogen es vor, sich weiterhin in Richtung Selbständigkeit zu bewegen. Die GUS schuf ein militärisches Oberkommando mit Luftwaffengeneral Je. Schaposchnikow an der Spitze. In seinen Händen lag bis Sommer 1993 auch die Kontrolle über die strategischen Nuklearwaffen (insbesondere über den berühmten "Nuklearkoffer").

Von den fünfzehn Unionsrepubliken<sup>32</sup> trennten sich die drei baltischen Staaten unmittelbar nach dem Putschversuch im August 1991 von der Sowjetunion; die übrigen vereinigten sich entweder zur GUS (Russland, die Ukraine, Weissrussland, Kasachstan, Armenien, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgistan) oder hielten sich davon fern (Georgien, Aser-

---

<sup>32</sup> Nämlich Russland (Einwohnerzahl 150 Mio., Gesamtfläche 17 Mio. km<sup>2</sup>), die Ukraine (52 Mio., 603'700 km<sup>2</sup>), Weissrussland (10,3 Mio., 207'600 km<sup>2</sup>), Georgien (5,6 Mio., ca.70'000 km<sup>2</sup>), Armenien (3,4 Mio., ca.30'000 km<sup>2</sup>), Aserbaidschan (7,2 Mio., 86'600 km<sup>2</sup>), Moldawien (4,5 Mio., 33'700 km<sup>2</sup>), Turkmenistan (3,7 Mio., 488'100 km<sup>2</sup>), Usbekistan (20,6 Mio., 447'000 km<sup>2</sup>), Nadschikistan (5,4 Mio., 143'100 km<sup>2</sup>), Kirgisien (4,5 Mio., 198'500 km<sup>2</sup>), Kasachstan (17 Mio., 2,7 Mio km<sup>2</sup>), Estland (1,6 Mio., 45'100 km<sup>2</sup>), Lettland (2,7 Mio., 63'700 km<sup>2</sup>) und Litauen (3,7 Mio., 65'200 km<sup>2</sup>). Detaillierte Informationen über die ehemaligen Unionsrepubliken (ausser den drei baltischen) sind dem Spiegel-Sonderheft "Das Spiegel-Dokument. Die Sowjetrepubliken" (Okt. 1991) und dem Fischer-Weltalmanach 1991, S.555ff zu entnehmen.

baidtschan, Moldawien). In der ersten Periode nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Politik der Nachfolgestaaten des russischen Reiches vom Bestreben geprägt, ihre Eigenstaatlichkeit durchzusetzen und bekannt zu machen. Nationalistisch gestimmte Gruppen und Politiker drängten auf deutliche Distanz zu Russland, sie weigerten sich, russisch zu sprechen, und übten Druck auf die örtlichen Behörden aus, damit sie die Grenzen dicht machten, strengste Zollkontrollen und nationale Währungen einführten usw. Eine gewisse Ausnahme stellte Kasachstan mit seinem Präsidenten, dem erfahrenen und umsichtigen Politiker N. Nasarbajew, dar, der für die Entwicklung in Richtung Wiederaufbau des "einheitlichen Wirtschaftsraums", die Erhaltung des Rubels als gemeinsamer Währung der GUS-Staaten und eine Integrationspolitik auf verschiedenen Gebieten bei allgemeiner Wahrung der politischen Souveränität plädierte. Diese Aufforderung wurde aber lange überhört; erst der drohende Wirtschaftskollaps in einer Reihe von Republiken konnte ab Sommer 1993 die Situation etwas ändern, es zeigten sich deutliche Symptome einer Einverleibung der integrationistischen Vorstellungen bei den Führungen und einem wesentlichen Teil der Bevölkerung in den unabhängigen Staaten.

Was ihre innere Entwicklung betrifft, so fällt auf, dass in den meisten Staaten die kommunistischen Spitzenfunktionäre der Breschnew-Ära an die Macht gelangten. In keiner dieser Republiken (mit Ausnahme von Armenien und Weissrussland) konnten Demokraten und Liberale, die in der Vergangenheit keine Karriere als Parteifunktionäre oder Staatsbeamte gemacht hatten, die erste Garnitur der Politiker stellen. Dort, wo sie es versuchten - wie Gamsachurdia in Georgien und Eltschibei in Aserbaidtschan -, war ihre Regierung von Unzulänglichkeit, mangelndem Können und der Unfähigkeit, praktische Arbeit zu leisten und eine "Riege" zusammenzuscharen, geprägt und endete mit einem Fiasko. Das Ergebnis war das Comeback der Politiker aus den Reihen der ehemaligen Spitzenfunktionäre der Partei.

Die brisantesten Beispiele sind die Wahl Schewardnadses und G. Alijews auf den Posten der Staatsoberhäupter Georgiens und Aserbaidtschans. Die beiden waren in der Vergangenheit Vorsitzende des KGB und Erste Sekretäre der kommunistischen Parteien ihrer Republiken gewesen. Zwar war der erste von ihnen einer der aktivsten Befürworter der von Gorbatschow in Gang gesetzten Perestroika und spielte eine vorrangige Rolle beim Aufbau der neuen Aussenpolitik der Sowjetunion. Die kommunistische Vergangenheit holte aber auch diesen begabten Staatsmann ein; seine Neigung, komplexe Fragen mittels Gewaltanwendung zu lösen, blieb nach wie vor dominant.

Bereits wenige Monate nach seinem Machtantritt im März 1992 setzte Schewardnadse georgische Truppen gegen Abchasien ein, das sich um Beziehungen zu Georgien bemühte, die auf föderativer Grundlage beruhen sollten. Damit hat er einen blutigen und aussichtslosen Krieg entfesselt.

Es ist hier nicht der Ort, die Situation in jeder einzelnen Republik ausführlich darzulegen. Es sei hier nur auf eine Reihe von Problemen eingegangen, die die Entwicklungen in vielen jungen Staaten prägen. Das Hauptproblem ist, normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander herzustellen. Dies ist nicht leicht zu verwirklichen. Erstens sind die jungen unabhängigen Staaten geneigt, das neue Russland und seine demokratische Regierung für die Vergehen und Verbrechen aller alten Regimes seit 1918 verantwortlich zu machen. Zweitens hat der Zusammenbruch des Sowjetreichs im Dezember 1991 eine Reihe neuer Probleme ausgelöst, die ernstzunehmende Reibungen in den Beziehungen zwischen den Republiken verursachen. Es bestehen territoriale Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine, zwischen Estland und Russland, zwischen Litauen und Weissrussland usw.

Besonders schwerwiegend sind die Misshelligkeiten zwischen der Ukraine und Russland. Zum Zankapfel ist insbesondere die Halbinsel Krim geworden. Sie wurde 1783 unter Katharina II. von russischen Truppen erobert. In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts wurde die Autonome Republik Krim als Bestandteil der Russischen Föderation gegründet. Bereits unter Katharina II. wurde auf der Krim die Stadt Sewastopol angelegt, die zum entscheidendsten Stützpunkt der Schwarzmeerflotte Russlands geworden ist. Die Verteidigung dieser Festungsstadt gegen die vereinten Kräfte Englands, Frankreichs und der Türkei während des Krimkriegs ist eine der heroischen Seiten in der Geschichte Russlands. Genauso hartnäckigen Widerstand leistete diese Stadt gegen die Deutschen Invasoren 1942/43. Nach dem Krieg wurde Sewastopol wieder zum Hauptstützpunkt der sowjetischen Seekriegsflotte. Die tatarische Bevölkerung wurde pauschal der Kollaboration bezichtigt und 1949 nach Zentralasien zwangsübersiedelt. 1954 beschenkte N. Chruschtschow die "jüngere Schwester" Ukraine zum 300. Jubiläum ihrer Vereinigung mit Russland königlich: Auf seinen Vorschlag hin trat das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR die Krim an die Ukraine ab. Damals sah man darin keinen Anlass zur Besorgnis, weil die Sowjetunion in der Tat kein Bundes-, sondern ein Einheitsstaat war, der zentral regiert wurde und keine inneren Grenzen und Zölle kannte. Im Dezember 1991 änderte sich diese Situation radikal. Die Krim wurde zum Bestandteil der Ukraine, für Russland also zum Ausland. Fast gleichzeitig begannen unter

der russischen Bevölkerung die Aktivitäten für die Rückgabe dieses Territoriums an Russland. Auch vielen Abgeordneten war diese Idee nicht fremd. Der Oberste Sowjet traute sich nicht, die Rückgabe der Krim direkt zu fordern, und diskutierte die Frage der Legitimität des Abtritts der Krim an die Ukraine; dann legte er die These vor, dass der Beschluss von 1954 den Status Sewastopols als Stützpunkt der Seekriegsflotte nicht berühre. Das alles trübte die russisch-ukrainischen Beziehungen.

Die andere Seite des Problems ist das Schicksal der Schwarzmeerflotte. Im Frühjahr 1993 beschlossen die Präsidenten beider Staaten, Jelzin und L. Krawtschuk, die Flotte in zwei gleiche Teile zu teilen. Das löste heftige Proteste in der Flotte aus, weil sie als einheitliches Ganzes geschaffen worden war und eine Teilung ihre Kampfkraft wesentlich geschwächt hätte. Die schwerwiegendste Konfliktfrage zwischen beiden Ländern ist wohl die Frage des atomwaffenfreien Status der Ukraine. Obwohl Kiew diesen Status mehrmals verkündete, bleibt eine grosse Zahl von Raketen mit Atomsprenköpfen auch heute in der Ukraine stationiert. Die ukrainische Führung erklärt sich nicht bereit, auf die Atomraketen zu verzichten, solange Russland territoriale Ansprüche gegenüber der Ukraine erhebt.

Die Beziehungen zu Russland sind zu einem allgemeinen Problem aller ehemaligen Sowjetrepubliken geworden. Viele Politiker schmeicheln sich bei einem Teil ihrer Bevölkerung ein, der nationalistisch gestimmt ist, und schüren Feindseligkeiten gegenüber Russland. Sie verlangen eine Vergütung für vom Aufenthalt sowjetischer Truppen in ihren Ländern herrührende Umweltschäden. Litauen etwa hat im Sommer 1993 von Russland eine Entschädigung von 146 Milliarden US-Dollar gefordert; diese Summe übertrifft das Bruttosozialprodukt Litauens um ein Vielfaches, und ihre Auszahlung steht für Russland natürlich nicht zur Diskussion. Im allgemeinen ist in fast jeder neuen Republik eine besorgniserregende Zunahme an Nationalismus und Russenfeindlichkeit festzustellen. Nur die offensichtliche Abhängigkeit vom russischen Erdöl und -gas machte es möglich, die nationalistischen Auswüchse in der Ukraine und in anderen Republiken etwas einzudämmen.

Wie Russland stehen auch die neuen Staaten vor der Frage der politischen und wirtschaftlichen Reformen. Dabei bleiben sie jedoch weit hinter Russland zurück. In den zentralasiatischen Republiken war der Partei- und Staatsapparat gezwungen, in den ersten Jahren der Perestroika gewisse Zugeständnisse an die öffentliche Meinung auf dem Gebiet der Menschen-

rechte, der Pressefreiheit u.a. zu machen. Sowie sich aber die Nomenklatura in den neunziger Jahren vom ersten Schreck erholt hatte, führte sie eine entschlossene Offensive gegen Andersdenkende durch. Die Opposition wurde brutal verfolgt, ihre Führer wurden verhaftet bzw. zur Auswanderung gezwungen. Die führenden Persönlichkeiten der zentralasiatischen Republiken bemühen sich um Aufrechterhaltung der strikten Zentralisierung und um die staatliche Verwaltung der Wirtschaft.

In der Ukraine konnte sich die energische und öfters aggressive Opposition (vorwiegend nationalistischer Prägung) durchsetzen, anders als die Wirtschaftsreformen. 1993 kam es zu einem gewissen Umschwung in dieser Frage, aber die nun angefangene beschleunigte Privatisierung ist schlecht vorbereitet und wird so durchgeführt, dass es hauptsächlich Beamte und Betriebsdirektoren sind, die davon profitieren. Allen ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR würde eine Vereinbarung über die Erhaltung des einheitlichen Wirtschaftsraumes und der Rubelzone sehr nutzen. Dies wäre ein grosser Beitrag zur Erhaltung und Wiederherstellung der Bande zwischen den nationalen Wirtschaften. Leider wurden die Bedürfnisse der Wirtschaft öfters den politischen Faktoren untergeordnet. Erst seit Sommer 1993 ist das Bestreben um den Aufbau eines wirtschaftlichen Bundes ehemaliger Sowjetrepubliken deutlich geworden. Das war das Ergebnis der in diesen zwei Jahren gesammelten negativen Erfahrungen mit Versuchen, eigene vollwertige nationale Währungen zu schaffen, sich von den Nachbarn durch Zollbarrieren abzugrenzen usw.

Vielen nationalen Konflikten liegt das Problem der Stalinschen Grenzziehungen bzw. der erbarmungslosen Ausweisung ganzer Völker während des Zweiten Weltkriegs zugrunde.<sup>33</sup> Es fällt heute schwer zu erklären, warum die von Russen bewohnten Gebiete des Südurals und Westsibiriens 1936 Kasachstan eingegliedert wurden. Ebenso schwer ist die Frage zu beantworten, warum das zu vier Fünfteln von armenischen Christen besiedelte Nagorni-Karabach Anfang der zwanziger Jahre dem muslimischen Aserbaid-

---

<sup>33</sup> Der Autor hat in den siebziger Jahren mit K. Ponomarenko zusammengearbeitet, dem ehemaligen Ersten Sekretär der KP Weissrusslands. Dieser erinnerte sich daran, dass sich Stalin 1936 persönlich in einen Streit zwischen Weissrussland und der Ukraine um die südlichen weissrussischen Gebiete einmischte. Er zitierte den damaligen Führer der ukrainischen Kommunisten N. Chruschtschow und K. Ponomarenko zu sich, löste ihren Streit in wenigen Minuten zugunsten Weissrusslands und liess die beiden regionalen Führer als Todfeinde scheiden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Aufrechterhaltung dieser Feindschaft eines der Ziele Stalins bei der "Lösung" dieses nationalen Problems war.

schan übergeben wurde. (A. Solschenitzyn erklärt diese Tatsache in seiner Schrift "Wie wir Russland einrichten können" mit der damaligen Freundschaft zwischen Sowjetrussland und der muslimischen Türkei.) Und noch schwerer ist vielleicht zu erklären, wieso die Bewohner des südlichen Teils Ossetiens Georgien, die des nördlichen Teils aber Russland eingegliedert wurden. Dank der vernünftigen und ausgewogenen Politik Nasarbajews gab es in Kasachstan bis jetzt keine ernsthaften von der Nationalitätenfrage herrührenden Konflikte.

Anders in Nagorni-Karabach. Die Perestroika und die damit verbundene Lockerung des repressiven Regimes stimulierten das ganze politische Leben, sie drängten aber zugleich jene Probleme an die Oberfläche, die bisher von der allmächtigen Hand des Zentrums unterdrückt worden waren. Unter den Armeniern in Nagorni-Karabach und in Armenien selbst entwickelte sich 1987/88 eine Bewegung, die sich für wahre Autonomie und anschliessend auch für die Unabhängigkeit von Nagorni-Karabach einsetzte. Das stiess auf schroffe Ablehnung in Aserbaidschan und gab den Anstoss für ein blutiges Pogrom gegen die armenische Bevölkerung Sumgait. Moskau unternahm keine Schlichtungsversuche. Gorbatschow, der den "Dominoeffekt" in dem krankenden sowjetischen multinationalen Haus befürchtete, wandte und drehte sich; bald machte er den Delegationen Armeniens und Karabachs Versprechungen, bald hielt er offensichtlich zu den Aserbaidschanern. Der Konflikt nahm inzwischen überhand und artete allmählich (besonders nach dem Zerfall der UdSSR) in einen richtigen Krieg zwischen Armenien, Nagorni-Karabach und Aserbaidschan aus. Die Versuche der russischen Führung, aber auch der KSZE und der Uno, ein Einstellen des Blutvergießens und einen Übergang zu diplomatischen Methoden der Konfliktlösung durchzusetzen, waren bis Sommer 1993 ergebnislos.

Der Versuch der Georgen und Abchasen, ihren Konflikt mit Waffengewalt zu lösen, wurde schon oben erwähnt. Nach einem Jahr beharrlicher Kämpfe, der Besetzung der Hauptstadt Abchasiens, Suchumi, durch georgische Truppen und der Zerstörung mehrerer Städte und Dörfer dieser vor kurzem noch blühenden autonomen Republik haben die Abchasen im September 1993 die georgischen Truppen zum vollständigen Rückzug gezwungen.

Zum Herd eines bewaffneten Konflikts ist auch der östliche Teil Moldawiens geworden, der überwiegend von Russen bewohnt wird. Die Diskriminierungspolitik der moldawischen Regierung gegenüber den Nichtmoldawiern und die reale Gefahr eines Anschlusses dieser Republik an Rumänien trie-

ben die russische und ukrainische Bevölkerung dazu, ihre Unabhängigkeit zu erklären. Nach mehreren bewaffneten Zusammenstößen mit der moldawischen Miliz und den bewaffneten Truppen moldawischer Jugend trat hier eine gewisse Beruhigung ein. Es ist aber durchaus möglich, dass der Frieden nur der Präsenz der russischen Truppen (14. Armee) in Ostmoldawien zu verdanken ist und nach deren geplantem Rückzug der Konflikt mit neuer Kraft ausbrechen wird.

In Zentralasien ist Tadschikistan zum Mittelpunkt einer sehr gefährlichen politischen Krise geworden. Nach monatelangen Zusammenstößen in der Hauptstadt und Provinz ist im Herbst 1992 die ehemalige Partei- und Staatsnomenklatura an die Macht gekommen. Sowohl die demokratische als auch die islamisch-fundamentalistische Opposition werden gnadenlos bekämpft. Tausende Tadschiken aus dem Gebiet Berg-Badachschan mussten sich durch Flucht hauptsächlich nach Afghanistan retten. Die bewaffneten jungen tadschikischen Flüchtlinge werden da von Mudschaheddin - den ehemaligen Gegnern der sowjetischen Truppen und der kommunistischen Regierung in Kabul - begrüßt und unterstützt. Die bewaffnete Opposition hat begonnen, regelmässig auf tadschikisches Territorium einzudringen und die Grenzposten zu überfallen, die nach wie vor in der Hand russischer Truppen sind. Im Juli 1993 sind einige Dutzend russischer Grenzposten einem solchen Überfall zum Opfer gefallen.

Die Regierung Russlands bemüht sich um die Schlichtung des um sich greifenden Konflikts, sie versucht, die tadschikische Regierung zu Verhandlungen mit der Opposition zu bewegen, bis Sommer 1993 blieb dies aber ergebnislos. Diese Ereignisse, in die allmählich auch die Nachbarländer verwickelt werden, sind offensichtlich sehr wichtig für Tadschikistan, die Nachbarstaaten und Russland, das auf Bitten der tadschikischen Behörden die Grenzen dieser Republik schützt. In der russischen Gesellschaft ist der Meinungsstreit um die Frage der Rolle Russlands in diesem Konflikt aktuell. Das Trauma des misslungenen afghanischen Kriegs und der Druck seitens gesellschaftlicher Organisationen wie dem "Bund der Soldatenmütter" bilden den Nährboden für eine Haltung zugunsten der Nichteinmischung in die tadschikischen Angelegenheiten. Die Gegner dieses Standpunktes machen darauf aufmerksam, dass im Fall eines Rückzugs der russischen Truppen aus Tadschikistan 300'000 Russen in diesem Land um ihr Leben fürchten müssten und letztendlich auch die russischen Interessen in der zentralasiatischen Region und das russische Territorium selbst gefährdet würden.

Auch um die Russische Föderation machen die nationalen Konflikte keinen Bogen. Die grössten autonomen Republiken - Tatarien, Baschkirien, Tschetschenien und Jakutien - haben den Kampf um mehr Unabhängigkeit begonnen. Man kann die Augen nicht davor verschliessen, dass Jelzin während seiner Kandidatur 1991 Öl ins Feuer goss, als er den autonomen Republiken die fast grenzenlose Erweiterung ihrer Rechte versprach. Der Streit um das Ausmass der Souveränität spielt sich aber bis jetzt auf höchster Ebene ab, d.h. zwischen den führenden Persönlichkeiten Russlands und der autonomen Republiken.

Der blutige Konflikt im Nordkaukasus konnte indes nicht vermieden werden. Die 1944 vertriebenen Inguschen bekamen unter Chruschtschow das Recht heimzukehren. Zu diesem Zeitpunkt war aber ein Teil ihrer Böden bereits von den Osseten besetzt, die der Ausweisung hatten entgehen können. Diese Territorien wurden Nordossetien eingegliedert. 1992 wollten die Inguschen, des Wartens auf Gerechtigkeit durch die Behörden müde, die Sache selber in die Hand nehmen. Die zahlenmässig überlegenen Osseten konnten jedoch nicht nur die Kampfverbände der Inguschen zurückdrängen, sondern wiesen auch gleich alle nach 1956 in die einst ihnen gehörenden Dörfer auf nordossetischem Territorium zurückgekehrten Inguschen aus. Der Konflikt forderte Tausende von Menschenleben, weit mehr mussten sich durch Flucht nach Tschetschenien oder Russland vor der Rache der Osseten zu retten versuchen.

Unter allen Konflikten zwischen diesen Nationen leidet die russischsprachige Bevölkerung - Russen, Ukrainer, Juden und andere. Sie werden des öfteren zu Prügelknaben für die am Konflikt beteiligten Seiten und füllen die Reihen der Flüchtlinge auf. Vor allem in den Baltischen Republiken, deren Demokraten erst vor kurzem um die Unabhängigkeit ihrer Völker kämpften und sie auch durchsetzten, ist die Situation der ansässigen Russen nicht beneidenswert (die Ausnahme ist Litauen, wo der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung gering ist). Sowohl in Lettland als auch und ganz besonders in Estland wurden Spezialgesetze verabschiedet, die die Grundrechte und -freiheiten der Russen und anderer Personen, welche keine "Ureinwohner" sind, schmälern. Die Folge ist nicht nur ein gefährliches Anwachsen der Unruhen in den kleinen unabhängigen Staaten und die Untergrabung ihrer Stabilität; die russischen "Ultrapatrioten", die ihre Regierung zur Einmischung in die Angelegenheiten Estlands und Lettlands auffordern, bekommen neue Argumente geliefert. Einen günstigen Einfluss könnte die Europäische Gemeinschaft ausüben. Bisher war dies aber nicht

der Fall - im Gegenteil: Estland war vorschnell in den Europarat aufgenommen worden, ohne dass darauf geachtet wurde, ob es die Anforderungen bezüglich dem Minderheitenschutz erfülle: die russische bzw. russischsprachige Bevölkerung macht in Estland ca. 40% der Gesamtbevölkerung aus. Dass entsprechende Aufforderungen Russlands nicht erfüllt worden waren, ist den hiesigen Nationalisten nun hochwillkommen. Es gibt ihnen Anlass, ihrerseits die Diskriminierungspolitik gegenüber ca. 30% ihrer Bevölkerung fortzusetzen.

Natürlich gehen alle hier erwähnten Konflikte und Konfliktsituationen auf die Russifizierungspolitik J. Stalins, auf die Unterdrückung der nationalen Kultur, die Vertreibungen und anderen Repressalien, die Aufzwingung der "Freundschaft" und das Verbot jeglicher dem Zentrum nicht genehmen Eigenständigkeit zurück. Heute wird aber diesem historischen Faktor selten Rechnung getragen. Die Völker, die ihre Unabhängigkeit errungen und ihre Ängste abgeschüttelt haben, werden leicht von den Politikern beeinflusst, die den Nationalismus und Chauvinismus für ihre Karriereziele ausschlachten.

### **3.4. Die Streitkräfte der GUS**

Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und vor allem Russland haben eine mit Atomwaffen ausgerüstete und über die stärksten Panzerverbände der Welt verfügende Armee geerbt. 1991 zählte sie ca. 4 Mio. Angehörige. Das bedeutete, dass auf Tausend Einwohner der GUS ungefähr 14 Soldaten entfielen (in China waren es etwa vier). Zum Zeitpunkt der Schaffung der GUS besaßen die Armeen der neuen Staaten insgesamt 1'400 Abschussrampen für Interkontinentalraketen, wovon 924 auf U-Booten stationiert waren. Die Streitkräfte der Gemeinschaft verfügten über 164 strategische Bomber, die das Territorium der USA erreichen konnten. Den Kern des Atomwaffenarsenals bildeten ca. 10'000 Atomsprengköpfe für die Interkontinentalraketen und strategischen Bomber. Die Atomwaffen waren in vier Ländern stationiert: in Russland, der Ukraine, Weissrussland und Kasachstan.

Im Bereich der konventionellen Waffen besaßen die Armeen der GUS-Staaten 8'000 Kampfflugzeuge und 4'000 Hubschrauber, 64'000 Panzer, 67'000 Geschütze und überschwere Granatwerfer. Neben den mit Atomraketen bestückten U-Booten existierten auch 260 "konventionelle". An die Überwasserflotte der GUS kam selbst die der USA nicht heran; Russland und die Ukraine verfügten zusammen über 157 Schiffe mit je 1'200 Tonnen Wasserverdrängung. Sehr gefährlich für die Nachbarländer, aber auch für

die Völker der GUS selbst, waren immense Vorräte an chemischen Waffen, in manchen sowjetischen Veröffentlichungen war von 50'000 Tonnen die Rede. Dabei würden 100'000 Tonnen Senfgas oder Lewisit für die Vernichtung allen Lebens auf der Erde ausreichen.<sup>34</sup>

Hervorzuheben ist die hohe Qualität der in der Sowjetunion und in ihren Nachfolgestaaten produzierten Rüstung. Die Panzer der neuen Generation (T-80 und T-90) werden von den Spezialisten hochgeschätzt, genauso wie einzelne Typen von Kampfflugzeugen. Auf der internationalen Rüstungsmesse in Abu Dhabi im Februar 1993 haben die russischen Waffen ein grosses Interesse gefunden und viele potentielle Käufer nach Moskau geführt.

Sehr hoch werden von den Spezialisten auch die sowjetischen Raketensysteme geschätzt. So ist das zur Bekämpfung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern sowie strategischen und taktischen Kampfflugzeugen entwickelte Flugabwehrsystem S-300W imstande, die angeblich "unsichtbaren" *Stealth*-Flugzeuge und mit derselben Geschwindigkeit von 3 km/s fliegende Raketen auf Entfernungen von bis zu 100 Kilometern und jeder Höhe zwischen 25 Metern und 23 Kilometern zu treffen. Die amerikanische Zeitschrift "Jane's" berichtete: "Das System S-300W verfügt über Eigenschaften, wie sie kein Flugabwehrsystem des Westens bis Ende dieses Jahrzehnts besitzen wird."

Diese Militärmacht stützte sich auf eine breitgefächerte, spezialisierte, industriell geführte Produktion: Anfang der neunziger Jahre wurden in den Rüstungsbetrieben Russlands, der Ukraine und anderer Republiken jährlich 3'500 Panzer (gegenüber 775 in den USA), 2'600 Geschütze (in den USA 273) und neun U-Boote (dreimal soviel wie in den USA) hergestellt. Der Militär- und Industriekomplex ist in der Sowjetunion zu einem riesigen Ungetüm geworden, das das ganze wirtschaftliche und soziale Leben des Landes aufs Negativste geprägt hat.

Ursprünglich (wie aus den Dokumentationen und Verlautbarungen der führenden Vertreter der Armeen der GUS-Länder ersichtlich ist) hatte das Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte der GUS folgenden Aufgabenkreis:

- Abwehr eines atomaren Überfalls;

---

<sup>34</sup> Viele wichtige Daten über die sowjetischen Streitkräfte wurden in der "Komsomolskaja Prawda" vom 19.1.1991 veröffentlicht.

- Kontrolle über die Erfüllung der internationalen Vereinbarungen und Verträge in Sachen Rüstungsbeschränkung durch die GUS-Länder;
- Vorbeugung von Konflikten an den äusseren Grenzen der GUS;
- Informationsaustausch zu militärischen Fragen;
- Vereinheitlichung der Militärdoktrinen;
- gemeinsame Massnahmen für die operative Vorbereitung der Streitkräfte;
- gegenseitige Unterstützung bei der Ausbildung des Offizierskorps.

Fast alle diese Leitsätze wurden im Vertrag über die kollektive Sicherheit verankert, der im Sommer 1992 von sechs Staaten - Russland, Armenien, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan - unterzeichnet wurde.

Die Streitkräfte der GUS sehen sich mit einer Reihe komplizierter Probleme konfrontiert. Der Generalstab ist viel zu gross und ein Teil der höchsten Offiziere hat die zulässige Altersgrenze erreicht; viele Marschälle und Generäle, einschliesslich des Verteidigungsministers und einiger seiner Stellvertreter, haben noch im Zweiten Weltkrieg gekämpft. Dies sind Personen mit sehr konservativer Gesinnung, die zu tiefgreifenden Neuerungen und Reformen nicht bereit sind. Gleichzeitig hat das Fiasko in Afghanistan gezeigt, dass sie unfähig sind, eine kampffähige Armee aufzubauen, die den Anforderungen eines modernen Kriegs gewachsen wäre.

An der Kampfkraft der Armee zehrt ferner eine eigenartige Krankheit, die in der Sowjetunion den Namen *Djedowschtina* bekam.<sup>35</sup> *Djed* ("Opa") wird ein Soldat genannt, der ein Jahr, d.h. die Hälfte seiner Dienstzeit bereits hinter sich hat. Die in den sechziger und siebziger Jahren entstandene Tradition geht dahin, dass im ersten Jahr ihres Dienstes die Neulinge von den *Djeds* misshandelt werden dürfen. Sie werden ausgebeutet und müssen alle, einschliesslich völlig sinnloser Befehle der "Opas" ausführen. Nach einem Jahr wird das Opfer zum Täter und quält nun seinerseits junge Soldaten. In nur ganz wenigen Regimentern hat man solche Exzesse verhindern können. Mittlerweile mehren sich in der Armee Tragödien, junge Soldaten wurden verkrüppelt und sogar getötet. Manche von ihnen halten die Misshandlungen nicht aus, sie nehmen sich das Leben oder bringen aus Verzweiflung ihre Folterer um. Die *Djedowschtina* wäre zweifellos auszurotten, aber niemand

---

<sup>35</sup> Siehe dazu auch A. Lewinson, *Kasernenterror: Zur Soziologie der "Dedowschtina"*, in: "Kursbuch", Berlin 1991, H. 103, S. 139-148.

hat sich ernsthaft darum bemüht, unter anderem, weil sie manchen Offizieren in die Hand spielt und die Kasernenordnung aufrechterhält. Doch der Rost der abnormalen zwischenmenschlichen Beziehungen zerfrisst die Armee und verwandelt sie in eine Rotte durch Hass verbundene Menschen. Die Situation hat sich erst Anfang 1990 zu bessern begonnen, als die Soldatenmütter, vom Tod von Hunderten ihrer Söhne erschüttert, eine einflussreiche *pressure group* bildeten, der die Behörden Rechnung tragen mussten.

Die Niederlage im Afghanistan-Krieg, das Schikanieren der jungen Soldaten durch die *Djeds* und das Bekanntwerden gewisser Fakten über gesetzwidrige Aneignung von Immobilien durch Generäle hat zu einem unerhörten Prestigeverlust für die Armee geführt. Die jungen Männer versuchen mit allen Mitteln, ihren Militärdienst hinauszuschieben; von 1,8 Mio. Anfang 1993 registrierten dienstpflchtigen Jungbürgern haben die meisten einen Aufschub erwirken können. Und obwohl 1992/93 der Sollbestand der Streitkräfte um fünfhunderttausend Mann reduziert worden ist, fehlten in der letzten Rekrutenschule der Landtruppen und der Marine siebenhunderttausend Mann.

Eine der Aufgaben, vor denen die Nationalarmeen Russlands, Weissrusslands, der Ukraine und der anderen unabhängigen Staaten stehen, ist die Ausarbeitung einer Verteidigungsdoktrin oder zumindest eines Konzepts zum Aufbau der Streitkräfte. Die Militärdoktrin der sowjetischen Streitkräfte hat mehrere Transformationen überlebt. Nach der Aneignung der Nukleartechnologie durch die Sowjetunion waren bis Mitte der sechziger Jahre die strategischen Pläne und Konzepte der sowjetischen Militärautoritäten mit der Idee eines Einsatzes dieser Waffen verbunden. Im Buch "Die Kriegsstrategie", das 1962 unter der Redaktion von Marschall W. Sokolowski erschien, wird behauptet, der nächste Krieg werde ein nuklearer "Blitzkrieg" sein. In gewissen Publikationen wurde sogar öffentlich die Möglichkeit eines Präventivschlags gegen die Nato-Länder in Erwägung gezogen.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre änderte sich die Situation aber - es bestand nicht mehr nur ein Gleichgewicht der nuklearen Kräfte, sondern die Entwicklungen in der Raketentechnik brachten die *"mutually assured destruction"* (MAD) mit sich: Einen Atomkrieg zu entfesseln wäre gleichbedeutend mit Selbstmord. Diejenige Seite, die den Krieg begänne, würde als zweite untergehen, aber ebenso sicher ausgelöscht. Als General D. Eisenhower 1961 als Präsident abtrat, sagte er, von nun an werde der Krieg sinnlos sein. Eine interessante Tatsache ist, dass 1966 in der neuen Ausgabe

der "Kriegsstrategie" vom Verzicht der sowjetischen Seite auf einen nuklearen Angriff als Hauptform der strategischen Aktion gesprochen wurde. Diese Stelle wurde aber aus dem Buch gestrichen, weil befürchtet wurde, dass sie die abschreckende Wirkung des sowjetischen Atomarsenals beeinträchtigen könnte.<sup>36</sup>

Obwohl es in Militärkreisen Theoretiker gibt (unter ihnen so bedeutende Forscher wie Professor D. Proekter), die den Standpunkt vertreten, dass es vor allem in der Übergangsperiode, in der sich Russland momentan befindet - nicht notwendig ist, eine Doktrin zu haben, die einen bestimmten statischen Zustand der strategischen Lage voraussetzt, geht die Debatte um neue Abwehrkonzepte auch nach dem Zerfall der Sowjetunion weiter. Zur Diskussion stehen die zivile Kontrolle über die Armee, die Auflösung der bestehenden Militärregionen und die Einführung territorialer Militärkomitees, welche mit den lokalen Zivilbehörden zusammenarbeiten würden. Besonders fortschrittliche Militärspezialisten treten für ein neues Ausbildungskonzept in der Armee ein, das den Soldaten in einen "Bürger in Uniform" verwandeln würde.

Die russischen Streitkräfte sollten folgende neue Aufgaben wahrnehmen:

- Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts bei gleichzeitiger Reduktion der Waffenbestände;
- Schaffung und Modernisierung von Mitteln zur Vorbeugung von Konflikten zu Land, zu Wasser und in der Luft;
- technische Kontrolle der Einhaltung von Verträgen über Rüstungsbegrenzung.

Im Herbst 1992 wurde an der Beratung der Staatschefs der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten das Konzept der Militärsicherheit angenommen. In diesem Konzept wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die Welt dabei sei, in eine Übergangsperiode von militärischer Konfrontation zur Demilitarisierung und neuen internationalen Beziehungen, zu einer globalen Gemeinschaft und Zusammenarbeit einzutreten. Die GUS-Häupter erklärten, dass sie die kollektive Verantwortung für die internationale Sicherheit übernehmen. Der damalige Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte der GUS, Marschall Schaposchnikow, unterstrich in einem Interview mit der Zeitung *Izwestija*, dass die grösste militärische Bedrohung für die Gemein-

---

<sup>36</sup> Nesawissimaja Gaseta vom 1.8.1991.

schaft nicht die äusseren, sondern die inneren Faktoren darstellten: Zonen militärischer Konflikte, ungelöste gegenseitige Ansprüche und Eigentumsstreitigkeiten zwischen GUS-Mitgliedern, das Vorhandensein nicht verfassungsmässiger Militärformationen usw.<sup>37</sup>

Offensichtlich sind grundlegende Veränderungen in den wichtigsten Zielen und Aufgaben der Streitkräfte der GUS und der anderen selbständigen Staaten eingetreten. Eine sehr positive Rolle spielte die öffentlich zum Ausdruck gebrachte Einsicht sowohl der ehemaligen Sowjetrepubliken als auch der Nato-Mitglieder, dass die andere Seite nicht mehr als Gegner zu betrachten sei. Freilich ruft dieses neue Herangehen bei manchen russischen Militärs und Politikern weder Erleichterung noch Freude hervor. Die "Ultrapatrioten" im Obersten Sowjet, in regionalen Sowjets sowie unter den Offizieren und in der Militärindustrie brauchen den Feind dringend und fürchten den Frieden und die Stabilität.

Bei der Diskussion um die Militärdoktrin und die Armeereform geht es auch darum, ob die Rekrutierung der Streitkräfte weiterhin auf der allgemeinen Militärpflicht basieren sollte, oder ob eine Berufsarmee oder eine gemischte Armee geschaffen werden soll. Die Befürworter einer Berufsarmee verweisen dabei auf den Golfkrieg, in welchem ein begrenztes amerikanisches Expeditionskorps die stärkste Armee der Region schlug. Die russische Regierung handelt aber sehr vorsichtig. Das ist einerseits mit dem Mangel an Geldmitteln, andererseits damit zu begründen, dass die Schaffung einer Berufsarmee reale Interessen der Generalität und sogar mancher staatlicher Strukturen tangieren würde. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und der Übergang zur vertragsmässigen Einberufung der Soldaten und Offiziere würde zwangsläufig eine Reduktion der Armeebestände und somit auch des Kadern bedeuten. Ende 1992 verabschiedete das russische Parlament das Gesetz "Über die Militärpflicht und den Militärdienst", das die Möglichkeit einer gemischten Armee vorsah. Aufgrund dieses Gesetzes wurden 1993 gerade 3 % der Soldaten und Offiziere vertraglich verpflichtet. Die Wahrheit ist, dass ein beträchtlicher Teil der Soldaten sowohl der russischen als auch anderer GUS-Armeen als billige, oftmals kostenlose Arbeitskräfte eingesetzt wird.

Die Ausarbeitung einer Militärdoktrin oder eines sonstigen Konzepts der Militärpolitik wird durch die innenpolitische Situation in den GUS-Staaten

---

<sup>37</sup> Izwestija vom 16.11.1992.

erschwert, von denen einige (Tadschikistan, Armenien, Georgien) in Bürgerkriege oder ethnische Konflikte verstrickt und andere (etwa die Ukraine) von einer nationalistischen Euphorie ergriffen sind, die sich einer gemeinschaftlichen Verteidigungspolitik widersetzt. Russland und die Ukraine werden durch ihre Uneinigkeit über die rechtliche Lage der Schwarzmeerflotte und ihrer Basisstadt Sewastopol an der Lösung des schwerwiegendsten Problems gehindert - nämlich der Übergabe der auf ukrainischem Territorium stationierten Nuklearwaffen an Russland zur anschließenden Vernichtung. Im Oktober 1992 verlangte Marschall Schaposchnikow eine definitive Stellungnahme von der Ukraine mit der Aufforderung, "entweder sie erklären sich zur Atommacht oder übergeben die Nuklearsprengköpfe an Russland". Gegen Juli 1993 zeichneten sich gewisse Verschiebungen in der Position der ukrainischen Führung ab. Es ist jetzt vorgesehen, dass 1994/95 fünf strategische Raketenkomplexe von ukrainischem auf russisches Territorium verlegt und die verbleibenden von russischen Spezialisten gewartet und überwacht werden.<sup>38</sup>

Noch lässt sich nicht abschätzen, was mit der Schwarzmeerflotte und Sewastopol geschehen wird. Der im Juni 1993 von Boris Jelzin und dem ukrainischen Präsidenten Krawtschuk gefasste Beschluss, die Flotte zwischen beiden Ländern in gleiche Teile aufzuteilen, ist bei der Mehrheit der Offiziere und Matrosen der Schwarzmeerflotte auf Unmut und Ablehnung gestossen.

Die Schwarzmeerflotte umfasst 65 Kriegsschiffe mit einer Wasserverdrängung von bis zu 1'200 Tonnen - darunter einen Flugzeugträger und zwei Kreuzer (Hubschrauberträger) -, 21 nicht-nukleare U-Boote und mehr als 200 kleinere Schiffe. Zur Flotte gehören auch etwas über 400 Flugzeuge verschiedener Typen. Viele Marineoffiziere glauben, dass es technisch unmöglich ist, das koordinierte Kommunikations-, Beobachtungs- und Kontrollsystem zu teilen. Der Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Flottenadmiral E. Baltin, hat daher vorgeschlagen, eine einheitliche russisch-ukrainische Flotte aufrechtzuerhalten. Unterdessen sind in der russischen Bevölkerung auf der Krim und in Sewastopol einflussreiche Organisationen entstanden, die eine Revision des Beschlusses von 1954 über die Übergabe der Krim an die Ukraine fordern. Man hat den Eindruck, dass die nationalistische Stimmung der ukrainischen Bevölkerung vor allem in der West-

---

<sup>38</sup> Izwestija vom 29.6.1993.

ukraine einen Kompromiss suchen wird, der z.B. die beiderseitige Kontrolle über die Flotte und Sewastopol beinhalten könnte.

In Mai 1992 unterschrieben sechs GUS-Länder - Russland, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgistan - den Vertrag über die kollektive Sicherheit; die europäischen sowie kaukasischen GUS-Mitglieder wichen der engen militärischen Integration aus. Ein Jahr nach der Vertragsunterzeichnung waren noch keine kollektiven Verteidigungseinrichtungen geschaffen worden. Dafür gewann in der Presse und in Militärkreisen der GUS-Länder der Standpunkt die Oberhand, wonach zu Friedenszeiten die nationalen Streitkräfte voll der Regierung des jeweiligen Staates unterstehen und erst im Falle einer Bedrohung von aussen einer gemeinsamen höheren Instanz unterstellt würden. Somit hätte der Oberbefehlshaber der vereinigten Streitkräfte nur das Kommando über die strategischen Nuklearstreitkräfte gehabt.

Anscheinend wird es noch viele Jahre dauern (oder eine ernste Bedrohung von aussen erfordern), bis das Misstrauen dem "grossen Bruder" gegenüber abgebaut und das einheitliche Militärsystem, das noch bis Ende 1991 existierte, wiederhergestellt sein wird. Bis jetzt kann man nur Symptome einer weiteren Distanzierung der GUS-Mitgliedstaaten von Moskau verzeichnen. So wurde im Juni 1993 der Entschluss gefasst, den Posten des Oberbefehlshabers der vereinigten Streitkräfte abzuschaffen, lediglich der Stab der vereinigten Streitkräfte unter General W. Samsonow blieb erhalten. Das "Nuklearköffchen", das Marschall Schaposchnikow zur Verfügung gestanden hatte, wurde dem Verteidigungsminister Russlands übergeben.

Ein sehr schwieriges Problem der Streitkräfte stellt die soziale Lage der Soldaten und Offiziere dar. Im Sommer 1993 hatten 120'000 Offiziersfamilien keine eigene Wohnung. Die Rentenzahlungen an pensionierte Offiziere verzögern sich um viele Monate. Obwohl Artikel 8 des Gesetzes über den Status der Militärangehörigen den Einsatz von Soldaten und Offizieren für nicht zum Dienst gehörende Arbeiten verbietet, werden weiterhin ganze Truppen für landwirtschaftliche Arbeiten, Bauarbeiten u.a.m. abkommandiert. Die ehemals sowjetischen Truppen, die jetzt aus Deutschland, Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und den baltischen Ländern abgezogen werden, müssen angesichts der allgemeinen Wohnungsnot in ihren Heimatländern monatelang in Zelten leben. Dies alles schafft eine Atmosphäre der Unzufriedenheit, die gefährliche Folgen für die Zukunft der Reformpolitik haben kann. Die politische Führung Russlands ist sich dessen wohl bewusst.

Sie hat umgehend den Sold erhöht, und im Juli 1993 hat das Parlament ein Gesetz über Sozialleistungen für vorzeitig entlassene Offiziere verabschiedet. Diese erhalten nun drei Jahre lang eine Rente in der Höhe ihres letzten Dienstgehalts.

Zum Abschluss dieses Kapitels sei betont, dass trotz aller Beschlüsse über die Entpolitisierung der Armee und des Verbots jeglicher Parteitätigkeit in Kasernen die politische Rolle der Armee (genauer gesagt des Offizierskorps) im Wachsen begriffen ist. Dies ist seit Anfang 1992 besonders offensichtlich geworden, als verschiedene Offiziersvereinigungen (die All-Russische Offiziersgesellschaft, die Parlamentsgruppe "Der Schild" und andere) aktiv zu Fragen der russischen Aussen- und Innenpolitik Stellung zu nehmen begannen. Ein beträchtlicher Teil des Offizierskorps äussert offen seine Unzufriedenheit mit dem Fortgang der Reformen und der Aussenpolitik Russlands und schliesst sich politisch der "Front der nationalen Rettung" an, die Kommunisten und Ultrapatrioten chauvinistischer und antisemitischer Färbung vereinigt. In diesem Sinn ist der Ausspruch, den General Lebed, Befehlshaber der in der Dnjestr-Region stationierten 14. Armee, im Herbst 1992 gemacht hat, sehr kennzeichnend: "Statt die Grossmacht wiederherzustellen, macht der Präsident [Jelzin] vor den Machthabenden dieser Welt die hohle Hand." Jelzin seinerseits sagte in seiner Rede an der Offiziersberatung Anfang 1992: "Das Erscheinen der Armee in der politischen Arena ist ein beunruhigendes Krankheitssymptom unserer Gesellschaft."

### **3.5. Die Aussenpolitik der GUS**

Der Zerfall der Sowjetunion in fünfzehn selbständige Staaten und die Auflösung des Warschauer Paktes schufen eine grundsätzlich neue Situation auf dem europäischen Kontinent und in der ganzen Welt. Mit seinen 150 Millionen Einwohnern ist Russland zwar nach wie vor eines der grössten Länder der Welt, kann aber nicht mehr die Bezeichnung "Supermacht" für sich beanspruchen. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist sehr ernst, mit der riesigen Geschwulst des militärisch-industriellen Komplexes kann es nicht weiterexistieren. In der Tat hat sich das Versprechen von US-Präsident Reagan, er werde Russland "totrüsten", bewahrheitet; weder die Sowjetunion noch Russland hatten die Kraft, bei dem zermürbenden Wettrüsten mitzuhalten. Es fällt heute schwer zu sagen, ob Gorbatschows Bekehrung zum Pazifismus 1985/86 das Resultat eines neuen ideologischen Denkens oder einer Einsicht in die Notwendigkeit war, das Land vor dem Bankrott zu retten. Wie bei vielen anderen Initiativen Gorbatschows fiel das Ergebnis

ganz anders aus als ursprünglich beabsichtigt. Der Urheber von Glasnost und Perestroika hatte wohl kaum erwartet, dass diese Neuerungen sowie die Beendigung der scharfen Konfrontation, welche die Existenzgrundlage des Warschauer Paktes war, letzten Endes zu den revolutionären Veränderungen in den Ländern Osteuropas, der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall der Sowjetunion führen würden.

Die führenden Persönlichkeiten des neuen Russlands - der Präsident, fast seine ganze Umgebung und vor allem der junge Aussenminister A. Kosyrew - können ohne Zweifel als Nachfolger Gorbatschows im Bereich der Aussenpolitik betrachtet werden. Ebenso wie dieser haben sie sich die Rüstungsbeschränkung, den Verzicht auf Gewaltanwendung und die Anwendung ausschliesslich politischer Methoden bei der Schlichtung von Streitigkeiten mit anderen Ländern zu eigen gemacht. Die russische Diplomatie sieht sich mit der völlig neuen Aufgabe konfrontiert, die Beziehungen zu den ehemaligen Republiken der UdSSR neu zu gestalten. Einige der wichtigsten Fragen, mit denen sie sich befassen müssen, sind dabei:

- die Landesgrenzen (im Falle Russlands geht es um die 1954 an die Ukraine abgetretene Krim);
- die Eigentumsrechte an Grossobjekten, deren Bedeutung weit über die nationalen Interessen einer Republik hinausgeht (z.B. der Kosmodrom in Baikonur und die Tiefbaueinrichtungen für Atomwaffentests bei Semipalatinsk in Kasachstan);
- die Aufteilung der Aussenschulden der UdSSR unter ihren Nachfolgestaaten;
- die gemeinsame Verteidigung und die Sicherheit der äusseren Grenzen der neuen Staaten;
- die Aufrechterhaltung bzw. der Wiederaufbau eines einheitlichen Wirtschaftsraums, die Erhaltung der "Rubelzone", die Einrichtung von Zöllen;
- die Freizügigkeit der Arbeitnehmer;
- einfache oder doppelte Staatsbürgerschaft;
- der Rückzug der Truppen und Verbände Russlands aus den neuen Staaten und die Abtretung von Militärstützpunkten, Flugplätzen und anderen Objekten an sie.

Ferner wird es für Russland auch notwendig sein, zu einigen ernststen Konflikten Stellung zu beziehen; es geht dabei in erster Linie um Transkaukasien.

In der ersten Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion war das Hauptanliegen der führenden Persönlichkeiten der neuen Staaten, sich zu profilieren, ihre vollständige Unabhängigkeit von Russland hervorzuheben, ihre eigene Nische in der europäischen und der Weltpolitik einzunehmen. Jeder Führer, dem an der Unterstützung seines Volkes gelegen war, musste sein Bestes tun, um seine Selbständigkeit unter Beweis zu stellen. Mit anderen Worten, mehr als anderthalb Jahre lang hatten in den jungen unabhängigen Staaten die politischen und moralischen Faktoren Vorrang vor den wirtschaftlichen.

Die Erfahrungen der Aussenpolitik Russlands 1992/93 belegen, dass sich die Exekutive (d.h. der Präsident, die Regierung und besonders das Auswärtige Amt) darum bemüht, die alten Fehler zu vermeiden und ihre ehemaligen Kollegen aus der UdSSR nicht zu tadeln, obschon dem emotionalen Präsidenten auch schon verbale Ausrutscher unterlaufen sind, wie etwa "Die Schwarzmeerflotte war und bleibt in der Hoheit Russlands!".

Eines der Phänomene, mit denen sich die russische Führung auseinandersetzen muss, ist der islamische Fundamentalismus, der von Iran, Afghanistan und Pakistan ausgeht. In Ländern wie Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kirgistan ist die demokratische Bewegung sehr schwach, so dass nicht eigentlich eine Wahl zwischen kommunistischer Diktatur und Demokratie, sondern zwischen kommunistischer und islamischer Diktatur besteht. Dass Boris Jelzin die alten kommunistischen Regimes in diesen Ländern unterstützt, ist ihm kaum vorzuwerfen. Natürlich ist auch der Parteienfundamentalismus eine Form von Fundamentalismus, aber er hat keine russen- oder russlandfeindliche Stossrichtung; im Gegenteil, die kommunistischen Regierungen sind auf die Hilfe Russlands angewiesen. Der Sieg der islamischen Fundamentalisten hingegen würde eine schnelle Annäherung Tadschikistans, Usbekistans, Turkmenistans und Kirgistans an den Iran, Pakistan und Afghanistan und die Entstehung einer intoleranten Koalition in Mittelasien bedeuten.

Die Beziehungen Russlands zu den ehemaligen Ostblockländern haben eine ähnliche Entwicklung durchlaufen wie die zu den ehemaligen Sowjetrepubliken. Zuerst (1991/92) erfolgte eine scharfe Distanzierung der osteuropäischen Staaten von Russland und sogar ein Ansatz zum Wiederaufbau des sogenannten "Sanitätskordons" (siehe Kapitel 1.3.) entlang den westlichen

Grenzen Russlands, der Ukraine und Weissrusslands. Das über vier Jahrzehnte hinweg aufgebaute Beziehungsnetz von gegenseitiger Hilfe und Handelspräferenzen wurde zerstört.<sup>39</sup> Erst 1993 trat eine gewisse Wende ein, als die negativen Auswirkungen der Auflösung des COMECON deutlich wurden. Man kann jede Menge Kritik an einzelnen Seiten dieser Organisation ausüben, es lässt sich aber nicht bestreiten, dass die wirtschaftliche Integration mehr als nur Propaganda der kommunistischen Presse war. Manche Länder Ost- und Mitteleuropas können nur schwer - wenn überhaupt - auf 80-100 Mio. Tonnen russisches Erdöl im Jahr, Riesenmengen von Erdgas, Stahl, Ausrüstungen für Eisenhütten und andere Betriebe verzichten. Auch der russische Absatzmarkt ist für sie lebensnotwendig. Russland und die anderen GUS-Länder brauchen ihrerseits Eisenbahnwaggons, Schiffe, Autobusse und Konsumgüter, die bisher in grossen Mengen aus den Nachbarländern geliefert wurden.

Rege Verhandlungen, die Russland 1993 auf hoher Ebene mit Polen, Tschechien, der Slowakei und anderen Ländern Osteuropas führte, leiteten die Besserung ihrer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ein. Das ist der Weg zu mehr Stabilität in Osteuropa, was um so dringender nötig ist, als sich im Südwesten neue Gefahren abzeichnen: die schwer abschätzbare Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und die Ansprüche Rumäniens auf Moldawien, wo der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung gross ist. Trotz der politischen Annäherung der ost- und mitteleuropäischen Länder an den Westen lässt sich schon jetzt voraussagen, dass sich zunächst die wirtschaftlichen, dann aber auch die politischen Beziehungen zu Russland - letztere nicht länger unter dem Vorzeichen einer politischen Hegemonie - wesentlich bessern werden.

Gleich nach dem Zerfall der UdSSR musste sich die Führung Russlands über ihre Europapolitik und die Beziehungen zu den USA klar werden. Zwar berief sich seit Ende 1991 niemand mehr auf Gorbatschows Idee eines "gemeinsamen europäischen Hauses", doch verfolgten Jelzin und seine Regierung die Annäherung an Westeuropa weiter. Die noch unter Gorbatschow geführten Verhandlungen wurden fortgesetzt, die bis Ende 1991 unterzeichneten Vereinbarungen von der russischen Regierung anerkannt. In der für die Nachbarn Russlands und die Nato-Staaten - insbesondere

---

<sup>39</sup> Ein Grund von vielen waren falsche und übertriebene Erwartungen sowohl seitens der russischen Regierung als auch der führenden Persönlichkeiten Polens, Ungarns und anderer osteuropäischer Länder an die Wirtschaftshilfe aus dem Westen.

Deutschland - wichtigsten Fragen, jener nach dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Ausland, hielten sich sowohl die Regierung Jelzin-Gaidar als auch die Regierung Jelzin-Tschernomyrdin an den Buchstaben und den Geist der Vereinbarungen. Darüber hinaus war die russische Seite bereit, den Rückzug ihrer Truppen aus Deutschland einige Monate vor dem vereinbarten Termin (Ende 1994) zu vollenden.

Zweifelsohne dient die Annäherung an Westeuropa den Interessen Russlands. Der oben erwähnte Wiederaufbau enger wirtschaftlicher Beziehungen zu den ehemaligen Republiken der UdSSR und den ehemaligen Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes kann in der jetzigen Übergangsperiode eine positive Rolle spielen, darf aber nicht zur Schaffung eines isolierten Wirtschaftsraums führen, denn dies würde ein Fortbestehen der technologischen Rückständigkeit und die Erdrosselung der Reformen bedeuten. Der optimale Weg wäre eine parallele Entwicklung beider Prozesse. Zum fernen, aber durchaus realen Ziel der russischen Politik muss die gesamteuropäische Integration werden. Daher kommt der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands und der anderen neuen Staaten entscheidende Bedeutung zu. Nur mit einer modernen Marktwirtschaft kann Russland für die EU als Partner attraktiv sein.

Hält man sich die möglichen Entwicklungswege der internationalen Beziehungen in Europa vor Augen, muss man sich bestimmter Gefahren bewusst sein. Die Realisierung der Maastrichter Vereinbarungen wird die Entstehung nicht nur einer Währungsunion, sondern eines mächtigen föderativen Staates mit einer einheitlichen Aussen- und Sicherheitspolitik bedeuten. Es wäre unausweichlich, dass ein solcher Staat in Europa die Vorherrschaft ausüben und die anderen Länder unter politischen und wirtschaftlichen Druck setzen wird. Falls z.B. Polen auch noch in die Nato aufgenommen würde, könnte der Ausschluss Russlands, Weissrusslands und der Ukraine aus dem Integrationsprozess der Europäischen Union einen gegen Russland gerichteten Charakter verleihen. Eine solche Entwicklung wäre äusserst ungünstig, sie würde die alten Geister der Feindschaft und des Misstrauens wiederbeleben.

Notwendig ist ein für beide Seiten akzeptables Programm einer allmählichen, aber konsequenten Integration des gesamten europäischen Kontinents. Das wird wohl eine der Hauptaufgaben der nächsten zehn Jahre, d.h. bis zur Jahrtausendwende, sein. Es liegt auf der Hand, dass die Aufnahme selbst eines "reformierten" Russlands in die EU immense Schwierigkeiten mit sich

bringen wird - die Erfahrungen Westdeutschlands haben in gewissem Masse die Dimension dieser Probleme deutlich gemacht. Das alles rückt aber in den Hintergrund angesichts der Gefahr eines Zerfalls und einer "Balkanisierung" Russlands, an deren Verhinderung Westeuropa ein vitales Interesse haben muss.

Ein anderer besorgniserregender Aspekt der jüngsten europäischen Geschichte ist die Wiedervereinigung Deutschlands, dessen Industrie mehr Erzeugnisse produziert als die Industrien zweier beliebiger anderer westeuropäischer Staaten. Das Erwachen nationalistischer, xenophober, rechtsradikaler Bewegungen und die zunehmend gegen die Integration gerichtete Stimmung, wie sie sich etwa im Auftreten der FDP gegen die Maastrichter Vereinbarungen niederschlug, lässt die Politiker im Westen und Osten Europas wieder etwas unsicherer auf den dynamischen 80-Millionen-Einwohner-Staat blicken.

Für die russische Führung, wie schon für Gorbatschow, haben in der Außenpolitik die Beziehungen zu den USA erste Priorität. Der ehemalige politische und potentielle Kriegsgegner verwandelte sich in den letzten Jahren im grossen und ganzen zu einem Partner Russlands auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens. Diese Partnerschaft ist zwar nicht ganz frei von Reibungen. Einem grossen Teil sowohl der russischen Politiker als auch der Bevölkerung fällt es schwer, der neuen Situation zuzustimmen, in der Russland immer deutlicher die Rolle eines jüngeren Bruders zugewiesen wird. Es versteht sich, dass dies angesichts des wirtschaftlichen Verfalls und der inneren Instabilität Russlands unvermeidlich ist. Aber es gibt nicht wenige, die in der fortgesetzten Konfrontation mit den USA die beste Zukunft für Russland sehen. Besondere Proteste rief die politische Unterstützung Moskaus für die vor allem von den USA getragene Uno-Aktion gegen den Irak hervor, mit dem die Sowjetunion jahrzehntelang zusammengearbeitet hatte. Eine Reihe von Volksdeputierten machte daher 1992/93 demonstrative "Solidaritätsbesuche" beim irakischen Diktator.

Gerechterweise muss bemerkt werden, dass gewisse Massnahmen der USA (z.B. das Ultimatum an die bosnischen Serben im Sommer 1993 mit Androhung einer Bombardierung ihrer Truppen) deren Wunsch erkennen lassen, ihre Rechtsvorstellung in der ganzen Welt durchzusetzen. Die Clinton-Administration hilft der amerikanischen Rüstungsindustrie, russische Konkurrenzprodukte vom Weltmarkt zu verdrängen: das bekannteste Beispiel stellt die amerikanische Forderung an die Russen dar, den Export

von kryogenen Treibern für nichtmilitärische Raketen an Indien einzustellen. Dafür haben die USA der in Estland und Lettland um ihre Rechte kämpfenden russischen Bevölkerung keine Unterstützung zukommen lassen. Zuweilen ist das Verhalten der amerikanischen Regierung gegenüber Russland geradezu provokativ. Auf Fortschritte in den Verhandlungen zwischen Aserbaidschan und Nagorni-Karabach reagierte Washington äusserst nervös und forderte von den Mächten in Baku, sich zur Vermittlung nicht an Moskau, sondern an die Uno oder die KSZE zu wenden. Solch ungeschickte Schritte sind nur eine Herausforderung für die nationalistischen Kreise in Russland, die meinen, dass ihre Regierung mit ihrer Unterstützung des amerikanischen Kurses zu weit gehe.

Grosse Bedeutung für die Zukunft der russisch-amerikanischen Beziehungen hat die finanzielle Unterstützung, die die Vereinigten Staaten und die eng mit ihnen verbundenen internationalen finanziellen Institutionen den wirtschaftlichen Reformen in Russland entgegenbringen. Allen Plänen und Versprechungen zum Trotz war diese Hilfe bis jetzt leider nur gering. Nach Meinung des Autors könnten die russischen Reformen am besten nicht durch Bewilligung von Krediten oder unentgeltliche Hilfe, sondern dadurch finanziert werden, dass die Voraussetzungen für eine rasche Erweiterung des Stromes privater Investitionen in die russische Wirtschaft geschaffen und alle Einschränkungen beim Verkauf moderner Technologien an Russland, wie sie in den Jahren des kalten Kriegs eingeführt wurden, aufgehoben würden. Aber "Ultrapatrioten" gibt es nicht nur in Russland, und wenn sich die Clinton-Administration für eine ernsthafte Unterstützung der russischen Reformen entschiede, stiesse sie sicher auf harten Widerstand im Kongress.

Zu den Verdiensten Boris Jelzins und der russischen Regierung kann man die weitere Normalisierung der Beziehungen zu China zählen. Die Absage beider Seiten an die ideologische Konfrontation, an die Versuche, einander den "richtigsten" Marxismus aufzuzwingen, und an die gegenseitigen Vorwürfe der Abtrünnigkeit und des Revisionismus hat die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern günstig beeinflusst. Dazu haben auch das Ableben Mao Zedongs, die Beendigung des Vietnamkrieges und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan beigetragen, wo China die muslimischen Mudschaheddin in ihrem Kampf gegen Kabul und Moskau unterstützt hatte. Die Erfahrungen aus der engen Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren erleichtern die Schaffung wirtschaftlicher Verbindungen, auch direkt zwischen einzelnen Betrieben.

Die pazifische Region nimmt in der Aussenpolitik des neuen Russlands einen immer grösseren Platz ein, vor allem, was die Beteiligung des japanischen Kapitals an der Erschliessung der natürlichen Ressourcen Sibiriens und des Fernen Ostens betrifft. Auch wurde verstärkt japanische Elektronik auf dem russischen Markt abgesetzt. Die Entwicklung der russisch-japanischen Beziehungen wird einzig vom Streit um den Besitzanspruch auf vier kleine Inseln im Süden der Kurilen-Kette verzögert. Diese Inseln, die vom Norden her an die japanische Insel Chokeido anstossen, wurden 1945 nach dem Recht des Siegers von der Sowjetunion besetzt. Leider wird das Problem von den Patrioten im russischen Parlament politisch ausgeschlachtet, die sich dadurch als harte Verteidiger der nationalen Interessen darstellen wollen und Druck auf die Exekutivmacht ausüben. Ihr Einfluss hat den Präsidenten gezwungen, bereits geplante Besuche in Japan abzusagen oder aufzuschieben. Einer Delegation des Landtages von Nordrhein-Westfalen gab der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für internationale Politik und wirtschaftliche Beziehungen, I. Andropow, folgende Erklärung für den Widerstand des russischen Parlaments gegen die Rückgabe der vier Inseln an Japan: "Wir Russen geben nicht gern etwas ab, was in unsere Hände geraten ist." Man kann nur hoffen, dass sich in Russland Politiker finden, die fähig sind, Probleme wie dasjenige der Kurilen nicht aufgrund nationalistischer Emotionen, sondern auf der Grundlage des internationalen Rechts zu behandeln.

Ein letzter Bereich der russischen Aussenpolitik betrifft die Beziehungen zur dritten Welt.

Im grossen und ganzen kann man von einer starken Verringerung der Präsenz Russlands in Afrika, Asien und Lateinamerika sprechen. Dies ist leicht zu erklären, wenn man bedenkt, dass die Beziehungen der Sowjetunion - deren Erbe Russland angetreten hat - zu diesen Ländern auf ideologischen Gemeinsamkeiten mit Linksregimen und auf dem Bestreben fusste, die anti-amerikanische Gesinnung nationalistischer Staatsoberhäupter auszunutzen. Mit dem Abtreten der Kommunisten haben die Beziehungen zu den Entwicklungsländern einen pragmatischeren Charakter erhalten. Zum Teil widerspricht dies den Interessen der betreffenden Regierungen (etwa in Kuba), vor allem aber auch den Interessen der russischen Waffenindustrie, die ihre Existenz zu einem grossen Teil den Bestellungen von freundlich gesinnten Regimes verdankte. Diese Bestellungen wurden in der Regel von der sowjetischen Regierung bezahlt, die von den jeweiligen Regierungen nie dafür

entschädigt worden ist - einigen Berechnungen zufolge sollen die Schulden dieser Länder die gesamten Staatsschulden Russlands übersteigen.

### **3.6. Die Oktoberkrise in Russland**

Am 4./5. Oktober 1993 wurde Russland von einer schweren politischen Krise getroffen. Die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen dem Parlament einerseits und der Regierung und dem Präsidenten andererseits forderte in der Hauptstadt ca. 150 Menschenleben sowie Hunderte von Verletzten. Unter den Opfern fanden sich viele, die an der Auseinandersetzung nicht unmittelbar beteiligt waren.

Wie konnte es dazu kommen, dass der Mitte der achtziger Jahre eingeleitete Prozess der Reformen zu dieser tragischen und blutigen Konfrontation führte? Manche Publizisten und Forscher weisen auf wiederholte Zuspitzungen des ohnehin gespannten Verhältnisses zwischen der Legislative und der Exekutive hin; sie sehen darin eine Konsequenz der Ansprüche Präsident Jelzins sowie des Parlamentssprechers Chasbulatow auf grenzenlose Macht im Land. Es ist nicht auszuschliessen, dass diese persönliche Rivalität eine gewisse Rolle in den jüngsten Entwicklungen gespielt hat, sie ist aber nicht massgeblich. Die Wurzeln des Konflikts sind viel tiefer: das eigentliche Hauptproblem der Weiterentwicklung Russlands liegt in der Frage, ob die Bewegung in Richtung Marktwirtschaft, Sozial- und Rechtsstaat gehen soll oder ob die Reformen scheitern werden und alle Institutionen der zentralisierten Staatswirtschaft und des harten totalitären Systems wiederhergestellt werden. Als überzeugte Befürworter der Wirtschaftsreformen und der Respektierung der Menschenrechte und persönlichen Freiheit haben sich der Präsident und die Regierung profiliert. Dagegen ist das Parlament zum Sammelbecken aller Reformgegner und Befürworter einer Wiederkehr zum alten wirtschaftlichen und politischen System geworden.

Das noch 1990, d.h. im Rahmen der Sowjetunion gewählte Parlament besass eine feste reformfeindliche Mehrheit, die alle Initiativen des Präsidenten und der Reformierung der Gesellschaft faktisch blockierte. 1992/93 legte es die Regierungsmacht lahm. Eine der Folgen war die Verschleppung der Wirtschaftskrise: Die Bevölkerung begann die Einsicht in die Notwendigkeit und den Nutzen der Reformen zu verlieren. Trotz Anpassungsversuchen entsprach das Niveau der Löhne und Renten nicht der Teuerung, und ein wesentlicher Teil der russischen Bevölkerung hatte guten Grund zu der Meinung, es gehe ihr schlechter als unter Breschnew. Das Anwachsen des

Unmuts war nicht auf den sinkenden Lebensstandard, sondern auch auf das Fehlen von klaren Zielen und Entwicklungsperspektiven der russischen Gesellschaft zurückzuführen. Wie für die Politelite üblich, hatte keine der führenden Persönlichkeiten sich die Mühe gegeben, das Regierungsprogramm, seine einzelnen Etappen, Zwischen- und Endziele deutlich darzulegen. Dabei hatte Zbigniew Brzezinski, der Moskau unter der Präsidentschaft Gorbatschows besuchte, den russischen Machthabern den guten Rat erteilt, festzulegen, was sie umgestalten und welche Gesellschaft sie aufbauen wollten.

Eine weitere Folge der Schwächung der Zentralmacht waren Desintegrationsprozesse im Staat. Die Republiken begannen, ihre Souveränität zu fordern bzw. eigenmächtig zu erklären. In manchen von ihnen wurde offen über einen möglichen Austritt aus der Russischen Föderation diskutiert. Aber auch in Teilen von Russland, besonders im Ural, in Sibirien und im Fernen Osten, setzten sich die örtlichen Führer für die Bildung selbständiger Republiken und von Moskau unabhängiger regionaler Gebilde ein. Kurz und gut, Ende Sommer 1993 bestand eine reale Gefahr des Zerfalls des Staates. Die Exekutive traute sich nicht, etwas gegen die Separatisten zu unternehmen, obwohl diese das Parlament dazu benutzten, die Macht und das Ansehen des Präsidenten und seiner Regierung zu untergraben.

Das Parlament wiederum versuchte sich fast täglich als Hüter der Verfassung aufzuwerfen, an der es aber in drei Jahren nicht weniger als 300 Änderungen (!) vornahm, um sie den eigenen Vorstellungen von der wirtschaftlichen und politischen Ordnung anzupassen und vor allem um die Rechte und Vollmachten des Präsidenten und der Regierung zu schwächen und die eigene Macht zu stärken. 1993 unterschied sich die Verfassung wesentlich von der, die der Präsident bei seinem Machtantritt zu bewahren sich verpflichtet hatte.

Das Parlament beschäftigte sich auch mit der Aussenpolitik - hauptsächlich, indem es scharfe Kritik am Bestreben der Regierung übte, zwecks Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten und in Jugoslawien mit den westlichen Mächten zusammenzuarbeiten. Die Mehrheit im Parlament bekundete ihre Sympathien für Saddam Hussein und die serbischen Führer, sandte Delegierte zu ihnen und verlangte Unterstützung nicht für die Opfer der Aggression, sondern für die Aggressoren.

Ausserhalb des Parlaments entstand mittlerweile das Bündnis zwischen den Kommunistenführern und den chauvinistischen Bewegungen. Die Interna-

tionalisten von gestern unterstützten aktiv die nationalistische, antisemitische "Front der nationalen Rettung". Beide Zweige der Opposition führten gemeinsam erbitterte Angriffe auf das "Besatzungsregime" Jelzins unter dem Motto "Russland den Russen", "Ausländer raus" u.ä. Innerhalb eines Jahres wurden viele wichtige Erlasse des Präsidenten vom Parlament zunichte gemacht und die Frage seines Rücktritts offen aufgeworfen.<sup>40</sup> Es war offensichtlich, dass ein solches Parlament nicht willens war, eine neue, demokratische Verfassung zu verabschieden, sondern sich lediglich um die Stärkung und Erhaltung der eigenen Macht kümmerte. Alle Versuche des Präsidenten, einen Kompromiss mit dem Parlament zu erzielen, es zu überzeugen, den von einer ausserordentlichen Versammlung ausgearbeiteten Verfassungsentwurf gutzuheissen, scheiterten.

Im Herbst 1993 erreichte die Lähmung der Macht ihren Höhepunkt. Nicht nur der Stillstand der Reformen, sondern auch die Verbreitung von Kriminalität und Korruption und der Vormarsch der Mafia waren Zeichen dafür; kurz gesagt, das Leben in den Städten war gefährlich geworden. Für den Präsidenten hiess es handeln. Viele meinten, dass er viel Zeit verloren habe, ohne von der Unterstützung der Bevölkerung beim Referendum im April 1993 Gebrauch zu machen.

Am 21. September 1993 unterzeichnete Jelzin den Erlass über die Auflösung des Parlaments und die Durchführung der Parlamentswahlen am 12. Dezember. Dies war kein legaler Schritt, aber es ging um die Rettung des Staates, und viele Leute sind der Überzeugung, dass der Präsident keine andere Möglichkeit hatte. Sofort verschärfte sich die Lage. Das Parlament fasste den Beschluss, Jelzin seines Amtes zu entheben, ernannte seinen Stellvertreter Ruzkoj zum Präsidenten und tauschte die Minister für Verteidigung, Staats-

---

<sup>40</sup> Bei der ideologischen "Bearbeitung" des Volkes spielte wiederum Antisemitismus eine grosse Rolle. Neben den alten Mythen um die sogenannten "Protokolle der Weisen von Zion" wurden die Juden für den Sturz und die Erschiessung des Zaren verantwortlich gemacht. Dabei machte die Opposition alle ihre Gegner einschliesslich Präsident Jelzins zu Juden.

Der hysterische Charakter der Angriffe auf den Präsidenten wird aus Zitaten aus der Oppositionszeitung *Djen* ("Der Tag") ersichtlich:

"Jelzin, wie lange noch wirst du Russland quälen?"

"Jelzin, Du duldest Spione in der Regierung!"

"Jelzin, die Kinder Russlands verdammen Dich!"

"Jelzin, Veteranen empfangen Dich mit Buh-Rufen!"

"Jelzin, mach, dass Du gehst!"

sicherheit und innere Angelegenheiten aus. Zunächst hoffte Jelzin offensichtlich, das Problem auf diplomatischem Weg lösen zu können. Beide Seiten nahmen Vermittlungsvorschläge der orthodoxen Kirche an, und die Verhandlungen begannen. Die Delegierten des Parlaments waren aber kriegerisch veranlagt. Von der Unterstützung der Kommunisten und Ultrapatrioten ermutigt, brachten sie die Verhandlungen zum Scheitern und regten am 3. Oktober ihre bewaffneten Anhänger erst zur Eroberung des Parlamentes und dann des Fernsehsenders Ostenkinow an. Dabei wurden Dutzende getötet. Eine aktive Rolle spielten bei diesen Ereignissen auf seiten des Parlaments mehrere bewaffnete Mitglieder der faschistischen Partei "Russische Nationale Einheit".

Die Situation am Abend des 3. und in der Nacht auf den 4. Oktober war kritisch, weil die Führung der Armee und des Innenministeriums noch schwankte. Spät in der Nacht beschloss aber die Armeeführung, den Präsidenten zu unterstützen. Am Morgen wurden Panzer vor dem Parlament postiert. Die Abgeordneten wurden aufgefordert, das Gebäude zu verlassen, ihre Anhänger, die Waffen abzugeben. Keine Antwort erfolgte. Alsdann begann der Beschuss des Gebäudes und seine Erstürmung. Die bewaffneten Verteidiger des Parlaments und die Abgeordneten verliessen das Gebäude und ergaben sich den Regierungstruppen. Die Anführer wurden verhaftet.

Die öffentliche Meinung war im wesentlichen damit zufrieden, dass die Behinderung der Macht zu Ende und der Weg der Reformen frei war. Gleichzeitig wurde aber am Präsidenten und an den Ministerien für Staatssicherheit und innere Angelegenheiten heftige Kritik geübt, weil sie die Gefahr, die von den faschistischen Kräften und von der sogenannten "unversöhnlichen Opposition" ausging, nicht rechtzeitig erkannt und das Blutvergiessen und den tragischen Menschenmord nicht verhindert hatten.

Nach diesen Ereignissen trat das Land in die Vorwahlperiode ein. Gleichzeitig wurden überall die alten Machtorgane aufgelöst, die während der Revolution 1917 entstanden waren - die Sowjets. Die Erfahrungen der Sowjetunion hatten gezeigt, dass die Verbindung legislativen und exekutiven Funktionen in einem Gremium (und genau so waren die Sowjets organisiert) zu einem Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung war. Die von 1990 bis 1993 unternommenen Versuche des Präsidenten, neben den Sowjets irgendwelche neuen Machtorgane zu bilden (Ernennung von Administrationshäuptern in einzelnen Gebieten u.a.), hatten nur Konflikte zur Folge gehabt und die

Verwaltung gelähmt. Die Schaffung einer neuen vertikalen Machtstruktur drängte sich auf.

Mitte November wurde der Wortlaut der neuen Verfassung Russlands veröffentlicht. Bei der Wahl des neuen Parlaments musste die Bevölkerung auch über die neue Verfassung abstimmen. Zum erstenmal in der Geschichte Russlands werden in diesem Dokument nicht den Interessen des Staates, sondern denjenigen der Menschen Priorität eingeräumt und deren Rechte und Freiheiten zum höchsten Wert erklärt. Nicht genug damit: Im Land, in dem es über 70 Jahre lang nur eine einzige Partei gab und das gesamte gesellschaftliche Leben der marxistischen Ideologie in ihrer leninistisch-stalinistischen Fassung untergeordnet war, erkennt die neue Verfassung ideologische und politische Vielfalt und das Mehrparteiensystem an.

Verboten werden alle Formen von Einschränkung der bürgerlichen Rechte aufgrund der sozialen, nationalen, ethnischen, konfessionellen oder Sprachzugehörigkeit. Angesichts der traurigen Erfahrungen mit den verbrecherischen Repressalien unter Stalin und der Verstösse gegen die Gesetzlichkeit unter seinen Nachfolgern hält die Verfassung fest, dass niemand Folter, Gewalt oder anderen brutalen oder entwürdigenden Strafen ausgesetzt werden darf. Eine grosse Bedeutung für die zukünftige Entwicklung Russlands hat die Anerkennung der Gleichwertigkeit des Privateigentums mit dem staatlichen und kommunalen Eigentum. Auch das Recht der Bürger auf Privatbesitz von Grund und Boden wird proklamiert.

Einzelne Leitsätze der Verfassung mögen überflüssig und selbstverständlich erscheinen. Aber für ein Volk, das jahrzehntelang von der übrigen Welt isoliert gelebt hat, kann das Kapitel 27 gar nicht überflüssig sein, wo das Recht eines jeden Bürgers Russlands, aus der Russischen Föderation frei auszureisen und frei wieder einzureisen, festgehalten ist. Streiks, die bis anhin von den Behörden als Verbrechen gegen den "Arbeiter- und Bauernstaat" betrachtet wurden, werden als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerforderungen anerkannt. Die Verfassung bestätigt die Aufrechterhaltung einer Reihe von sozialen Errungenschaften der postrevolutionären Zeit: dem Recht auf kostenlose Bildung in den staatlichen und kommunalen Grund-, Mittel- und Hauptschulen und auf kostenlose ärztliche Betreuung in den staatlichen und kommunalen medizinischen Einrichtungen. Wenn man berücksichtigt, dass die Verfassung die Informationsfreiheit garantiert und die Zensur (allerdings auch Propaganda gegen soziale, nationale, religiöse und ethnische Gruppen) verbietet, wird deutlich, dass

das Grundgesetz den Anforderungen einer modernen, demokratischen Weltgemeinschaft entspricht.

Die Wahlen in das Unterhaus der Föderalen Versammlung, die Staatsduma, werden nach einem dem deutschen sehr ähnlichen System durchgeführt. Die Hälfte der 450 Abgeordneten wird proportional nach Parteilisten gewählt: Die Sitze werden entsprechend den erhaltenen Stimmen zwischen den Parteien und Blöcken verteilt, die mehr als 5 % der Stimmen erhalten haben. Die andere Hälfte wird auf der Personengrundlage verteilt, das heisst, es gewinnt, wer in seinem Wahlkreis die meisten Stimmen erhalten hat. Das Oberhaus, der Rat der Föderation, setzt sich aus Vertretern der autonomen Republiken, Regionen und Distrikte der Russischen Föderation zusammen (zur Zeit 89; in jeder Körperschaft werden zwei Abgeordnete gewählt).

Der Wortlaut der neuen Verfassung wurde ernster und zum Teil gerechtfertigter Kritik ausgesetzt. Er räumt nämlich dem Präsidenten immense Macht ein, zu der es faktisch kein adäquates Gegengewicht gibt. So wird z.B. der Regierungschef im Einvernehmen mit der Staatsduma vom Präsidenten ernannt, der allein über seinen Rücktritt entscheidet. Der Präsident bildet und leitet den Sicherheitsrat, dessen sehr weitreichende Funktionen bisher nicht deutlich definiert sind. Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Armee, er ernennt und entlässt die Spitzenführung der Streitkräfte, leitet die ausserpolitische Tätigkeit des Landes, ernennt und entlässt die diplomatischen Vertreter Russlands im Ausland. Er hat das Recht, unter bestimmten Umständen ausserordentliche oder Notstandsmassnahmen auf dem gesamten Territorium Russlands oder in einzelnen Regionen zu ergreifen. Im Falle eines fehlenden Konsenses mit der Duma ist er dazu ermächtigt, sie aufzulösen und neu wählen zu lassen.

Es liegt auf der Hand, dass solch breite Vollmachten für den Präsidenten grosse Gefahren für die junge Demokratie Russlands in sich bergen. Die Anhänger des jetzigen Präsidenten behaupten, dass Boris Jelzin jegliche diktatorischen Absichten fremd sind. Aber die Verfassung wird auf viele Jahre verabschiedet, und man kann nie wissen, welchen Charakter und welche Absichten Jelzins Nachfolger haben werden. Es ist auch nicht zu übersehen, dass die übermässige Erweiterung der Macht und Vollmachten des Präsidenten der Realisierung einer sehr wichtigen Idee, und zwar des Aufbaus eines auf dem Grundsatz der Machtteilung beruhenden Rechtsstaates schadet.

Am 12. Dezember 1993 trat Russland in einen neuen Abschnitt seiner Geschichte ein. Sein Volk strebt nach der Schaffung von rechtlichen Grundlagen für weitere Demokratisierung und Wirtschaftsreformen. Für dieses riesige Land mit seiner von einer siebzig Jahre währenden totalitären Herrschaft geprägten Wirtschaft, Mentalität und Staatsstruktur wird das offensichtlich ein langer und komplizierter Weg sein.

#### 4. Zusammenfassung

Die entscheidende Frage des gesellschaftlichen Lebens in Russland ist die nach der Zukunft der wirtschaftlichen und politischen Reformen. Wird die heutige Regierung unter Boris Jelzin das Land bis zu einem Punkt führen können, ab dem die Rückkehr zur zentralisierten Planwirtschaft und zum ihr entsprechenden totalitären System unmöglich wird? Oder werden die Kräfte der kommunistischen Reaktion die Schwierigkeiten der Übergangsperiode dazu ausnützen können, um die Bevölkerungsschichten, die grosse Entbehrungen leiden, und jene, deren patriotische Gefühle durch den Zerfall der Sowjetunion und den Verlust der Supermachtrolle verletzt sind, zu vereinigen und die Befürworter der Reformen von der Macht zu verdrängen?

In diesem Fall wird die Weltgemeinschaft wieder mit einer starken, diktatorisch regierten Kernmacht konfrontiert werden. Ihre Ideologie wird eine Mischung aus primitivem Nationalismus und sozialer Demagogie sein, mit anderen Worten, eine russische Ausprägung des Faschismus. Die Verbreitung nazistischer Gedankengutes kann etwa an Bewegungen und Organisationen wie *Pamjat*, der "Russischen Partei" mitverfolgt werden.

Zu Bastionen von rasendem Chauvinismus, Antisemitismus und Xenophobie sind St. Petersburg, Wologda und einige andere Städte geworden. Erschwert wird die Situation dadurch, dass auch jetzt noch, acht Jahre nach Beginn der Reformen, keine bedeutende demokratische Partei gegründet worden ist, die dem Radikalismus von links und rechts die Stirn bieten könnte, die Kompromisse erzielen könnte, die für die Erschaffung einer Marktwirtschaft und die Erhaltung der politischen Stabilität notwendig sind. Die Hoffnungen, die mit der Bildung des *Grajdansky Sojuz*, der Vereinigung der Vertreter der Geschäftskreise und einiger anderer reformfreundlicher Gruppen, verbunden waren, sind nicht in Erfüllung gegangen - diese Organisation hat keinen ernstzunehmenden Einfluss in der Gesellschaft gewonnen.

Die moralische wie materielle Unterstützung der russischen Reformen durch die Weltgemeinschaft ist sehr wichtig. Nicht nur eine Machtergreifung durch die Ultrapatrioten, auch eine Desintegration des euro-asiatischen Raumes von Weissrussland bis Wladiwostok wäre eine Bedrohung, vor der die Ereignisse in Jugoslawien als ein kleines Zwischenspiel in der europäischen Geschichte erscheinen würden. Natürlich heisst dies nicht, dass die Verantwortung für den Erfolg oder Misserfolg der Reformen auf den Schultern anderer Regierungen und Völker lastet; Russland muss letzten Endes seine

Probleme selbst lösen. Es geht hierbei nur um eine Starthilfe, um einen ersten, aber sehr wichtigen Anstoss.

Die Hauptrolle müssen dabei nicht Staatsbeihilfen oder Kredite spielen. Aber Regierungsgarantien für private Investitionen, der Verkauf von hochentwickelten Technologien an Russland, Hilfe bei der Schulung von Managern, ein breiter Austausch von Fachpersonal und die Unterstützung des Konversionsprogramms - all dies könnte eine ziemlich bedeutende Rolle spielen.

Die einseitige Berichterstattung der westlichen Nachrichtenagenturen und die ebenso einseitig negativen Informationen aus russischen Kreisen haben in letzter Zeit ein ganz bestimmtes Bild von Russland entstehen lassen als einem politisch instabilen Land, das vor einem wirtschaftlichen Chaos steht und von Korruption und organisiertem Verbrechen gequält wird. All diese Erscheinungen sind real. Und doch würden wir einen Fehler begehen, wenn wir Russland als ein hoffnungslos krankes Land abschreiben würden. Russland ist ein potentiell reiches Land, das von einem geduligen, fleissigen und begabten Volk bewohnt ist. Sogar in allerletzter Zeit hört man immer öfter von grossen Durchbrüchen in Wissenschaft und Technologie, von den Erfolgen der neuen Manager der privaten und staatlichen Unternehmen und von der allmählichen Entstehung einer neuen gesellschaftlichen Schicht in Russland - jener der freien Bauern. Vielversprechend scheint auch die genannte Tendenz zur wirtschaftlichen Integration der Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Schritt für Schritt entfernt sich Russland von der mit erschreckenden Opfern bezahlten tragischen Erfahrung des Scheiterns einer utopischen Idee und beschreitet den Weg der Umgestaltung, die das Land zu einer der blühenden Demokratien der modernen Welt machen wird.



## Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1991 (1991)

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991)
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992)
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent - The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina - Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993)

Die Hefte können zu einem Preis zwischen SFr. 10.- und 20.- (je nach Umfang) bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 632 40 25, Fax: 01 / 363 91 96 bezogen werden.